

Westfalen·Welt·Weit

Nachrichten aus Mission, Ökumene und kirchlicher Weltverantwortung



Themenschwerpunkt

Wo liegt Europas Zukunft?

Kirchliches und zivilgesellschaftliches Engagement

THEMENSCHWERPUNKT: Wo liegt Europas Zukunft?

Editorial	1
Europa vor den Wahlen	3
Kirche und Rechtspopulismus vor der Europawahl	9
Humanitäre Koridore	12
Die Briten und der Brexit – der Brexit und die Church of England	15
Mit Luther in der Wüste	19
Zur Entwicklung ländlicher Räume und zum Landgrabbing in Europa	21
Säkularisierung statt Islamisierung	26
Frieden in Europa – in Gefahr?	29
Anblick – Empfinden – Erfahren	32

REGIONALES

Mehr gesellschaftliche Teilhabe durch kirchliche EU-Projekte	35
Die Jugend für den EU-Gedanken gewinnen?	36
Zeichen des Friedens und der Verwöhnung zwischen Polen und Deutschen	37
Italiens Protestanten, die cottischen Alpen, Flüchtlinge als neue Gemeindeglieder	38

INFORMATIONEN & ANKÜNDIGUNGEN

Hoffnung für Osteuropa	39
Europapartnerschaften in der EKvW	40
Europa mit gestalten	41
Weltgarten-Projekt von MÖWe und Ev. Kirchenkreis Dortmund auf dem Kirchentag 2019	42
Einführung von Pfarrerin Beate Heßler	42

BUCHTIPPS

Entlang den Gräben	43
Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent	43
Europadämmerung	44

Impressum

„Westfalen – Welt – Weit. Nachrichten aus Mission, Ökumene und kirchlicher Weltverantwortung“ wird herausgegeben vom Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (MÖWe) der EKvW, Olpe 35, 44135 Dortmund | Redaktion: Dirk Johnen, v.i.S.d.P., Tel.: 0231-5409-293 | Thomas Krieger, Tel.: 0231-5409-70, www.moewe-westfalen.de, info@moewe-westfalen.de
Gestaltung: TEAM DESIGN – Lutz Bahmüller, 58239 Schwerte, www.teamdesign-schwerte.de
Diese Publikation wurde auf 100% Recyclingpapier gedruckt.

Liebe Leserinnen und Leser,

Europa – das waren einmal vier positive Narrative. In den letzten Jahren sind sie brüchig geworden und Europa steckt in der Krise – warum eigentlich?

Seit 73 Jahren haben wir Frieden auf dem europäischen Kontinent – so jedenfalls lautete das erste Narrativ. Tatsächlich haben wir allerdings in Folge des Zerfalls des Warschauer Paktes und seit dem Ende der Sowjetunion auf dem Balkan und in Osteuropa zahlreiche Kriege und blutige Konflikte erleben müssen. Die NATO und ihre westeuropäischen Bündnispartner bombardierten sogar Donaubrücken in Serbien. Und die EU als neuer Staatenbund musste erkennen, wie schwierig Friedenspolitik und Nation Building ist. Im Kosovo investierte sie Milliarden von Euro und dennoch ist der wiedererlangte Friede auf dem Balkan bis heute bedroht. Und das Minsker Friedensabkommen zur Beendigung des Bürgerkrieges in der Ostukraine ist das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben steht. Politische Stimmen wurden laut, die von der EU verlangten, sie möge ihren Friedensnobelpreis wieder zurückgeben.

Die EU als Staatenbund von 28 Nationen in Ost und West ist ein politisches Erfolgsprojekt auf dem Weg zu den vereinigten Staaten von Europa – so lautete das zweite, starke, positive Narrativ. Doch Rechtspopulisten sind in Ungarn, Polen und der Slowakei an der Macht und ignorieren die politischen Werte der EU. Sie favorisieren ein Europa der unabhängigen Nationalstaaten.¹⁾ Seriöse Politiker sollten sich vom sogenannten „Souveränitätsmythos“ verabschieden. Spätestens seit der Flüchtlingskrise wissen wir, dass Politik nicht mehr rein national gedacht werden kann. Das gilt auch für die Handels-, Energie-, Umwelt und Verteidigungspolitik. Gemeinsame, europäische Lösungen sind gefragt und bedürfen komplizierter Aushandlungsprozesse in den europäischen Institutionen. Das Konzept der Konvivialität deutet an, wo Europas Zukunft liegen könnte.

Kurz gesagt geht es darum, wie wir als Menschen unterschiedlicher, europäischer Kulturen und Nationen zusammenleben können angesichts der Tatsache, dass wir voneinander abhängig sind. Ein Europa mit Zukunft wird ein Europa abhängiger, aufeinander bezogener Nationalstaaten sein, die sich untereinander unterstützen.

In der ersten Jahreshälfte 2019 stehen Wahlen zum Europaparlament an. Wer wird da gewinnen? Werden erneut Rechtspopulisten und erklärte Feinde eines gemeinsamen, friedlichen und vereinten Europas Mehrheiten gewinnen? Werden wir die absurde Situation erleben, dass eine nationalistisch gesinnte Mehrheit im Europaparlament Europas Interessen vertreten soll? Zerbriecht die europäische Vereinigung am Wirrwarr der vielen, unterschiedlichen nationalen Interessen in der EU?



Thomas Krieger

Ein drittes Narrativ erzählt vom Europäischen Gedenken und einer gemeinsamen Erinnerungskultur, die der zwei europäischen Weltkriege und ihrer Verbrechen, ihrer Opfer und des Holocaust und der Vernichtung und Vertreibung der Juden aus Europa gedenkt. Aber ist das heute wirklich noch so? 2018 erinnern wir im Westen an das Ende des ersten Weltkrieges, an einen industriellen Krieg mit Massensterben, Giftgaseinsatz und sinnlosen Stellungskriegen. Doch aus osteuropäischer Perspektive war 1918 ein Jahr der Befreiung, weil etwa Polen seine nationale Unabhängigkeit wiedererlangte. Erinnerungskultur in Europa im Jahre 2018 ist differenziert und zuweilen divergent.

Europa als weltoffene Wohlstandsoase und Magnet für die Verfolgten, Entrechteten und Bedrohten aus dem globalen Süden insbesondere aus Afrika und dem Nahen Osten – so sehen uns die Menschen aus dem Süden. Tatsächlich spricht das vierte Narrativ aber eher von der Festung Europa, die sich abschotten muss vor den Migrantenströmen, die das „christliche“ Europa bedrohen. Seit vielen Jahren steht der Flüchtlingsdiskurs im medialen Mittelpunkt in ganz Europa und wird missbraucht für nationalistischen Wahlkampf in fast allen 28 EU-Mitgliedsstaaten und hat sicherlich den „Brexit“ 2016 mit verursacht. Über eine gerechte Verteilung und Teilhabe der Armen am europäischen Wohlstand wird kaum noch diskutiert. Doch Europa ist ungeheuer reich und könnte seinen Reichtum teilen.²⁾

Und was machen die Kirchen auf dem politischen Parkett Europas? Blickt man auf die Rolle der Kirchen zeichnen sich viele Parallelen ab. Auch hier lässt sich eine Erfolgs-

geschichte feiern, die zugleich auch eine Geschichte der Schwäche und Zerstrittenheit ist. 1959 gründete sich die Konferenz europäischer Kirchen (KEK) mitten im Kalten Krieg. Heute ist sie ein zersplitterter Haufen von protestantischen und orthodoxen Kirchen, die um ihren Einfluss ringen. Die Charta Oecumenica aus dem Jahre 2001 ist ein zu Unrecht in Vergessenheit geratenes ökumenisches Dokument der Kirchen in Europa, weil sich hier Katholiken und Protestanten zum ersten Mal europaweit verpflichtet haben, eine sichtbare Gemeinschaft der Kirchen in Europa zu suchen und die gemeinsame Verantwortung für Frieden in Europa wahrzunehmen (Matthäus 5,9). Und die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa – GEKE – führt einen hochkompetenten theologischen Diskurs und veranstaltete im September in Basel unter dem Motto „befreit-verbunden-engagiert“ ihre 8. Vollversammlung. Doch seien wir ehrlich – innerkirchlich fristet sie eher ein Schattendasein. Ebenfalls weitgehend unbeachtet ist die evangelische Aktion „Hoffnung für Osteuropa“. 1994 noch von Brot für die Welt ins Leben gerufen widmet sich diese evangelische Spendenaktion der Förderung kirchlicher Partnerschaften und Projekte in Mittel- und Osteuropa. Hier ereignet sich Diakonie und Nächstenliebe ganz konkret. Unsere katholischen Geschwister tun das Gleiche mit der Aktion Renovabis. Müssen wir also noch ökumenischer werden in unserem Engagement für ein gerechtes Europa und unsere kirchliche Stimme lauter machen? Die EKD-Synode 2016 hat dies versucht, als sie Europa zum Thema machte. Und der „offene Brief“ der KEK hat erste Diskussionen über ein zukünftiges, soziales Europa unter Europas Kirchen angeregt. Den offenen Dialog führen, das ist eine unserer Stärken als Kirche.³⁾

Und zum Schluss meine persönliche Utopie: wenn wir von einem anderen, einem starken, solidarischen Europa reden, müssen wir auch über eine andere Rolle Deutschlands in Europa reden – ein Deutschland, das bereit ist etwas zu zahlen für mehr Solidarität. Denn wenn wir das wirklich wollen, dann muss der deutsche Handelsüberschuss abgebaut werden und das geht nur, indem wir als Deutsche verzichten bzw. einen zusätzlichen Beitrag zahlen für die Schwächeren in Europa.

Also wäre die Utopie eine Umwandlung des deutschen Handelsüberschusses in Subventionen für die ärmeren Süd- und Ostländer der EU. Und – wie wäre es, wenn wir über Ängste und über Hoffnungen reden? Warum thematisieren wir nicht unsere Wünsche und Träume in Verbindung mit Europa und setzen so ein positives Zeichen für Frieden, Gerechtigkeit, Solidarität und Bewahrung der Schöpfung als EuropäerInnen?

Europa steht im Mittelpunkt des neuen Heftes von „Westfalen Welt Weit“. Wir haben im vorliegenden Heft einen großen Bogen geschlagen und die ungelösten Fragen Europas in aktuellen Beiträgen aufgegriffen. Wir laden Sie ein, sich an der Diskussion über die Zukunft Europas zu beteiligen. Schicken Sie uns Ihre Reaktionen. Wir freuen uns, wenn Sie die Diskussion auf Kirchenkreis- und Gemeindeebene aufgreifen. Und beteiligen Sie sich ggfs. an kreiskirchlichen Europatagen in diesem Herbst in ihrer Region. ☺

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

*Ihr
Thomas Krieger
Europareferent im Amt für Mission, Ökumene
und kirchliche Weltverantwortung*

Anmerkungen

- ¹⁾ Die Idee eines Europas der unabhängigen Nationalstaaten ist eine Scheinalternative, die die Rolle Europas in der Welt und seine komplexen Interdependenzen ignoriert. Siehe: BURAS, Piotr/VEGH, Zuzanna: Stop Brüssel!, in: OSTEUROPA „Unterm Messer. Der illiberale Staat in Ungarn und Polen“, Heft 3-5/2018, S. 99-114.
- ²⁾ Stefan Schulmeister hat bereits 2012 einen Marshallplan für die ärmeren EU-Mitgliedsstaaten gefordert, um das Armutsproblem in Europa zu lösen. Siehe: SCHULMEISTER, Stephan: Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa, Wien, 2012
- ³⁾ Eine Auseinandersetzung mit der KEK-Initiative ist lohnenswert. Weitere Informationen zum „Open letter. What future for Europe“ siehe unter: <https://www.ceceurope.org/what-we-do/open-letter/>

Europa vor den Wahlen

Ein Plädoyer für mehr Bürger*innenbeteiligung in Europa im Sinne einer deliberativen Demokratie

Von Rüdiger Noll

Stell Dir vor, es finden Europawahlen statt und alle gehen hin! Zu schön, um wahr zu sein. Am 26. Mai 2019 finden in Deutschland die nächsten Wahlen zum Europaparlament statt – ein Testfall. Am 23. September 2016, weniger als drei Monate nachdem die Briten mit knapper Mehrheit für den Brexit gestimmt hatten, trafen sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten in Bratislava und gaben eine feierliche Erklärung ab: «Die EU ist zwar nicht fehlerfrei, doch ist sie das beste Instrument, über das wir verfügen, um die vor uns stehenden Herausforderungen zu bewältigen.» Von Bratislava sollte das Signal ausgehen, dass die EU aus den Krisen, einschließlich des Brexit, gestärkt hervorgehen werde. Dieser Hoffnung schließt sich dieser Beitrag an. Aber an welchen Stellschrauben muss gedreht werden? Da kommt dieser Beitrag zu teilweise anderen Ergebnissen als die Prioritätenliste und der «Fahrplan», die auch in Bratislava verabschiedet wurden. Am 9. Mai 2019 soll es in Sibiu/Rumänien zu dem ersten informellen Gipfeltreffen nach dem vollzogenen Brexit und zum letzten Gipfeltreffen vor den Europawahlen zum Thema «Die Zukunft Europas» kommen. Wenn der Prozess auf dieses Gipfeltreffen hin wirklich zu mehr Wahlbeteiligung führen soll, dann geht es vor allem darum, Europa wieder näher an seine Bürgerinnen und Bürger zu bringen. Die kirchenbezogenen Akademien in Europa mit ihrem Oikosnet Netzwerk planen vor dem Gipfel eine Vorkonferenz auch in Sibiu. Diese Vorkonferenz wird ihren Schwerpunkt auf die Bürgerbeteiligung setzen.

Europa im Krisenmodus

Dass sich 2019 mehr Bürgerinnen und Bürger an den Europawahlen beteiligen, scheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher unwahrscheinlich, und wenn doch, scheint es eher wahrscheinlich, dass Stammwählerinnen und Stammwähler populistischer, europakritischer und die EU ablehnende Parteien zur Wahl gehen und es im künftigen Europäischen Parlament noch viel schwieriger sein wird, handlungsfähige Mehrheiten für eine gerechte, partizipatorische und nachhaltige europäische Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger auf den Weg zu bringen. Europawahlen gelten seit jeher als «Nebenwahlen», bei denen man keine Regierung und ihre Politik (ab-)wählen kann. Die meisten Wahlkämpfe waren bisher von nationalen Themen bestimmt, und der Wahlkampf der Spitzenkandidaten (Juncker und Schulz) ließ kaum wirkliche Alternativen erkennen. Noch kurz vor Schließung der Wahllokale bei den letzten Europawahlen 2014 twiterte die damalige EU-Kommissarin Vivien Reding, die Ernennung sogenannter «Spitzenkandidaten» sei in Bezug auf die Wahlbeteiligung ein «game changer». Weit gefehlt: Die Wahlbeteiligung war mit 42,5 Prozent die niedrigste, seit das Europaparlament in direkten Wahlen gewählt wird. Obwohl dem Europaparlament immer mehr Kompetenzen bei der Mitgestaltung europäischer Politik zugestanden wurde, hat die Wahlbeteiligung bis zuletzt eben auf jene 42,5 Prozent stetig abgenommen.

Hinzu kommt, dass sich seit den letzten Wahlen die Europäische Union fast ständig im Krisenmodus bewegt. Noch 2016 stellte der Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner jährlichen Rede zur Lage der Union vor dem Europaparlament fest: «Vor einem Jahr stand ich hier und habe Ihnen gesagt, dass unsere Union in keinem



Euro in Frankfurt



Atomium in Brüssel

guten Zustand ist – dass es an Europa fehlt in dieser Union und an Union fehlt in dieser Union. Ich werde mich heute nicht hinstellen und Ihnen sagen, dass nun alles in Ordnung ist. Denn das ist es nicht. Lassen Sie mich eine ganz ehrliche Diagnose stellen. Unsere Europäische Union befindet sich – zumindest teilweise – in einer existenziellen Krise.» In das gleiche Horn hatte schon 2011 der damalige Kommissionspräsident, José Manuel Barroso, gestoßen, als er seine Rede zur Lage der Union mit folgenden Worten einleitete: «Wir müssen die Lage der Europäischen Union ehrlich und ohne Umschweife analysieren. Wir stehen vor der größten Herausforderung in der Geschichte der Europäischen Union. Es handelt sich um eine Finanz- und Wirtschaftskrise mit großen gesellschaftlichen Auswirkungen, jedoch auch um eine Vertrauenskrise, eine Krise des Vertrauens sowohl in unsere Politiker als auch in Europa und in unsere Fähigkeit, die Dinge zum Besseren zu wenden.» Angesichts dieser Analysen ist es kein Wunder, dass die Wählerinnen und Wähler nicht überschwänglich zur Wahl schreiten. Folgt man den von Eurobarometer herausgegebenen jährlichen Umfrageergebnissen (hier Eurobarometer 2017), dann sind die Zustimmungswerte zwar leicht gestiegen, aber es sind noch immer nur 42 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, die Vertrauen in die Europäische Union bekunden. 52 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass ihre Stimme in Europa nicht zählt. Warum also wählen?

«Die Krise», von der Jean-Claude Juncker und José Manuel Barroso sprechen und die die Europäische Union seit nunmehr zehn Jahren begleitet, ist de facto eine Akkumulation von mehreren Krisen, die sich gegenseitig verstärken. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist noch immer nicht klar, ob die Europäische Union möglicherweise an diesen Krisen zerbrechen wird. Zu den Krisen gehören die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007/09, der Brexit, die Unfähigkeit gemeinsam und angemessen auf den Strom von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu reagieren, das Demokratiedefizit innerhalb der EU sowie das Unvermögen, angesichts der Kriege in der Ukraine und im Mittel-

ren Osten eine gemeinsame Außenpolitik zu entwickeln. Den Krisen liegen einige strukturelle und systemische Faktoren zugrunde, die es in erster Linie zu adressieren gilt, will man die Auswirkungen nachhaltig bewältigen. Das EU-Paradigma des konstanten Wirtschaftswachstums durch Wettbewerb mit neoliberalen Zügen vergrößert die Schere zwischen Armen und Reichen innerhalb der EU-Mitgliedstaaten wie auch unter den Staaten.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat durch verordnete Austeritätsmaßnahmen zum Auseinandergehen der Schere erheblich beigetragen. Das Nord-Südgefälle in Europa ist offensichtlich und sicherlich nicht tragfähig. Das Misstrauen in die Europäische Union, Fragen der adäquaten Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu lösen, lädt Populisten ein, mit den Ängsten der Menschen zu spielen und antieuropäische Ressentiments zu schüren. Die Befürchtung ist, dass in der nächsten Legislaturperiode so viel mehr Populisten, vor allem von rechts, im Europäischen Parlament sitzen werden, dass eine zukunftsorientierte Europapolitik kaum noch möglich sein wird. Das Spannungsverhältnis zwischen einer europäischen Integration und nationalen Interessen hat sich allerdings nicht erst nach dem Erstarken der Populisten verschärft. Im Verhältnis zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten liegt seit Langem eines der größten ungelösten Probleme der gegenwärtigen Entwicklung. Ivan Krastev aus Bulgarien spricht in seinem Essay «Götterdämmerung» in diesem Zusammenhang von einem neuen Ost-West-Konflikt, der faktisch um die Frage der Identität kreist. Diese neue Mentalität und Politik des «I want my money back» und des «Hungary first» hat nicht zuletzt auch direkte Auswirkungen auf die Architektur der Europäischen Union. Viele neue Mechanismen, wie der Rettungsschirm, wurden außerhalb der Verträge der Europäischen Union auf unzähligen Sitzungen des Europäischen Rates hinter verschlossenen Türen verhandelt. Damit wurde der Europäische Rat, also die Vertretung der Mitgliedstaaten gegenüber den gemeinschaftlichen Instrumenten Europaparlament und Europäische Kommission gestärkt. Und was sich noch fataler auswirkt: Die Verhandlungsergebnisse wurden zumeist als «alternativlos» verkauft, obwohl sie manchmal schon nach Wochenfrist überholt waren. Wo bleibt da das Mitspracherecht der Bürgerinnen und Bürger?

Last but not least, ist das Demokratiedefizit der EU anzusprechen. Spätestens mit der Einführung der Unionsbürgerschaft durch den Vertrag von Maastricht bilden die Bürgerinnen und Bürger neben den Mitgliedstaaten den zweiten Souverän in der Europäischen Union. Colin Crouch spricht in seiner Analyse allerdings von einem «postdemokratischen Zeitalter», in dem die Dominanz des Wirtschaftssystems eine demokratische Mitbestimmung unmöglich mache. Ingolf Blühdorn sieht nicht nur ein Demokratiedefizit, sondern ein «Demokratiedilemma»: Angesichts der Geschwindigkeit, in der in der globalisierten Welt Entscheidungen getroffen werden müssten, bleibe

nur mehr die Chance für eine «simulative Demokratie», bei der man zwar demokratische Verfahren einüben könne, die eigentlichen Entscheidungen fielen allerdings auf anderen Ebenen – ein Dilemma, das wahrlich nicht auf die EU beschränkt ist. Die Frage ist: Wie können Ergebnisse einzuübender, demokratischer und partizipatorischer Verfahren auf europäischer Ebene auch in Entscheidungsverfahren eingebracht werden?

Lichtblicke?

Gut ein Jahr vor den Wahlen scheint sich das Bild geändert zu haben. Jean-Claude Juncker sprach in seiner letzten Rede zur Lage der Europäischen Union (September 2017) davon, dass Europa wieder Wind in den Segel hätte. «Zehn Jahre nach Ausbruch der Krise lebt die europäische Wirtschaft wieder auf. Und damit auch unsere Zuversicht und unser Vertrauen. ... Jetzt ist der Moment, um ein enger vereintes, ein stärkeres und ein demokratischeres Europa für das Jahr 2025 aufzubauen.» Die neuesten Zahlen des Eurobarometers vom März 2018 scheinen das Bild zu bestätigen. Mehr als Zweidrittel der EU-Bürgerinnen und -bürger sehen eine Mitgliedschaft ihres Landes in der EU als vorteilhaft an. Auf die Frage, ob ihre Stimme in Europa zähle, antworteten 48 Prozent der Befragten mit «Ja», 46 Prozent mit «Nein».

Zum ersten Mal seit Dekaden übersteigt das «Ja» wieder das «Nein», auch wenn es noch unter der 50-Prozent-Marke bleibt. Zu fragen bleibt allerdings, ob sich diese Veränderungen dem zielgerichteten Handeln der Europäischen Institutionen verdanken oder eher der Tatsache, dass einige meinen, nach dem Brexit ließen sich in einigen Politikbereichen wie etwa in der Sozialpolitik europäische Übereinkünfte eher erreichen. Zudem ist nicht auszuschließen, dass sich nicht wenige Bürgerinnen und Bürger auch durch die lauter werdende Stimme rechtspopulistischer und antieuropäischer Parteien in Europa vertreten fühlen. Unter diesem Aspekt kommt den Europawahlen im Mai kommenden Jahres in der Tat eine Signalwirkung zu.

Die EU-Institutionen haben auf den Weckruf durch die Krisen durchaus gehört. Die Europäische Kommission will sich bewusst auf ihre Kernkompetenzen beschränken. Ihre Maßnahmen haben dazu geführt, dass es in fast allen Ländern wieder ein Wirtschaftswachstum gibt, wenn die Maßnahmen auch bei Weitem nicht alle Bevölkerungsteile, vor allem nicht diejenigen, die unter den Krisen am meisten gelitten haben, erreicht haben. Zu den positiven Maßnahmen gehört vor allem auch das vom Kommissionspräsidenten eingebrachte strategische Investitionsprogramm: Investition statt Austerität. Aber auch hier bleibt abzuwarten, ob die Investitionen die hohen Arbeitslosenquoten in den Ländern Südeuropas wirklich messbar reduzieren können. Mit der Europäischen Säule sozialer Rechte hat die EU-Kommission ein Anliegen vieler Bürgerinnen und Bürger aufgenommen, Europa sozia-

ler zu machen. Das sind, um nur einige zu nennen, Errungenschaften auf europäischer Ebene der letzten Zeit, die in die richtige Richtung weisen. Auch auf institutioneller Ebene und in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern hat es ebenfalls Bewegung gegeben. Unmittelbar nach dem Brexit-Referendum hat die Erklärung von Bratislava (s. o.) einen Fahrplan erarbeitet, nach dem die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt gestellt werden sollen. Der Fahrplan umfasst die Bereiche: Migration und Außengrenzen, innere und äußere Sicherheit sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Ob diese Schwerpunktsetzungen wirklich die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger treffen, erschließt sich nicht in allen Punkten. Bis auf die Frage der Flüchtlingsströme nimmt der Fahrplan jedenfalls nicht die skizzierten, der Krise unterliegenden systemischen Fragen auf. In der Folge der Erklärung von Bratislava und dem Treffen anlässlich des 60-jährigen Bestehens der EU in Rom hat der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, seine «Leaders' Agenda» entwickelt, nach der schwierige europäische Themen zunächst auf einer Vielzahl informeller Gipfeltreffen behandelt werden, bevor sie zur Beschlussfassung auf offiziellen Ratssitzungen eingebracht werden. Dieses Verfahren wird zu einer weiteren Verschiebung des Gewichts vom Europaparlament und von der Europäischen Kommission hin zur Vertretung



Europa als Thema des bundesdeutschen Wahlkampfes



Sitzungsutensilien

der Mitgliedstaaten, dem Europäischen Rat, führen. Die Europäische Kommission hatte im März 2017 ein Weißbuch mit fünf Szenarien für die Zukunft Europas (von «weiter so wie bisher» bis «viel mehr gemeinsam Handeln») veröffentlicht, das von den Mitgliedstaaten bisher kaum wirklich diskutiert worden ist. Zu einer der informellen Leaders' Sitzungen (Februar 2018) haben das Europaparlament und die Europäische Kommission Vorschläge für die kommenden Europawahlen eingebracht.

Dem Europäischen Parlament lag zuvor ein Antrag vor, die frei werdenden Plätze britischer Abgeordneter als europaweite Listenplätze zu benutzen, um so ein transnationales Element in die Wahlen einzuführen. Dieser Antrag wurde allerdings sowohl im Europaparlament als auch im Leaders'-Treffen abgelehnt. Die Europäische Kommission hatte sich zudem für die Wiederholung des «Spitzenkandidatenmodells» stark gemacht und eine Verkleinerung der Europäischen Kommission (nicht mehr eine/n Kommissar*in pro Land) sowie einen Vorschlag, das Amt des Parlamentspräsidenten und des Ratspräsidenten zusammenzulegen, auf die Tagesordnung gesetzt. Übrig geblieben ist lediglich der Vorschlag der «Spitzenkandidaten», der sich – wie schon gezeigt – schon bei den letzten Wahlen nicht als «game changer» erwiesen hatte. Und der Europäische Rat sieht nach wie vor keinen Automatismus, den/die Wahlgewinner*in zum Ratspräsidenten zu küren. In Bezug auf die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern hat sich einiges getan. In dem Jahr vor den Europawahlen gibt es unzählige «Bürgerdialoge», online wie offline. EU-Kommissare und Parlamentarier reisen über den Kontinent, um mit Bürgern und Bürgerinnen europäische Politik zu diskutieren. Alle können online zu Gesetzgebungsverfahren der EU Stellung nehmen. Fast jeden Tag gibt es eine neue Kommunikation im Serviceblog des wissenschaftlichen Dienstes des Europaparlaments unter dem Motto: «Was Europa für Dich tut». Als Teilnehmender dieser «Dialoge» – Ausnahmen bestätigen die Regel – wird man jedoch oftmals den Eindruck nicht los, dass die Kommunikation eher einseitig gestrickt ist.

Nach wie vor setzt die EU auf eine Output-Legitimation, eine Legitimation durch «delivery», wie es im EU-Jargon heißt, überzeugen durch gute Ergebnisse statt durch Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Sinn einer Input-Legitimation. Kommunikation ergeht sich dann eher in Erklärungen statt in wirklichen Dialogen und einer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld politischer Entscheidungsprozesse.

Die Rolle der Kirchen

So wichtig es ist, dass die Europäischen Institutionen im Sinne einer weiteren Integration und der europäischen Ziele «liefern», d. h. die richtigen Prioritäten setzen und die richtigen Entscheidungen treffen, so sehr dürfte auch deutlich sein, dass dies allein nicht reicht, damit sich die Bürgerinnen und Bürger wieder mit dem «europäischen Projekt» identifizieren und sich sogar für die europäische Integration engagieren. Damit die Entwicklung Europas nicht nur zu einem Projekt der Institutionen und der EU-Mitgliedstaaten wird, sondern auch der Bürgerinnen und Bürger, bedarf es neben den politisch richtigen Entscheidungen auch eines neuen Narrativs für Europa sowie grenzüberschreitender Bürgerdialoge, in denen europäische Themen nicht nur aus nationalen Perspektiven, sondern eben europäisch diskutiert werden können. Voraussetzung für grenzüberschreitende Bürgerdialoge sind allerdings eine europäische Öffentlichkeit (Jürgen Habermas), die es bisher kaum gibt, sowie effektive Mechanismen, wie Ergebnisse der Bürgerdialoge in die politische Entscheidungsfindung auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene eingebracht werden können.

Dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron verdankt Europa den wohl gegenwärtig größten Impuls zum Fortgang des europäischen Projekts. Leider ist diesem Impuls eher mit Missachtung als mit Beachtung begegnet worden. Auch Präsident Macron betont die Bedeutung von Bürgerdialogen, sieht sie aber eher auf nationaler Ebene. International schlägt er ein Netzwerk von Universitäten vor. In der Neuen Zürcher Zeitung (vom 17.11.2017) schlägt Jeremy Adler unter der Überschrift «Europa muss neu gedacht werden» ein Netzwerk von europäischen Akademien vor. Gemeinsam ist beiden Vorschlägen, dass sie nach sogenannten intermediären Institutionen suchen, die europäische Diskurse lancieren und eine vermittelnde Rolle zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den politischen Entscheidungsträgern einnehmen können. Könnten die Kirchen oder kirchliche Organisationen im Sinne ihrer Kernkompetenzen, Gottesdienst und Weltverantwortung, im Kontext sich als post-säkular verstehender Institutionen eine solche intermediäre Rolle ausfüllen?

Der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) kommt das Verdienst zu, vor zwei Jahren mit einem Offenen Brief unter dem Titel «Welche Zukunft für Europa? Plädoyer für ein europäisches Projekt, das den Aufbau einer Wertege-

meinschaft priorisiert» einen Diskussionsprozess zumindest innerkirchlich angestoßen zu haben, der einige nationale und auch regionale Tagungen und Diskussionsforen hervorgebracht hat, auf denen europäische Themen diskutiert wurden. Damit ist ein Stück kircheninterner, europäischer Öffentlichkeit gelungen. Leider scheint dieser Diskussionsprozess mit der Vollversammlung der KEK in Novi Sad im Mai/Juni 2018 auch schon wieder zu einem vorläufigen Ende gekommen zu sein. Es ist wichtig, dass europäische Politik, wie in dem <<Offenen Brief>> geschehen, an ihre gemeinsamen und grundlegenden Werte erinnert wird. Schwierig erscheint es aber, wenn sich der kirchliche Beitrag so sehr auf die Werteebene beschränkt und aus Werten direkt politische Konsequenzen abzuleiten versucht. Der «Offene Brief» beinhaltet verschiedene Wertekataloge, die je nach dem erwarteten Ergebnis «ausgebeutet» werden. Aber diese Wertekataloge müssen, wie die Bibel auch, von einer Mitte her interpretiert werden. Was hält Europa im Innersten zusammen? Wofür lohnt es sich, sich zu engagieren? Womit identifizieren wir uns? Was ist die «Seele» Europas?

Das Nachkriegsnarrativ der Europäischen Union als Friedens- und Versöhnungsprojekt, so wichtig es auch heute noch ist, scheint nicht mehr zu mobilisieren. Gleiches gilt für die 1989 formulierten Säulen eines neuen Europas: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Den einen gelten sie als mittlerweile selbstverständlich, obwohl sie immer wieder neu mit Leben erfüllt werden müssen. Den anderen gelten sie als ein Ausdruck eines westlichen Liberalismus, den sie nicht mehr teilen. Vielleicht entsteht ja aus dieser neuen Ost-West-Diskussion auch eine Diskussion um den Zusammenhalt der Europäischen Union und darüber hinaus. «Wohlstand für alle», oft mit dem Versöhnungsprojekt in einem Atemzug genannt, erweist sich innerhalb und unter den Mitgliedstaaten als Illusion. Immer größer wird das Gefälle zwischen Armen und Reichen unter und innerhalb der Mitgliedstaaten. Gerade hier müsste die Suche nach einem neuen Narrativ ansetzen mit einer Betonung auf dem «für alle», einschließlich der Natur. «Wohlstand» würde dann inhaltlich völlig neu gefüllt werden müssen.

Es ist hier nicht der Ort, ein neues Narrativ für die Europäische Union zu entwickeln und in allen Konsequenzen zu beleuchten. Zu warnen ist ohnehin vor Narrativen, die verordnet und zu Spielbällen in den Händen der Mächtigen werden. Narrative müssen im Diskurs der Gesellschaft entwickelt werden. Aber es sei erlaubt, eine Richtung anzudeuten, zu der Theologie und Kirche eine Menge beizutragen haben. 1989, kurz vor den revolutionären Veränderungen in Europa, hat die Europäisch-Ökumenische Versammlung in Basel die Metapher vom «Gemeinsamen Europäischen Haus» aufgenommen und Grundregeln für eine gemeinsame Hausordnung entwickelt. Dieses Bild, wenn es auch für Gesamteuropa entwickelt wurde, hat eigentlich nichts von seiner Strahlkraft verlo-

ren. In einem komplementären Ansatz haben die kirchlichen Akademien in Europa, ein schon lange bestehendes Netzwerk unter dem Namen Oikosnet Europa, im März 2017 eine Stellungnahme vorgelegt und im Anschluss an eine Studie des Lutherischen Weltbundes zur Diakonie das Konzept der «Konvivialität» für Europa hervorgehoben: «Konvivialität könnte eine solche Metapher sein, um die herum ein neues Narrativ entstehen könnte. ... Konvivialität setzt den Menschen wieder deutlich ins Zentrum der Politik. Der Begriff impliziert, den Nachbarn und seine Bedürfnisse bei der Formulierung einer gemeinwohlorientierten Politik in den Blick zu nehmen. Konvivialität fördert Chancengleichheit, ein Engagement auf Augenhöhe, soziale Gerechtigkeit und den Respekt vor Freiheit und Unterschiedlichkeit. Konvivialität öffnet eine Möglichkeit über das Territorium der EU hinauszublicken und einen neuen Zugang im Blick auf die EU-Nachbarschaftspolitik und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu eröffnen. Europa ist größer als die Europäische Union, und die Europäischen Institutionen haben eine Verantwortung, die weit über die EU-Mitgliedstaaten hinausgeht.»

Deutlich dürfte sein, dass solche Narrative ein kritisches Potenzial gegenüber der gegenwärtigen Realpolitik haben und eher auf Solidarität statt auf Wettbewerb setzen, auf Nachhaltigkeit statt auf unkontrolliertes Wachstum, auf



Wahlkampf in Italien

Entspannungspolitik statt auf Sicherheit, auf Gastfreundschaft statt auf Festungsmentalität. An diesen Maßstäben muss Realpolitik dann auch gemessen und mit ihnen im Hintergrund begleitet werden.

Für die Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit und eines wirklich europäisch-«deliberativen» Diskurses könnte den Kirchen schon von ihrer Organisationsform, wenn nicht auch wegen ihrer ethischen Kompetenz, eine wichtige Rolle zukommen. Schließlich gehören sie zu den wenigen Organisationen, die lokal, regional, national, europäisch wie global präsent und vernetzt sind. Allerdings müsste man auch hier die Ökumene, im Sinne von Grenzüberschreitungen und alle (nicht nur die Hierarchien) einschließend, viel ernster nehmen. Wo etwa hat der kirchliche oder der zivilgesellschaftliche Dialog zwischen Griechenland und Deutschland wirklich stattgefunden, als es um die unter deutscher Führung beschlossenen Austeritätsmaßnahmen in Griechenland ging?

geben. Die Begegnung vollzieht sich auf Augenhöhe. Der/die jeweils andere wird mit ihren/seinen Bedürfnissen und Interessen wahrgenommen. Die Perspektive ist ein gemeinsames Handeln für das Gemeinwohl, nicht die Konkurrenz im Wettbewerb um die eigenen Vorteile. In solchen Prozessen sind die Kirchen bereits vielfach engagiert. Die Evangelischen Akademien z. B. haben gerade zusammen mit ihren europäischen Partnern einen Diskurs zur Stärkung einer europäischen Zivilgesellschaft und zur Stärkung demokratischer Strukturen lanciert. Für solche wirklich europäischen Prozesse fehlen aber nicht selten die Mittel. Darum wäre zu wünschen, wenn in dem wohl erst nach den Europawahlen zu verabschiedenden Finanzrahmen der Europäischen Union nicht nur das Erasmusprogramm gestärkt würde, sondern auch das Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger, das solche kollektiven, grenzüberschreitenden Prozesse fördern soll. An die Kirchen gewandt: Wie wäre es denn, wenn wir, um

i EUROPÄISCHE UNION

Alles begann mit der „Montanunion“ 1951 und dem sogenannten Schuman-Plan zur Gründung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“. Die Franzosen Robert Schuman und Jean Monet gelten als die Väter der späteren EU. Sechs Jahre später gründeten Frankreich, Italien, Deutschland, Belgien, Luxemburg und die Niederlande mit den „römischen Verträgen“ die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ und schufen einen gemeinsamen Binnenmarkt. Politisch war durchaus mehr beabsichtigt, doch zur Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft kam es damals nicht. In sogenannten Erweiterungsrunden wuchs die EWG bis 1992 auf insgesamt 12 Mitglieder an.

Mit der Ratifizierung des Maastricht-Vertrages 1992 gründete sich die Europäische Union (EU). 1995 kam es zur Erweiterung auf 15 Mitglieder. In den Jahren 2004 und 2007 kam es dann zur sogenannten EU-Osterweiterung. 2004 wurden weitere 10 Mitglieder aufgenommen. 2007 folgten Rumänien und Bulgarien. Die Verabschiedung einer eigenen EU-Verfassung scheiterte zwar aber der Vertrag von Lissabon aus dem Jahre 2007 regelte alle Fragen der Arbeitsweise und Rechtssetzung der Europäischen Union völkerrechtlich verbindlich. 2013 erfolgte die bisher letzte Erweiterung mit der Aufnahme Kroatiens in die EU. Serbien, Albanien, Mazedonien, Montenegro und auch die Türkei sind sogenannte Beitrittskandidaten. Mit dem Brexit wird im Jahre 2019 erstmals mit Großbritannien ein Mitglied die EU verlassen. Das Europäische Parlament mit gewählten Abgeordneten gibt es bereits seit 1979. Im Verlaufe der Jahre gewann es immer mehr Kompetenzen und wird im Mai 2019 zum 9. Mal gewählt.

Im Jahre 2017 hat die EU-Kommission unter Leitung ihres Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker das „Weißbuch zur Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahre 2025 – Überlegungen und Szenarien“ herausgegeben und damit eine Diskussion über Vertiefung und Reformbedürftigkeit der EU eröffnet.

Siehe: https://ec.europa.eu/germany/news/weissbuch_zukunft_eu27_de

Weitere Informationen zur EU unter: https://europa.eu/european-union/index_de/

Um genauer zu beschreiben, was mit deliberativen Diskursen gemeint ist, soll ebenfalls eine Anleihe aus der Ökumene dienen. Im Anschluss an eine Definition ökumenischen Lernens des Ökumenischen Rates der Kirchen könnte man sinngemäß formulieren: Ein wirklicher Diskurs europäischer Bürgerinnen und Bürger ist ein Prozess, in dem verschiedene Gruppen und Einzelpersonen aus verschiedenen Regionen und Kontexten des Kontinents, die je gut in ihren Traditionen verwurzelt sind, befähigt werden, an persönlich relevanten Fragen zu einer ehrlichen Begegnung mit anderen Menschen im Blick auf ein gemeinsames Handeln zusammenzukommen. Der Akzent liegt auf den für die Menschen relevanten Fragen. Die Agenda wird von den Menschen und ihren Lebenskontexten bestimmt und nicht von den Institutionen vorge-

europäische Öffentlichkeit herzustellen, die Befragung von Kandidat*innen für das Europaparlament, die hoffentlich an vielen Orten auch durch die Kirchen stattfinden, nicht nur aus lokaler oder nationaler Perspektive stattfinden lassen, sondern mit der Präsenz unserer Partner aus anderen Kirchen und anderen europäischen Ländern? Dadurch könnten wir deutlich machen, dass wir längst nationale Grenzen überschritten haben und zugleich Europa unser Reflexions- und Aktionsrahmen geworden ist, in dem wir die Bedürfnisse und Interessen unserer Partner ernst nehmen. ☉

Rüdiger Noll ist Bereichsleiter, Europa und Ökumene beim Verband der Evangelischen Akademien in Deutschland (EAD) mit Sitz in Berlin.

Kirche und Rechtspopulismus vor der Europawahl

Von Klaus Breyer

Im EU-Parlament verfügen die christlich-konservative EVP mit 219 und die sozialdemokratische S&D mit 189 Mandaten über eine deutliche Mehrheit. Noch! Denn wie diese klar europäisch ausgerichteten Fraktionen bei der Wahl im Mai 2019 abschneiden werden, ist ungewiss. Vor allem rechtspopulistische Parteien werden ihnen zusetzen. Da europaweit die Wählerbindungen sehr locker geworden sind, können Wechselwähler den Ausschlag geben. In Deutschland erhielt die AfD bei den Europawahlen 2014 7,1 Prozent der Stimmen. Sie war ursprünglich mit sieben Abgeordnete im EU-Parlament vertreten. Diese schlossen sich unterschiedlichen Fraktionen an. Bis auf Beatrix von Storch (seit November 2017 ist der Parteivorsitzende Jörg Meuthen ihr Nachfolger im EU Parlament) haben alle EU-Parlamentarier die Partei verlassen und sich anderen rechtskonservativen oder rechtspopulistischen Parteien bzw. Gruppierungen angeschlossen.

Im Europäischen Parlament gibt es rechts der christdemokratischen Europäischen Volkspartei (EVP) drei große Gruppierungen (Stand 3. Juli 2018):

- die nationalkonservative „Allianz der Konservativen und Reformer Europas“ (AKRE) mit der „Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer“ (EKR). Diese stellt 73 Europaabgeordnete. Den größten Einfluss haben die britischen Tories sowie die polnische PiS
- die populistische, euroskeptische „Allianz für Direkte Demokratie in Europa“ (ADDE), die von der britischen UKIP dominiert wird. Zur Fraktion „Europa der Freiheit und der Direkten Demokratie“ (EFDD, 43 Abgeordnete), gehören auch das italienische Movimento Cinque Stelle (Beppe Grillo) sowie der einzige im Parlament noch verbliebene AfD-Vertreter, Jörg Meuthen. Er ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender
- die rechtspopulistische, z. T. offen rechtsextreme „Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF), in der die französische FN (Marine Le Pen), die österreichische FPÖ (Heinz-Christian Strache) sowie die italienische Lega Nord (Matteo Salvini) verbunden sind. In der dazugehörigen Fraktion (35 Abgeordnete) ist außerdem die niederländische Freiheitspartei (PVV) um Geert Wilders vertreten. In der ENF sitzt auch das frühere AfD-Mitglied Marcus Pretzell. Die ENF-Fraktion wurde knapp ein Jahr nach der letzten Europawahl gegründet, so dass die genannten Parteien 2019 nun erstmalig einen Wahlkampf im Verbund durchführen werden. Im Gespräch ist auch die Aufstellung eines gemeinsamen, europaweiten Spitzenkandidaten. Die AfD scheint ebenfalls eine direkte Beteiligung an dieser Bewegung anzustreben. Der AfD-Parteivorsitzende Jörg Meuthen im ARD-Sommerinterview: "Ich finde unbedingt, dass sich die Parteien, die diese rechtskonservativen Positionen vertreten, zusammenschließen sollten."

Schließlich scheint Steve Bannon, Donald Trumps ehemaliger Chefberater und vormaliger Betreiber der rechts-extremen Plattform „Breitbart News“, ein populistisches

Parteienbündnis zu planen. Nach Angaben des US-Nachrichtenportals „The Daily Beast“ will Bannon eine Stiftung in Brüssel gründen, um einen rechten Einheitsblock zur kommenden Europawahl zu formen.



Viktor Orbán, Ungarns rechtspopulistischer Ministerpräsident



Fremdenfeindlichkeit gegen Rumänen in Ungarn

Europawahlen in schwieriger Zeit

Für die Europäische Union findet der Wahlkampf in einer äußerst schwierigen Zeit statt. Der Brexit wird im Mai 2019 vollzogen sein. Niemand kann zurzeit die Größe der dann eintretenden Kollateralschäden abschätzen. Weitere schwierige Entscheidungen stehen an. Zu erwarten sind z. B. konfliktreiche Haushaltsverhandlungen, da durch den mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2020 wichtige politische Schwerpunkte festgelegt werden müssen. Der Abschied Trumps aus dem Multilateralismus zwingt die EU außenpolitisch zu einer neuen Rolle, die noch nicht gefunden wurde.

Die EU als Promotor der Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen und des internationalen Klimaschutzes lahmt und muss sich ambitionierter aufstellen. Die sozialen Unterschiede sind zwischen den Mitgliedstaaten gewachsen und befeuern die Frage nach einer gemeinsamen Arbeits- und Sozialpolitik. Schließlich sind die europäischen Staaten in der Flüchtlingspolitik tief gespalten. Den Wahlkampf dominieren werden besonders das Themenfeld Migration und die Debatte um Dublin 4. Zu erwarten ist, dass von rechter Seite nationalkonservative Themen, wie „Strategien zur Abschottung gegen Überfremdung“, die „Perfektionierung der Abschiebung“ sowie das Leitbild einer nationalstaatlichen („völkischen“) Homogenität statt weltoffener, europäischer Identität nach vorn gestellt werden.

Kirchen müssen ihr europäisches Engagement ausbauen

Nicht nur für den Europawahlkampf 2019 ist es notwendig, dass die Kirchen verstärkt Europa zu ihrem Thema machen. Sie sollten dabei eindeutig pro-europäisch Position ergreifen, jedoch auch deutlich die Schwächen der bisherigen Europapolitik benennen. Am leichtesten fallen wird dies zumindest den Kirchen in Deutschland – im Bereich der Flüchtlings- und Integrationspolitik. Viel weniger klar ist jedoch die generelle kirchliche Haltung zu Europa. Die Würdigung des Friedens- und Versöhnungsprojekt im Blick auf die Vergangenheit ist Gemeingut, doch die kirchliche Positionierung zur Zukunft Europas, einem Europa der Solidarität und Nachhaltigkeit, nimmt erst langsam Gestalt¹ an. Die Europawahl sollte Anlass für die Kirchen sein, ihr europäisches Engagement zu verstärken.

Kirchen und der Rechtspopulismus

Im Kontext der Europawahl – und natürlich auch unabhängig davon – dürfen die Kirchen nicht locker lassen, sich intensiv mit dem Rechtspopulismus, seinen Themen und Vertreterinnen und Vertretern auseinandersetzen. Das von der AfD verbreitete Zerrbild einer „homogenen Volksgemeinschaft“ wirkt als starkes Sicherheits- und Identitätsversprechen bei vielen, die sich existenziell durch Globalisierung und Migration sowie durch die Auflösung traditioneller Lebens- und Identitätsformen verunsichert fühlen. Darunter finden sich Personen, die sozial etabliert und gut eingebunden sind, aber existenzielle Verluste befürchten. Diese Gruppe steht politischen bzw. auch kirchlichen Diskursen eher aufgeschlossen gegenüber. Auf der anderen Seite stehen tief überzeugte Vertreterinnen und Vertreter einer antipluralen Werthaltung, die ihr Lebensumfeld überwiegend als sehr benachteiligt erleben und sozial kaum vernetzt sind.

Angesichts dieser – hier nur grob skizzierten – Heterogenität muss auch der kirchliche Umgang mit der rechtspopulistischen Herausforderung differenziert erfolgen. Dazu gehören

- die klare kirchliche Positionierung gegen Fremdenfeindlichkeit, Menschenverachtung und Rassismus, die harte und zugleich sachliche politische Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus und seinen Thesen sowie offene Diskursangebote u.a. zu gesellschaftlicher Vielfalt und Integration
- das kirchliche Engagement für eine achtsame Arbeits-, Sozial- und Bildungspolitik sowie eine armutsensible Stadt- und Regionalplanung, um die objektiven Ursachen von Benachteiligung und Segregation bei Hiesigen und Geflüchteten zu bekämpfen.

¹ Ein Baustein, der auch hilfreich für die Positionierung im Vorfeld der Europawahl sein kann, ist die Kundgebung der EKD Synode 2016 „Europa in Solidarität“ und der begleitende Textband zur Kundgebung <https://www.ekd.de/-europa-in-solidaritaet-ekd-synode-beschliesst-europa-kundgebung-29914.htm> sowie aktuelle Überlegungen zu einer Europäischen Synode und einem Europäischen Kirchentag.

Die Verunsicherung durch migrationsbedingte Veränderungen im Lebensumfeld, die zu Abschottungstendenzen in Teilen der Bevölkerung führt, ist sehr ernst zu nehmen. Das kirchliche Engagement für Geflüchtete ist zwar gut eingebettet in eine lang schon praktizierte Parteilichkeit für Benachteiligte und gut funktionierende Strukturen diakonischer Arbeit. Dennoch erleben wir, wie das Klima rauer wird, wie engagierte Mitbürger angefeindet werden und wie Geflüchtete und Migranten zunehmend unter rechtspopulistischer Hetze leiden. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind auch in Kirchengemeinden vorhanden. Umso wichtiger ist es, dass Kirchen sich in der Öffentlichkeit schützend vor Menschen stellen, die Angriffen aus rechtsextremen oder fremdenfeindlichen Motiven ausgesetzt sind.

Kirchliche Stellungnahmen zu postfaktischen, rechtspopulistischen Positionen müssen die „rote Linie“ zwischen Meinungsfreiheit einerseits und Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Volksverhetzung andererseits klar benennen. Die Kirche sollte die berechtigten Anliegen von Zuflucht suchenden und benachteiligten Hiesigen, die oft auch einen Migrationshintergrund haben, zur Sprache bringen, dazu gehört die Kritik an wachsender Armut, Segregation und mangelnde Teilhabe. Von Bedeutung sind auch kirchliche Initiativen der Parteinahme für Benachteiligte, die über den unmittelbaren Kreis der Schutzsuchenden hinausgehen. Diese können z. B. im Ausbau des kirchlichen Engagements im Quartier (kirchliche Sozialraum- bzw. Gemeinwesenorientierung) bestehen etwa in enger Zusammenarbeit mit der Diakonie. Ein guter Ausgangspunkt ist dafür z. B. die Flüchtlingsarbeit in der Kirchengemeinde.

Kirchen verfügen über „Räume“, die zur offenen Kommunikation und Diskussion genutzt werden können. Menschen sollten ermutigt werden, ihre Ängste und Zukunftsorgen zu thematisieren. Es können Begegnungen mit Geflüchteten ermöglicht, Biographien und Fluchtgeschichten geteilt werden. Hier kann durch Beziehungsarbeit das Verständnis zwischen Geflüchteten und Hiesigen wachsen und „Befremden“ überwunden werden. Wichtig sind darüber hinaus demokratiestärkende Bildungsangebote an unterschiedlichen kirchlichen Orten und ihren jeweiligen Zielgruppen (Kindertagesstätten und Jugendarbeit, Schulen, kirchliche Erwachsenen- und Familienbildung, Männer- und Frauenarbeit, Evangelische Akademie etc.). Die interkulturelle Kompetenz von Mitarbeitenden gilt es zu stärken und die kulturelle Öffnung von Kirchen und Gemeinden zu fördern. Das Institut für Kirche und Gesellschaft entwickelte eine Strategie zum kirchlichen Umgang mit dem Rechtspopulismus (www.kircheundgesellschaft.de/das-institut/rechtspopulismus/). Das Institut führt zudem Tagungen durch, die der Wissensvermittlung und dem Erfahrungsaustausch in der Bildungs-, Gemeinde- und Öffentlichkeitsarbeit dienen. Darüber hinaus unterstützen Projekte die ehrenamtliche Begleitung von Geflüchteten sowie kirchliche Initiativen bei der Gemein-

wesenarbeit in besonders benachteiligten Quartieren. In der Evangelischen Akademie Villigst werden Diskurstagungen zu Fachthemen der Europa-, Sozial-, Asyl- und Integrationspolitik angeboten. Sie sind herzlich eingeladen. Damit Solidarität wachsen und Europa seine Rolle als Akteur des Friedens und der Gerechtigkeit wahrnehmen kann, muss der wachsende Nationalismus und Rechtspopulismus eingedämmt werden.

Ohne Zweifel steht Europa im Mai 2019 vor einer sehr entscheidenden Wahl. ☺

Klaus Breyer ist Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft (IKG) der EKvW.

KURZSTATEMENT...

"Was Europa für mich bedeutet"

Wir sind innerlich und äußerlich herausgefordert, mit Mut und Verantwortung Zeugnis über unseren Glauben an das kommende Gottesreich und seine politischen Implikationen abzulegen. Dabei wollen wir in unserer Reflexion konsequent sein, das heißt, uns gegenseitig belehren lassen, wie wir das Evangelium nüchtern in die politische Realität heute „übersetzen“, und die Grundüberzeugungen der Gründerväter der Europäischen Union wiederentdecken und uns dessen vergewissern, dass ohne Verpflichtung zu Menschenwürde und Menschenrechten Europa sich und seine Aufgabe in der globalen Welt verliert. Menschenrechte sind dabei nicht mit dem Evangelium in Eins zu setzen – wer aber heute denkt, Christuszeugnis ohne diese Verpflichtung glaubhaft verkündigen zu können, soll gute Gründe dafür haben. Und gut heisst hier: keine politischen, sondern genuin theologische Überlegungen. Dabei gelten meines Erachtens die Worte von Karl Barth aus dem Jahre 1946 immer noch: „Die christliche Verkündigung im heutigen Europa muss also sein und wieder werden ein freies, ein unabhängiges Wort – unabhängig von allen herrschenden Winden, unabhängig von der Frage: Revolution oder Tradition? Optimismus oder Pessimismus? Westen oder Osten?“ (Karl BARTH: "Die christliche Verkündigung im heutigen Europa", *Theologische Existenz heute*, Neue Folge Nr. 1/1946, S. 11 ff)



Balázs Ódor, Ökumenereferent der Ev.-Reformierten Kirche in Ungarn

Humanitäre Korridore

ein kleiner Schritt auf dem weiten Weg hin zu einer humaneren europäischen Flüchtlingspolitik

Von Annette Muhr-Nelson

Am späten Abend des 3. Oktober 2013 kenterte vor der Küste von Lampedusa ein Kutter mit mehr als 500 Menschen aus Eritrea und Somalia. Auf der Insel hörte man die verzweifelten Schreie, hielt sie in der Dunkelheit aber für das Kreischen von Möwen. Das Boot sank innerhalb weniger Minuten. Die Überlebenden hielten sich fünf Stunden lang über Wasser. Von den 368 Menschen, die in jener Nacht ertranken, waren 108 im Innern des gekenterten Kutters eingeschlossen. Darunter eine etwa 20jährige Frau aus Eritrea, die noch ein Kind geboren hatte, bevor beide starben. Einige dieser Menschen sind auf Lampedusa begraben. In einem kleinen Ladenlokal hat man Gegenstände ausgestellt, die sie bei sich trugen, Kleidungsstücke, Wasserflaschen, Bibeln und Korane, Fotos von Angehörigen. Einige wenige Habseligkeiten, die es bis in unsere Welt geschafft haben und die stumm Zeugnis ablegen von dem, was da Jahr für Jahr an den Grenzen Europas passiert.



Das Tor zur Freiheit

„Das Mittelmeer ist die gefährlichste Fluchtroute der Welt“, sagt Paolo Naso. „Hier ertrinken jährlich mehr als 4.500 Menschen beim Versuch, nach Europa zu kommen.“ – Zum Vergleich: 2015 starben 435 Menschen auf der Route durch die Sahara und an der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze 365. Das hält der Politikprofessor aus Rom für eine nicht hinnehmbare humanitäre Katastrophe. „Es gibt europäische Gesetze, die Schutzbedürftigen einen sicheren Zugang zum Asyl in Europa ermöglichen. Wir müssen sie nur in Anwendung bringen“, ist er überzeugt.

In dem Projekt „Humanitäre Korridore“, das vom Bund der evangelischen Kirchen in Italien (FCEI) und der Gemeinschaft Sant’Egidio getragen wird, sieht er einen Anfang. Seit 2015 konnten so von der Organisation „Mediterranean Hope“ (MH) 1046 besonders Schutzbedürftige aus Flüchtlingslagern im Libanon mit einem humanitären Visum nach Italien einreisen.

Humanitäre Korridore setzen an beim bestehenden Recht. Das institutionelle „Resettlement-Programm“ erlaubt Flüchtlingen den legalen Zugang zu einem Land, in dem sie sicher sind und das ihnen bürgerliche und gesellschaftliche Rechte gewährt. Die Mitgliedsstaaten der EU müssen dafür jeweils gezielt für eine überschaubare Anzahl von Menschen (z.B. 1.000 Flüchtlinge aus Syrien) ihre finanzielle und logistische Unterstützung anbieten. Humanitäre Korridore wollen einen zusätzlichen legalen Zugang speziell für besonders schutzbedürftige Asylsuchende anbieten. Sie stützen sich auf die Regelung in der europäischen Gesetzgebung, „Visa mit räumlich begrenzter Gültigkeit“ zu gewähren, gemäß Artikel 25 der Verordnung (EG) Nr. 810/2009 vom 13. Juli 2009, die den Visakodex der Gemeinschaft festgelegt hat und die jedem Mitgliedsstaat die Möglichkeit gibt, Visa zu erteilen, aus humanitären Gründen oder in nationalem Interesse oder aufgrund internationaler Verpflichtungen. Bisher gibt es einen Humanitären Korridor nach Italien und in Frankreich Überlegungen dazu. Die Begünstigten können legal nach Italien einreisen, und sobald sie sich im Land befinden, müssen sie sich auf dieselbe Weise wie andere Asylsuchende um Asyl bewerben. Das bedeutet, sie sprechen vor einer Kommission vor, die ihr Asylgesuch bearbeitet und dann entscheidet, ob ihnen politisches Asyl, subsidiärer Schutz oder eine humanitäre Bleibeerlaubnis gewährt wird.

Das besondere an den mit der italienischen Regierung ausgehandelten Humanitären Korridoren ist, dass Mitarbeitende der Organisation „Mediterranean Hope“ (MH) in Flüchtlingslagern im Libanon und demnächst auch in Marokko gehen und zusammen mit Partnerorganisationen und dem UNHCR mögliche Aspiranten für ein solches Visum auswählen. „Wir haben seit Beginn der Syrien-Krise Kontakte hergestellt zu NGOs und INGOs, die im Libanon arbeiten“, erzählt Paolo Naso. „Unsere wichtigsten Partnerorganisationen sind: International Refugee Assistance Project (IRAP), unser primärer Partner im Libanon; der UNHCR über das Relocation-Team; Ärzte ohne Gren-

zen Brüssel in Shatila (einem Vorort von Beirut); das Migrant Community Center (MCC), die mit migrantischen Hausangestellten arbeiten zumeist aus Äthiopien und dem Sudan; OXFAM und einige Vertreter der evangelischen Kirchen im Libanon, wie die Pastoren Riad Jarjour, Pierre Lacoste und Raffi Messerlian.“

In diesem Rahmen wird die erste Vorauswahl grundsätzlich von den lokalen Partnern vorgenommen. Ferner ist ein weiterer Weg der Vorauswahl die Email-Adresse des Projektes, über die MH selbstberichtete Fälle sammelt. Vorbereitend und vor jedem persönlichen Kontakt wird entsprechend der persönlichen Geschichte und der in dieser Phase verfügbaren Information evaluiert, ob Vorbedingungen gegeben sind für ein erstes Interview. Dann erst reisen die Mitarbeiter aus Italien ein und führen drei Interviews. Im ersten geht es um den persönlichen Hintergrund und die Lebenssituation in Syrien. Im zweiten um die aktuellen Lebensbedingungen des Kandidaten oder der Kandidatin im Libanon, aus medizinischer Perspektive, ob Kinder regelmäßig Zugang zur Schule haben, ob es dem Familienverband gelingt, im Libanon zu arbeiten etc. Das dritte Interview konzentriert sich auf Fähigkeiten und Motivation für die Umsiedlung nach Europa. Schließlich werden die gelisteten Namen an die italienischen Konsulate geschickt, die ihre eigenen Kontrollen und Evaluierungen vornehmen. Das Konsulat hat das Recht, formale und nicht anfechtbare Entscheidungen zu treffen, die Visa auszustellen oder nicht. Tatsächlich hat das Konsulat bei mehr als 1000 verhandelten Namen nur in sehr wenigen außergewöhnlichen Fällen kein Visum ausgestellt. Die Begünstigten haben alle Rechte und Verantwortlichkeiten von Asylsuchenden: Sie haben das Recht auf Gesundheitsversorgung, zu studieren oder eine Berufsausbildung zu absolvieren und die Erlaubnis, sich nach drei Monaten in Italien legal um Beschäftigung zu bemühen. Auch dürfen Kinder reguläre Schulklassen besuchen. Sobald sie einen [Flüchtlings- oder anderen Schutz-] Status erhalten haben, haben sie all die sozialen und gesetzlichen Rechte und Verantwortlichkeiten, die in Italien für Personen mit jenem Status vorgesehen sind: z.B. finanzielle Unterstützung, Gesundheitsversorgung, Bildung, legale Beschäftigung und die Möglichkeit, um Familiennachzug oder um die Staatsbürgerschaft zu ersuchen, falls Flüchtlingsstatus gewährt wird. Diejenigen, die zu einer dieser Optionen Zugang haben, sind berechtigt, unter Beachtung bestimmter Begrenzungen und Regeln, innerhalb Europas zu reisen.

Das Ziel, das „Mediterranean Hope“ (MH) mit den Humanitären Korridoren verfolgt, ist die Etablierung eines optimalen Verfahrens – nicht nur für die Schutzbedürftigen, sondern auch für die Aufnahmegesellschaft. Daher verfolgen sie eine umfassende und effektive Integrationsstrategie. Diese beinhaltet u.a. Sprachunterricht, medizinische und psychologische Betreuung, juristische Unterstützung, sportliche und soziale Aktivitäten sowie falls nötig berufliche Ausbildung.



Flüchtlingsunterkunft im Haus der Kulturen auf Sizilien

Wenn die Visa erteilt sind, fängt die eigentliche Arbeit von MH also erst an. Sie organisieren den Flug und die Unterkunft und begrüßen die Einreisenden am Flughafen. „Wir geben ihnen von Anfang an das Gefühl, willkommen zu sein. Damit zeigen wir das menschliche Antlitz Europas“, wird Paolo Naso nicht müde zu betonen. Untergebracht werden sie in kleineren Gruppen in unterschiedlichen Unterkünften, einschließlich Wohnungen der Waldenserkirche in Italien oder anderer Organisationen, die mit Migranten arbeiten. Wo möglich, sind örtliche Kirchengemeinden und manchmal ökumenische Gruppen in



Gestrandetes Flüchtlingsboot auf Lampedusa

bestimmte Tätigkeiten involviert. Diese betreute Unterbringung erfolgt während des Prozesses der Asylantragstellung (ungefähr 12 – 15 Monate) und wird in dieser Zeit überwiegend aus Mitteln der Kultursteuer (Otto per Mille), die die Kirchen erhalten, sowie aus Spenden finanziert. Auch etliche Spenden aus der EKvW fließen in dieses Projekt, z.B. die Kollekte beim Weite-wirkt-Festival. Zur Zeit arbeitet eine zwischenkirchliche Arbeitsgruppe aus Experten der Lippischen, der Rheinischen und der Westfälischen Landeskirche sowie Vertretern der auch in Deutschland aktiven Gemeinschaft Sant'Egidio daran, die Humanitären Korridore auf unsere Verhältnisse zu übertragen. Die westfälische Landessynode hat einem Pilotprojekt mit ca. 120 Personen zugestimmt. Wenn die Rahmenbedingungen geklärt sind, braucht es für die Umsetzung vor allem moralische Unterstützung aus Kirchengemeinden und Initiativen. Wir sind zuversichtlich, dass es noch genug Menschen guten Willens gibt, die dem Sterben im Mittelmeer nicht länger untätig zusehen wollen. Durch einen Humanitären Korridor könnten wir ein Zeichen setzen, das vielleicht Nachahmer findet.

Paolo Naso weiß: „Humanitäre Korridore sind zwar keine umfassende Lösung für die Herausforderungen der Migration, aber sie sind ein spezielles, nachhaltiges und effektives Werkzeug, um der speziellen Situation besonders schutzbedürftiger Menschen die dringend notwendige humanitäre Unterstützung zukommen zu lassen.“ Hartnäckig verfolgt er sein Ziel, die Humanitären Korridore auch in anderen europäischen Ländern zu installieren. In Deutschland sind wir auf dem Weg. ©

Annette Muhr-Nelson ist Pfarrerin und Leiterin des Amtes für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (MÖWe) der EKvW mit Sitz in Dortmund.

KURZSTATEMENT...

"Was ich mir von Europa wünsche"

Aus den Trümmern von 1945 und dem schwer erkämpften Sieg über eine menschenverachtende Ideologie sind in der Weltgemeinschaft wichtige Schritte gemacht worden, um die Wunden des Faschismus zu heilen. Hier sei nur die allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die aus der Flüchtlingsnot entwachsene Genfer Konvention genannt. Europäische Regierungen haben erkannt, dass nur eine Überwindung der nationalen Egoismen zum Frieden führen kann. Mit dem Fall der Mauer von 1989 schien das letzte Bollwerk einer Politik der Unfreiheit gefallen. Und doch macht sich heute auch in Europa wieder eine Politik der Ausgrenzung breit. Nationalismen und die unselige Trennung der Gesellschaft in ein „Wir“ und ein „Ihr“, in dem denjenigen, die zum „Ihr“ gehören beliebig Grundrechte aberkannt werden, greift um sich und scheint das Rad der Geschichte wider besseren Wissens zurückdrehen zu wollen. Ich wünsche mir, dass Europa zu seinen Wurzeln zurückfindet und deshalb wieder den Menschen in den Mittelpunkt stellt und soziale Gerechtigkeit lokal und global vorlebt. Von den Kirchen wünsche ich mir eine aktive Rolle in diesem Prozess, dass sie Brücken bauen, wo andere Mauern aufrichten, dass sie aufnehmen und annehmen, wo andere ausgrenzen. Kirchen als prophetische Mahner, dass die Zukunft nicht in Mauern und Engstirnigkeit besteht, sondern in der Öffnung, die Räume schafft für ein gerechtes „Wir“, das alle einschließt.



Jens Hansen, Pfarrer der italienischen Waldenserkirche und ehemaliges Mitglied der Kirchenleitung

Casa Valdese in Rom



Das Hotel *Casa Valdese* Roma ist ein Hotel im Viertel Prati, und liegt ganz in der Nähe des Vatikans. Von der Terrasse im fünften Stock aus genießt man einen herrlichen Blick auf den Petersdom.

Das Hotel Casa Valdese in Rom bietet Einzel- und Doppelzimmer sowie Dreibett- und Vierbettzimmer, die ideal für Einzelreisende, Paare, Familien und Gruppen sind. Das Hotel ist in einem Gebäude aus dem 19. Jahrhundert mit Aussichtsterrasse untergebracht. Die Evangelische Kirche des Rheinlands schenkte es 1987 den Waldensern, die es renoviert und zu einem Hotel umgebaut haben. Seit 2013 verwaltet die Diakonie der Waldenser das Gästehaus.

Kontakt: Casa Valdese Roma, Via Alessandro Farnese, 18, 00192 Roma
Tel. +39 06 3215362, Fax. +39 06 3211843,
reception@casavaldeseroma.it
www. <http://www.casavaldeseroma.it/de/>

Die Briten und der Brexit – der Brexit und die Church of England

Erfahrungen aus London

Von Thomas Krieger und Michael Brandt

In acht Tagen kann man viel erleben – aber in acht Tagen kann man eine komplexe Gesellschaft kaum kennenlernen. In diesem Spannungsverhältnis stand der gemeinsame Besuch von Westfälischer Missionskonferenz und Amt für MÖWe in der britischen Hauptstadt London. Die Church of England und ihre Geschichte, ihr Umgang mit dem Brexit und ihre Präsenz in der Großstadt, das Parlament, Positionen von Parlamentariern zum Brexit sowie das Leben der Menschen in der Metropole London bildeten die Schwerpunkte des Besuches. Gespräche bei deutschsprachigen protestantischen Gemeinden und bei der schottischen Gemeinde in London gaben weitere Einblicke in den Lebensalltag der Menschen und dokumentierten auch eine große Ratlosigkeit im Umgang mit dem Brexit.

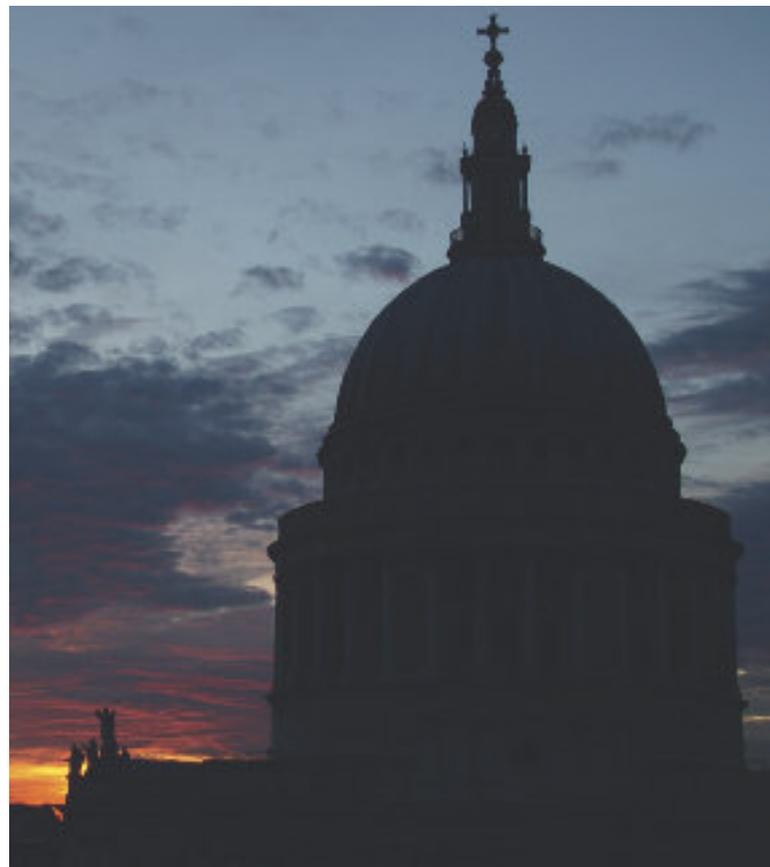
Church of England – not catholic not protestant, part of the system or apart from the system?

Fast 500 Jahre ist sie alt, die ehrwürdige Church of England, und die englische Königin ist ihr Oberhaupt. Seit 1534 ist sie Staatskirche und teilt sich in die zwei Kirchenprovinzen York und Canterbury. 26 ihrer Bischöfe sitzen im Oberhaus, im House of Lords. Auch wenn ihr Einfluss in der Gesellschaft schwindet und besonders die Mitgliederzahlen rapide schrumpfen, wird oft vergessen, dass die Church of England besonders im Schulwesen noch großen Einfluss hat. 4.700 Schulen in England sind in ihrer Trägerschaft. Besonders im Grundschulbereich ist ihr Einfluss groß. Jede vierte Grundschule in England gehört der Church of England. In London spielt das eine besondere Rolle. Erwachsene gehen in den Gottesdienst, weil sie ihre Kinder in der Grundschule der Church of England anmelden wollen. Aktive Mitarbeit in der Gemeinde ist Voraussetzung für die Aufnahme der Kinder in die Grundschule. Im Church House treffen wir Dr. Matthias Grebe. Er kommt aus Deutschland, ist mit einer Engländerin verheiratet und seit einiger Zeit angestellter Pfarrer der Church of England im Teilzeitverhältnis. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt beim „Council for Christian Unity“ und in der Begleitung der „Meissen-Kommission“, dem Gremium der Church of England, das seit 1991 auf Grundlage des Meissen Agreement die besondere Kooperation zwischen EKD und Church of England gestaltet.

Ein Besuch im Church House direkt hinter der Westminster Abbey gelegen, ermöglicht zugleich den Besuch im Synodensaal der Church of England. Hier tagen drei „Häuser“ – House of Bishops, House of Clergy und House of Laity. Sie verabschieden die Kirchengesetze – so beispielsweise ein Gesetz über die Zulassung von Frauen zum Bischofsamt, das erst 2014 beschlossen und zuvor immer wieder am Widerstand der Laien gescheitert war. Uns interessierte die Haltung der Church of England zum Brexit. Bei Dr. Grebe finden wir Rat- und Sprachlosigkeit vor. 2016 hatte die Church of England im Vorfeld der Ab-

stimmung zwar Diskussionsveranstaltungen in ihren Gemeinden und Diözesen organisiert, sich aber offiziell zu Neutralität verpflichtet – also keine Position bezogen. In den Monaten nach dem Referendum gab es zögerliche Verlautbarungen, die die Sorgen um die Folgen des Brexit formulieren. Verschiedene Bischöfe verlautbarten, dass der Brexit negative wirtschaftliche und politische Folgen haben werde. Das brachte der Church of England die Kritik ein, dass sie die Sorgen der armen, abgehängten Bevölkerung nicht verstehe und zu sehr mittelschichts- und akademisch orientiert sei.

Bischof Dr. Steven Platten, unser zweiter Gesprächspartner, ist heute Pfarrer an St.Martin-within-Ludgate in der



Abendhimmel über St. Paul Cathedral



Sir Peter Bottomley im Gespräch

Londoner Innenstadt. Ein Besuch vor Ort macht das ganze Dilemma der Church of England deutlich.

St.Martin-within-Ludgate ist eine Kirche, die nach Plänen von Sir Christopher Wren nach dem großen Feuer 1666 aufgebaut wurde – eine historische Kirche, ein interessantes Bauwerk mit uralten Kirchenbänken, Gemälden und Glasmalereien. Eine Gemeinde existiert nicht mehr wirklich. Die Kirche ist eine von über 20 sogenannten Guild Churches in London. Das sind Kirchen, die mit Vereinigungen von Kaufleuten und Handwerkern zusammen arbeiten, das historische Erbe bewahren, Gottesdienste anbieten und ansonsten nach anderen Einnahmequellen suchen. St Martin-within-Ludgate ist die Kirche der Papiermacher und Buchdrucker. Sie vermietet für Versammlungszwecke renovierte Räume an Privatfirmen und Unternehmen im Stadtteil. Diese Menschen haben zwar keinen Bezug zur Kirche, bringen der Gemeinde aber finanzielle Einnahmen.

Ann Morisy ist unsere dritte Gesprächspartnerin. Sie berichtet über die aktuelle Situation der Church of England. Als Hauptamtliche der Church of England hat sie sich in den 90er Jahren mit dem Thema „Faith in the City“ beschäftigt und war für einige Jahre Direktorin der Church of England „Commission on Urban Life and Faith“. Nun lebt sie im Londoner Stadtteil Streatham und ist noch als Churchwarden in ihrer Gemeinde engagiert. Ihr Fokus betont das Leben vor Ort, die lokale Dimension und die Bedürfnisse der konkreten Menschen im Stadtteil. Sie spricht sich für den Brexit aus und begründet es damit, dass die Menschen in den den industrialisierten Teilen Nordenglands zum ersten Mal wieder über etwas abstimmen konnten und ein verständliches Bedürfnis nach der Rückgewinnung der Kontrolle ihres Lebens haben. Fragen bleiben offen: sucht die Church of England nach fast 500 Jahren Sonderexistenz in der englischen Gesellschaft nach einer neuen Rolle oder lebt sie als Staatskirche von Tradition und Privilegien bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust? Hält sie an Pfründen und Privilegien fest und pocht auf ihre Sonderstellung als Staatskirche oder stellt sie sich den gesellschaftlichen Herausforderungen

und fragt sich, welchen Beitrag sie neben Gottesdienst und Kasualien für das soziale Gemeinwesen leisten will? Gut – London ist einmalig mit seinen 8,5 Millionen Einwohnern, dem Finanzzentrum und seinen wachsenden Hochhauskomplexen. Hier kann man etwas machen. St. Martin in the Fields hat ein kirchenmusikalisches Profil und betreibt ein Cafe in seiner ehemaligen Krypta, St. Mary Aldermary direkt neben der St. Paul’s Cathedral betreibt ein Cafe für die Touristen in der Londoner Innenstadt und Holy Trinity Brompton im wohlhabenden Stadtteil Kensington versorgt die Bankangestellten und Businessmenschen mit besondere Gottesdiensten. Doch nicht jede Kirche kann ein Café eröffnen. Und mit Kaffee- und Kuchenverkauf für Touristen transportiert man noch keine christlichen Botschaften.

Im britischen Parlament

Lange Schlangen am Porticus Building, dem Besucher- eingang zum britischen Parlament. Es ist ein sonniger Montag in London und wir warten auf den Abgeordneten Sir Peter Bottomley. Nach etwa zehn Minuten erscheint ein freundlicher, älterer Mann im dezent blauen Anzug und sorgt dafür, dass wir die Sicherheitstür passieren können. Im Vorbeigehen drückt ihm sein Mitarbeiter noch eine Krawatte in die Hand und wir folgen Sir Peter in den

KURZSTATEMENT...

"Von welchem Europa träumen Sie?"

Europa ist ein Kontinent mit großem, kulturellem Reichtum und großer Vielfalt, der zu oft von Neid und Spaltung drangsaliert worden ist. Spaltungen, von denen wir hofften, sie gehörten der Vergangenheit an, die aber trauriger weise gerade wiederkehren. Durch wirtschaftliche Zusammenarbeit schien die EU einen Weg zu Frieden und Wohlstand aufzuzeigen. Aber das Hoffen auf eine bessere Zukunft durch wirtschaftliches Wachstum wurde verbaut. Dieses Wachstum wirkt entzweierend, indem es den Graben zwischen Reich und Arm vertieft, Naturressourcen ausbeutet und umfassende Umweltzerstörung verursacht. Wir müssen Europa und seine Gemeinschaften von Grund auf neu denken. Uns eine Wirtschaft vorstellen, die nicht allein durch Wachstum, sondern durch den Abbau von Ungleichheit und die Förderung von Nachhaltigkeit angetrieben wird – eine faire und nachhaltige Wirtschaft.

Kirchen in Europa müssen eine kritische Haltung einnehmen, indem sie Gemeinschaften helfen, die Zukunft Europas und unserer Nachbarn in der Welt neu zu denken. Und die Kirche von Schottland, obwohl am Rande Europas gelegen, sollte im Zentrum dieser Diskussionen stehen.



Adrian Shaw Climate Change Officer, Church of Scotland/Edinburgh

ersten Stock des Besuchergebäudes im Parlament. Sir Peter sitzt seit dreißig Jahren als Abgeordneter der Conservative Party im House of Commons. Er ist verheiratet mit Virginia Bottomley, Baroness Bottomley of Nettlestone, ehemalige Ministerin und aktuell Mitglied im House of Lords, dem Oberhaus, das ebenfalls hier in Westminster untergebracht ist. Das House of Lords hat z.Zt. 810 Mitglieder, 92 sind Adelige mit vererbbarem Titel, die anderen werden von der britischen Königin auf Lebenszeit ernannt. 26 Bischöfe der Church of England gehören ebenfalls dazu. Sir Peters Beziehungen zur anglikanischen Kirche sind sehr gut. Persönlich ist er ein entschiedener Gegner des Brexit. Im Gespräch lässt er aber eine pragmatische Haltung durchblicken. Nun sei die Sache entschieden, da müsse man nun also britisch-pragmatisch die Umsetzung des Brexit angehen. Wir waren Besucher aus Deutschland im britischen Parlament – im Westminster Building. Das ganze Gebäude strahlt viele Hundert Jahre englischer Geschichte aus – Empire, Königreich, Männerherrschaft. Und so wirkt es auch heute noch. Im Vergleich zum modernen, offen Parlamentsgebäude in Berlin wirken die beiden Säle in Westminster viel kleiner und enger. Die grünen und roten Ledersitze im House of Commons und im House of Lords sind eng zusammen gestellt. Tische für Aktenablage gibt es nicht. Hier wird debattiert, gearbeitet wird wo anders.

Das House of Lords ist auch nicht wie in anderen europäischen Ländern die Vertretung von Regionen oder Bundesländern, sondern eher eine ständemäßige Kammer mit von der Queen geadelten Lords. Reformen des House of Lords erfolgten 1999 durch den House of Lords Act, der die Zahl der vererbbaren Sitze reduzierte. 2005 wurden die rechtsprechenden Funktionen des House of Lords auf einen neu geschaffenen Obersten Gerichtshof für das Vereinigte Königreich übertragen. Eine weitergehende Beschäftigung mit der Gewaltenteilung in der britischen Demokratie ist lohnenswert. Jedenfalls unterscheidet sie sich in einigen Punkten wesentlich vom kontinentalen Modell. Beispielsweise vereinigen sich in Person und Amt des Lordkanzlers des Oberhauses legislative, exekutive und judikative Funktionen. Versuche, Ämter und Institutionen des Oberhauses zu demokratisieren oder abzuschaffen, hat es durch verschiedene Regierungen immer wieder gegeben. Oft scheiterten sie aber an den Einsprüchen des Oberhauses.

Demokratischer Wandel scheint in Großbritannien offenbar langsamer von Statten zu gehen. Am Besuchereingang zu Westminster erhalten auch die Angestellten und Abgeordneten Einlass. Schaut man auf die weiblichen Mitarbeiterinnen alle sind sie betont feminin gekleidet – man sieht kaum eine Frau im Hosenanzug – der dress code ist offenbar eindeutig nach Geschlechterrollen getrennt und entspricht den alten Rollen – Männer in Anzug mit Schlips – Frauen im kurzen Rock mit Strumpfhose meist schwarz und blickdicht. Da fragt man sich ja schon, welche Form von Sexismus im britischen Parla-



Bischof Steven Platten

ment herrscht und ob das britische Parlament in Westminster wirklich den Ansprüchen eines modernen, demokratischen Parlamentes entspricht.

Zu Besuch in der deutschen Gemeinde

Sonntag besuchen wir die deutsche Gemeinde London West. Da Pfarrer Georg Ammann auf Reisen ist, wird er von einem Ruheständler vertreten, der „der Kinder wegen“ in London lebt. In der Christuskirche sind 30 Personen versammelt, Familien mit Kindern, Studenten, Geschäftsleute und Rentnerinnen. Wir unterhalten uns beim Kaffee. Hier versteht niemand die Brexit-Entscheidung. Aber man wartet ab, wie es dann wirklich weitergeht. Viele sind durch Ihre Familien oder durch die Arbeit in

i GEMEINSCHAFT EVANGELISCHER KIRCHEN IN EUROPA (GEKE)

1973 verabschiedeten auf dem Schweizer Leuenberg evangelische Kirchen in Europa die berühmt gewordene „Leuenberger Konkordie“, in der sie Tauf-, Gottesdienst- und Abendmahlsgemeinschaft verabredeten. Es ist zugleich das Gründungsdokument der GEKE, mit dem eine uralte Spaltung zwischen reformierten, lutherischen und unierten Kirchen in Europa ihr Ende fand. Die Leuenberger Konkordie ist im evangelischen Gesangbuch abgedruckt. Gegenwärtig gehören der GEKE 105 Kirchen an. Die GEKE hat zahlreiche theologische Diskurse initiiert – veröffentlicht als Leuenberger Texte – u.a. zu Sakrament, Amt und Ordination, zu Kirche und Israel, Gesetz und Evangelium und zuletzt zum Taufverständnis mit den Baptisten und zur Ethik der Reproduktionsmedizin. Sie hat ihren Sitz in Wien, ist in Regionalgruppen organisiert. Im September fand ihre Vollversammlung zum Thema „befreit-verbunden-engagiert“ in Basel statt.

Weitere Informationen unter:
<http://www.leuenberg.net/>

London gebunden. Sie hoffen alle, dass sie nicht eines Tages gezwungen sind, nach Deutschland zurück zu kehren. Pfarrer Georg Ammann, mit dem wir uns im Laufe der Woche noch verabredet haben, kritisiert die unklare Haltung der Church of England: Ein klares Votum für Europa wäre doch besser gewesen. Pfarrer Ammann verweist auf eine 350 jährige Geschichte der Deutschen in London. Es waren deutsche Handwerker, die im 17. Jahrhundert in die englische Baubranche eingewandert sind, welche die erste deutsche Gemeinde in London gründeten. Da war die Gemeinde London Ost, während die Gemeinde London West für Angestellte der Botschaft gegründet wurde. Eine Ausstellung in der Kirche zeigt berühmte Deutsche, die in London gelebt haben, unter ihnen Dietrich Bonhoeffer.

Ausblick

Nach sieben Besuchstagen bleiben viele Fragen offen: Was hat die knapp 52% der Briten motiviert für den Brexit zu stimmen? Was erhofften sich die Menschen an Vorteilen vom Brexit? We want control back ist da nur eine unzureichende Erklärung. Warum hat sich die Church of England nicht eindeutig positioniert? Ist es wirklich das sogenannte Hinterland, der Commonwealth, auf den viele Briten als Kompensationregion für die EU hoffen? Nach dem Motto: es wird schon nicht so schlimm werden ohne die EU – und, wenn es schlimm wird haben wir ja noch unsere besonderen historischen Beziehungen nach Indien, Pakistan und dem Commonwealth? Warum sind die Brexit-Verhandlungen so schwierig? Es geht um Geld – viel Geld – und natürlich wollen die

Briten möglichst wenig zahlen. Die EU erwartet britische Zahlungen an die EU als Entschädigung für den Ausfall britischer Beiträge. Lassen die Briten deshalb die Verhandlungen scheitern? Es geht aber auch umgekehrt um die Rechte der EU-Ausländer in Großbritannien und die der Briten in der EU. Und es geht um die zukünftige Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland. Ein Austritt Großbritanniens aus der EU zum 29. März 2019 ohne Vertrag ist denkbar. Ein Brexit-Vertrag muss schließlich vom EU-Parlament, vom britischen Parlament und von allen EU-Mitgliedsstaaten gebilligt werden. Ist also ein Bruch Großbritanniens mit der EU ohne Vertrag besser für die Briten? Und wie muss man die Zukunft Londons sehen? London ist „capitalism at it's worst“, weil hier ein rapider Verdrängungswettbewerb stattfindet und nicht nur Hochhäuser alte, historische Gebäude ersetzen, sondern die Mieten steigen und die Ärmeren verdrängt werden in die Vororte.

Zugleich bleibt es eine faszinierende Stadt! Die Banker in London wissen, dass die EU nicht der einzige Markt ist, sondern dass man auch an anderen Orten der Welt Geschäfte machen kann. Die Christen suchen in dieser Glitzerwelt noch Ihren Platz. ☺

Michael Brandt ist Pfarrer im Kirchenkreis Herne und Vorsitzender in der Westfälischen Missionskonferenz. Thomas Krieger ist Europareferent im Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (MÖWe) in Dortmund.

Begegnungszentrum der evangelischen Kirchen in Europa „FOYER LE PONT“ in Paris

Welchen Beitrag können Kirchen für ein solidarisches, tolerantes und friedliches Europa leisten? Brücken bauen, Begegnungen und Bildung sind dazu wesentliche Aspekte. „Le Pont“, übersetzt „die Brücke“, heißt das Begegnungszentrum in Paris, das von der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, der Vereinten Evangelischen Kirche Frankreichs (EPUdF), der Evangelischen Kirche in Rheinland und der Deutschen Gemeinde in Paris betrieben wird. Unter dem Leitwort „Mut zum Brückenbauen“ kommen Menschen aus verschiedenen Ländern Europas im Süden von Paris zusammen, um Erfahrungen auszutauschen, voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu ermutigen. Das Foyer le Pont ist ein idealer Tagungsort für kirchliche und diakonische Gruppen, ein Ziel für Ehrenamtliche, Jugendgruppen, Schulklassen und Studierendengruppen, aber auch für Einzelreisende, die die französische Hauptstadt besuchen wollen und von einem deutschsprachigen Team willkommen geheißen werden. Das Haus verfügt über 2 Tagungsräume, 21 Einzel, Doppel- und Dreibettzimmer, alle mit Dusche, WC und WLAN, mit insgesamt 40 Betten.

Kontakt: Foyer le Pont, 86, rue de Gergovie, 75014 Paris
Telefon: +33 1 45 42 51 21
E-Mail: le-pontparis@wanadoo.fr, www.ekir.de/foyer/

Mit Luther in der Wüste

Die reformierte Kirche in Frankreich bewahrt ihre Traditionen

Von Beate Heßler

„Re-formé“ – Mit Luther in der Wüste

Die Plakate mit diesem Titel sprangen mir ins Auge, als ich im Spätsommer 2017 in den südlichen Cevennen unterwegs war. Nach einer längeren Wanderung durch die Täler und über die Höhenzüge der Cevennen war ich in der Gegend von Anduze angekommen, wo die reformierten Kirchengemeinden sich auf die alljährliche „L'Assemblée du Désert“ vorbereiteten.

An jedem ersten Septemberwochenende versammeln sich Nachfahren der Hugenotten aus aller Welt im kleinen Dorf Mialet bei Anduze auf dem Gelände des „Musée du Désert“. Bis zu 20.000 Personen sind es wohl, die hauptsächlich aus den Cevennen und dem Languedoc kommen, häufig jedoch aus ganz Frankreich und dem Ausland. Gemeinsam feiern sie unter freiem Himmel einen Abendmahlsgottesdienst, essen gemeinsam und hören Vorträge zu verschiedenen Themen.

Mialet und die umliegenden Täler in den Cevennen haben eine historische Bedeutung für die Reformierten in Frankreich: Als im Herbst 1685 Ludwig der XIV die Rechte der Hugenotten in Frankreich annullierte, begann das „Jahrhundert der Wüste“. Über 200.000 Protestanten verließen Frankreich, um ihrem Glauben nicht abschwören zu müssen. Bis es 1787 zum Toleranzedikt kam, waren die meisten Hugenotten ausgewandert – etliche von ihnen hatten aber auch in den Cevennen Unterschlupf gesucht.

„Das Musée du Desert erinnert daran. Es ist das Geburtshaus des Kamisardenführers Pierre Laporte, genannt Rolande. Zwischen 1702 und 1704 leitete er einen letztlich erfolglosen bewaffneten Widerstand. Gleichzeitig formierten sich die Protestanten im Untergrund. Im Museum findet man zahlreiche Zeugnisse aus diesen Zeiten. Edikte, Verordnungen, Portraits ausgewiesener Pastoren, bizarre Elemente der Erziehung zur Konversion und immer wieder Zeugnisse tiefer biblischer Frömmigkeit: Kleine Bibeln, die im Dutt der Frauen versteckt werden konnten; Abendmahlskelche, die auseinandergeschraubt und zu alltäglichen Haushaltsgegenständen werden konnten, Weinfässer, die als transportable Kanzeln dienen konnten. Bis heute finden sich bei Hausabbrüchen versteckte Psalter und Bibeln, die aus Angst vor Verfolgung in Wänden und Kellern versteckt wurden!

Als ich am ersten Septemberwochenende 2017 eher zufällig, aber dennoch neugierig an der Versammlung in der Wüste teilnehmen möchte, werde ich Zeugin der Auto-kolonnen. Sie verstopfen die Zufahrten nach Mialet, werden aber vor Ort durch kundige Helfer*innen zu den ausgewiesenen Parkplätzen geleitet. Relativ unaufgeregt

geht es zu, als Tausende sich auf den Weg zum schattigen Gottesdienstplatz unter den Eichen und Kastanien machen. Viele Gemeindegruppen, Familien und Gäste aus dem In- und Ausland haben sich mit Lebensmitteln und Getränken versorgt, den Klappstisch unter den Arm geklemmt und Campingstühle mitgebracht, um an diesem festlichen Tag gut vorbereitet zu sein. Mangels hilfreicher Ausrüstung werde ich von einer elsässischen Familie eingeladen, die Isomatten mit ihnen zu teilen. Schon vor dem Gottesdienst begrüßen Chöre und Bläserkreise die Ankommenden. Später dann kann ich viele Lieder auf Deutsch mitsingen: Die Melodien der Psalmlieder sind mir aus meiner Jugend in einer reformierten Kirche sehr vertraut. Pastor Jean François Breyne predigt über Galater 3:23–29 und Johannes 6:28–40. Dabei zieht er Zitate Martin Luthers heran, den er in diesem Jahr des 500jährigen Reformationsjubiläums besonders würdigt. Von der Freiheit der Christenmenschen hören wir in dieser Predigt und davon, was es bedeutet, die Schwestern und Brüder, sich selbst und diese Welt als ein Geschenk annehmen zu dürfen.



Die Predigt aus dem Weinfass.



Die „Versammlung der Wüste“ im September 2017

„Mit Luther in der Wüste“ – dieser Gedanke wird am Nachmittag in Vorträgen und Workshops noch fortgeführt, doch zuvor findet eine bewegende Abendmahlsfeier statt. An etwa 20 verschiedenen Orten sind Tische aufgebaut, die beteiligten Gemeinden haben ihr Abendmahlsgeschirr mitgebracht, das nun unter den Bäumen in der Sonne funkelt. Pfarrerinnen und Pfarrer verteilen sich im Gelände, um Brot und Wein auszuteilen. Es braucht keine liturgischen Hinweise – alle Beteiligten machen sich sehr unkompliziert auf, organisieren sich in verschiedenen Reihen und bewegen sich zum nächsten Abendmahlstisch. Aus Lautsprechern im Hintergrund erklingen Wüsten-Texte der Bibel. Nachdem auch die Körbchen für die Kollekte durch die Reihen gewandert sind, erklingt die „Marseillaise“ der französischen Protestanten: „A toi la gloire o ressuscité“ – Dir die Ehre du Auferstandener! Ich singe stattdessen laut und mindestens ebenso bewegt „Tochter Zion“: Die Melodie ist die gleiche.

Nach dem Gottesdienst kommen die Campingtische zum Einsatz. Tischtücher werden gedeckt, Essen aufgetan. Ein buntes Fest beginnt. Zum Glück haben die Gemeinden aus der Umgebung auch Stände vorbereitet, an denen Gebäck, Obst und Getränke gekauft werden können. Auch Gäste, die unvorbereitet anreisten, wie ich, sind also gut versorgt. Zwischendurch habe ich an diesem Tag auch deutsche Nachfahren der Hugenotten getroffen. Sie stammen aus Süddeutschland, kommen regelmäßig zur Assemblée nach Mialet und sind in ihrer Heimat verantwortlich für den Pilgerweg der Waldenser und Hugenotten, der von Süddeutschland bis in die Waldensertäler in Italien und Frankreich führt. Jede Gemeinde ist zuständig für die Strecke, die auf ihrem Gebiet liegt und schon früh im Jahr werden die Hinweisschilder erneuert, die Wege freigeschnitten und alles wird vorbereitet, um gute Pilgerbedingungen zu schaffen. Ich bin herzlich eingeladen, meine nächste Wanderreise nicht in Frankreich, sondern in Süddeutschland beginnen zu lassen – auch dort auf den Spuren der Hugenotten.

Aber wie steht es nun heutzutage um die reformierte Kirche in Frankreich? Als ich sie vor etlichen Jahren besuchte, war sie gerade auf dem Weg zu einem Vereinigungsprozess mit der lutherischen Kirche. Inzwischen ist die Vereinigte protestantische Kirche Frankreichs schon einige Schritte miteinander gegangen. Im Mai 2012 beschlossen die Synoden der evangelisch lutherischen Kirche von Frankreich und der reformierten Kirche von Frankreich in Belfort, sich zur vereinigten protestantischen Kirche Frankreichs „Eglise protestante unie de France“ zusammenzuschließen. Die daran beteiligten Gemeinden bewahren ihren Bekenntnisstand, gestalten aber im alltäglichen Gemeindeleben viele Gemeinsamkeiten. Elsass Lothringen hat eine eigene Union, die „Union des églises protestantes d’Alsac et Lorraine“.

Die protestantische Kirche öffnet sich zunehmend auch für evangelikale und charismatische Formen. Darin kommt auch zum Ausdruck, dass die Migration eine aktuelle Herausforderung und Chance ist. Viele Gemeinden regenerieren sich durch den Zuzug von Migrantinnen und Migranten, vor allem aus Afrika. Pfarrerinnen und Pfarrer mit internationalen Wurzeln tun ihren Dienst. So formuliert man eine Antwort auf die laizistisch-atheistische Gesellschaft, die von der protestantischen Kirche immer mitgetragen und gestützt wurde. Das Thema Mission spielt eine zunehmend wichtige Rolle. In einem breiten synodalen Prozess wurde vor zwei Jahren eine neue Glaubenserklärung verabschiedet, die zu einem zeitgemäßen Zeugnis aufruft und nach neuen Gemeindeformen sucht. Das darin enthaltene Glaubensbekenntnis wird in vier Punkten durchbuchstabiert: Wir leben durch das empfangene und geteilte Vertrauen! Die Bibellektüre erhebt uns! Wir brauchen einander! Das gute Leben ist ein genügsames Leben! Ein Satz darin zeichnet eine Grundüberzeugung protestantischen Christentums in Frankreich vielleicht besonders aus.

„Genügsam zu sein ist ein Lebensstil, das Teilen, die Verantwortung, die Einfachheit begünstigt... Dazu gehört auch, unseren Besitz, unserem Erfolg und unserem Versagen gegenüber diese kleine wohltuende Distanz einzuhalten, die man Humor nennt!“ Der aktuelle Protestantismus in Frankreich wird vielseitiger. Er respektiert die Diversität seiner Mitglieder – und das sind immerhin 1,5 Millionen Menschen, also 2,3% der Bevölkerung. Man ist auf dem Weg zueinander – und auf dem Weg miteinander christlichen Glauben zu bezeugen. Bei der Assemblée du désert 2017 habe ich das bei einer besonders schönen Gelegenheit miterleben können.

„Genügsam zu sein ist ein Lebensstil, das Teilen, die Verantwortung, die Einfachheit begünstigt... Dazu gehört auch, unseren Besitz, unserem Erfolg und unserem Versagen gegenüber diese kleine wohltuende Distanz einzuhalten, die man Humor nennt!“ Der aktuelle Protestantismus in Frankreich wird vielseitiger. Er respektiert die Diversität seiner Mitglieder – und das sind immerhin 1,5 Millionen Menschen, also 2,3% der Bevölkerung. Man ist auf dem Weg zueinander – und auf dem Weg miteinander christlichen Glauben zu bezeugen. Bei der Assemblée du désert 2017 habe ich das bei einer besonders schönen Gelegenheit miterleben können.

Beate Hebler ist Pfarrerin im Amt für MÖWe und Inhaberin der Fachstelle „Gemeinsam Kirche sein mit Zugewanderten“ und „Ökumenische Frauenarbeit“

Zur Entwicklung ländlicher Räume und zum Landgrabbing in Europa

Von Dirk Hillerkus

Die Begriffsbestimmung „ländliche Räume“ ist angesichts der verschiedenen Ausprägungen der Regionen in Europa nicht unproblematisch. Es gibt ländliche Räume in unmittelbarer Nähe zu städtischen Gebieten und ländliche Räume, die sehr weit entfernt von urbanen Strukturen liegen. Innerhalb der ländlichen Regionen der Europäischen Union findet ein Wechselspiel zwischen Urbanisierung und städtischen Abwanderungsbewegungen statt. Einige Regionen, zum Beispiel großflächige Gebiete in Ostdeutschland, entleeren sich durch Abwanderung der jungen, oftmals arbeitssuchenden Bevölkerung, während sich an weiteren Standorten Zuwanderungsbewegungen aufgrund unterschiedlichster Motive wie dem Wunsch nach Natur, ruhigerem, stressbefreitem Alltagsleben oder besserer Wohnqualität vollziehen.

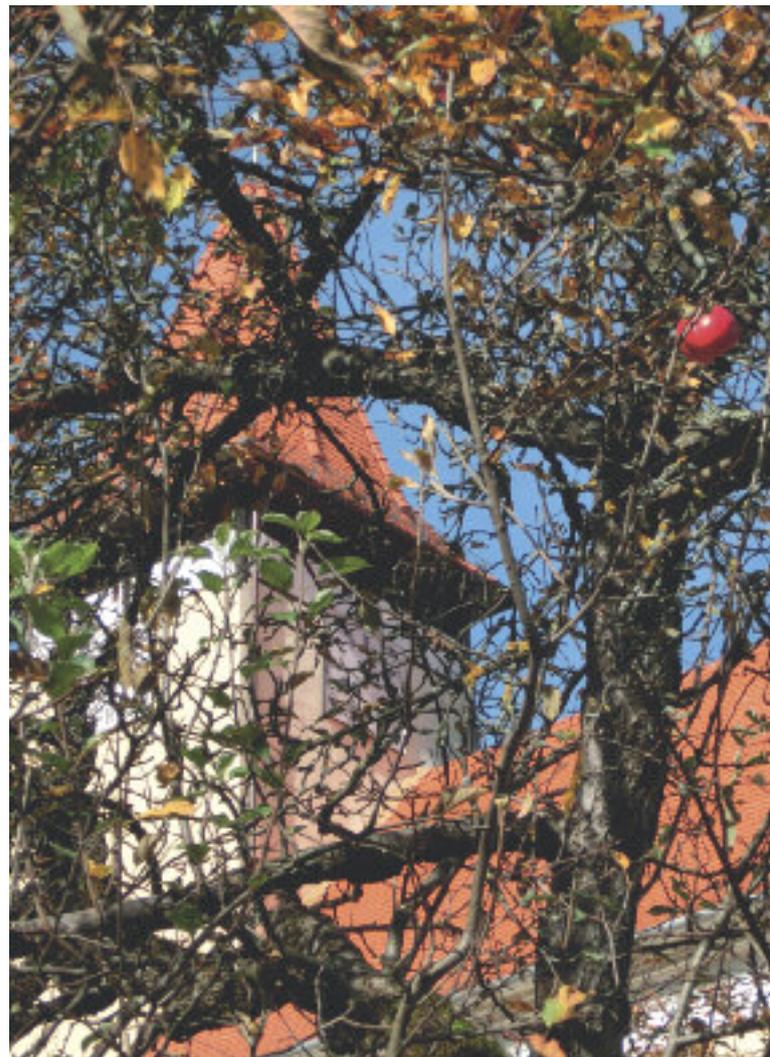
Entwicklung und Herausforderungen der ländlichen Räume in Europa

Während überall auf der Welt die traditionellen Hochkulturen zentralistisch geprägt waren und die ländlichen Räume von den jeweiligen Machtzentren aus dominiert und beherrscht wurden, gibt es in Europa eine außergewöhnliche Sonderentwicklung: Städtische und ländliche Regionen stehen sich nahezu gleichwertig gegenüber und ergänzen und bereichern sich wechselseitig. Diese Situation ist in Mittel- und Nordeuropa deutlicher als im Mittelmeerraum ausgeprägt, und die ausgeprägteste Gleichberechtigung von Stadt und Land findet sich in besonders schwierigen Lebensräumen wie den Alpen, den Regionen direkt an der Nordseeküste und den skandinavischen Gebirgen in Schweden, Norwegen und Island.

Diese Gleichwertigkeit zwischen Stadt und Land wird in Europa jedoch durch die industrielle Revolution in Frage gestellt: Durch eine hochentwickelte Arbeitsteilung wird es möglich, die wirtschaftliche Produktion räumlich sehr stark in Fabriken zu konzentrieren. Diese räumlichen Konzentrationen fördern das explosionsförmige Wachstum der Städte, in denen sich dann auch der kulturelle Fortschritt konzentriert. Damit wird der ländliche Raum von der sehr dynamischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Industriegesellschaft vernachlässigt und die Bevölkerung wächst nur leicht oder stagniert. Der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft ändert an dieser Benachteiligung der ländlichen Räume nichts Grundsätzliches, auch wenn jetzt die Städte flächenhaft ins Umland wachsen.

Der heutige Charakter und die Entwicklungspotenziale der ländlichen Räume in Mitteleuropa sind wesentlich durch die Transformationsprozesse nach 1989 gestaltet worden. Allerdings verliefen diese Prozesse extrem heterogen und viele Prozesse in einigen Ländern und Sektoren sind bis heute nicht abgeschlossen, z. B. im Bereich der Eigentumsrestitutions- oder Privatisierung. Für ländliche Räume war dieser Wandel zunächst mit einer politischen und territorialen Reorganisation der Gebietskörper-

schaften verbunden – in den meisten Fällen mit einer relativen Dezentralisierung und einer geringeren Abhängigkeit von Entscheidungen in der Hauptstadt. Vom Prozess des Strukturwandels sind in der europäischen Union die einzelnen ländlichen Regionen in unterschiedlichem Maß und Ausprägung betroffen. Gerade die vielen Kleinstbetriebe in den südosteuropäischen Ländern haben kaum Überlebenschancen. Eng verbunden mit dem politischen und wirtschaftlichen Wandel ist der demografi-



Kirchenburg im ländlichen Rumänien



Bauernhof in Rumänien

sche Wandel in den ländlichen Räumen Osteuropas: Wanderungsverluste in die Zentren oder nach Westeuropa sowie ein drastischer Rückgang der Geburten führten zu regional unterschiedlichen Schrumpfungs- und Alterungsprozessen. Die westeuropäischen Länder haben mit dem Strukturwandel längere Erfahrungen, sie haben Möglichkeiten, Alternativen und Chancen gesucht, wie dieser Prozess bewältigt werden kann.

Für die ländlichen Räume Mittel- und Osteuropas ergeben sich mehrere zukünftige Herausforderungen, unter denen zunächst die Umsetzung des europäischen Kohäsionsgedankens zu nennen ist. Dementsprechend müssen nicht nur die Entwicklungsunterschiede zwischen den mittel- und osteuropäischen Staaten, sondern auch die zu West- und Südeuropa abgebaut werden. Während Polen, Tschechien und die baltischen Staaten deutlich überproportionale Wachstumsraten aufweisen, verharren gerade die südöstlichen Staaten auf einem niedrigen Niveau. Neben den geschilderten Unterschieden zwischen den einzelnen Staaten fallen hier die ländlichen Räume immer weiter zurück, da die Entwicklung in Osteuropa noch stärker als in Mitteleuropa auf die Metropolen und allenfalls deren Umland beschränkt bleibt. Zur Verringerung dieser Kluft ist es zunächst notwendig, die immer noch anhaltende Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen aus den ländlichen Räumen („Brain Drain“) zu stoppen; Instrumente hierzu sind neben staatlichen Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung vor allem die Verbesserung der Lebensqualität, die neben der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen auch funktionierende Infrastrukturen und Angebote der Daseinsvorsorge umfasst.

Vor großen Herausforderungen steht die Landwirtschaft, die sich dem europäischen und globalen Wettbewerb

stellen muss. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) und deren Maßnahmen haben immer wieder zu Veränderungen der Landnutzung geführt. Eine angestrebte quantitative Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion kann nach Meinung der EU nur durch eine Öffnung der Produkt- und Bodenmärkte erreicht werden, da Kapitalschwäche und geringe Größe der Unternehmen Innovationen und Produktivitätssteigerungen entgegenstellen. Als Ergebnis würde die bäuerliche Landwirtschaft einer industriell orientierten Agrarproduktion weichen müssen. Dem steht ein Paradigmenwechsel hin zu einer Multifunktionalität ländlicher Räume mit neuen oder stärker in den Fokus gerückten Funktionen (z. B. Allgemeingüterschutz, Naturschutz, Regionalentwicklung) gegenüber. Deshalb müssen Akteure und Interessenvertreter aus den Regionen zusammenkommen und zu gemeinsamem Handeln für ihre Region bewegt werden.

Dafür bedarf es auch umfangreicher Anstrengungen zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und deren aktive Teilnahme an dem Prozess.

KURZSTATEMENT...

"Was Europa für mich bedeutet"

Am 1. Mai 2004 ist Polen der EU beigetreten. An diesem Tag stand ich mit meiner Familie auf einer Brücke in Cieszyn, in einer Grenzstadt zwischen Polen und Tschechien. Diese Brücke war immer ein Symbol der Teilungen. Man lebte im Schatten der Grenze in einer geteilten Stadt mit Familienteilen auf der anderen Seite. In kommunistischer Zeit durfte man die Brücke ohne einen besonderen Pass nicht betreten. Die Kontrolle war streng und genau. Und plötzlich ist die Zeit gekommen, in der ich auf der Brücke stand überglücklich und ich sah unsere Zukunft in bunten Farben. Damals als 26-jährige Frau dachte ich, es kann nichts schiefgehen. Meine Träume von Freiheit, von einem gemeinsamen Haus „Europa“ sind endlich erfüllt. Diesen Augenblick vergesse ich nie. Jetzt, da ich an den Demonstrationen gegen die antidemokratischen Änderungen in Polen teilnehme, habe ich Tränen in den Augen, weil ich den Eindruck habe, dass jemand versucht mir meinen Traum wegzunehmen. Ich bin Polin aber gleichzeitig auch Europäerin. Wichtig ist mir nicht nur der Ort, wo ich lebe, sondern auch die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft von Menschen, zu einer freien, demokratischen Welt in ihrer ganzen Buntheit. Mauern gab es lange genug, doch sie machten die Menschen nicht glücklich.



Anna Wrzesińska, Ökumenereferentin der Ev.-Augsburgischen Kirche in Polen

Zukunftsperspektiven ländlicher Räume in Europa

Die Rolle einer ländlichen Entwicklungspolitik muss darin bestehen, den Regionen die Möglichkeit zu geben, ihre Chancen zu ergreifen. In der EU gibt es eine solche Politik für den ländlichen Raum explizit erst seit der so genannten „Agenda 2000“. Auch die OECD postuliert, dass ein „neues ländliches Paradigma“ sich nicht länger allein auf den Agrarsektor konzentrieren dürfe, sondern territorial (place-based) ausgerichtet sein muss. Visionen für die Zukunft der ländlichen Regionen werden also auf regionaler und lokaler Ebene entwickelt. Der Blick muss weg von den Schwächen gehen und hin zu den Stärken einer Region, es muss strategisch investiert statt subventioniert werden. Eine ländliche Entwicklungspolitik, die ländlichen Strukturwandel fördert, Institutionen stärkt und speziell den (außerlandwirtschaftlichen) Arbeitsmarkt in den Blick nimmt, hat das Potenzial, Menschen durch die Schaffung von Wertschöpfungsräumen in einer Region zu halten oder sogar dorthin zu locken. Konkret geht es also zum Beispiel um Infrastrukturmaßnahmen, Bildung, funktionierende Gesundheits- und Sozialsysteme und ein wirtschaftsfreundliches Investitionsklima.

Beratungs- und nicht selten auch Finanzierungsangebote fehlen oft für Gründer kleiner Unternehmen. In vielen Transformationsländern sind Schwächen im institutionellen Bereich besonders ausgeprägt. So wird die mit territorialen Politikansätzen verbundene Regionalisierung schnell infrage gestellt, wenn Regionen sich außerstande sehen, in einem dezentralisierten System den Wandel selbstverantwortlich und erfolgreich voranzutreiben. Auch hier ergeben sich Ansatzpunkte für die Politik, mit der Einführung und Förderung sogenannter „new modes of governance“ Weichen zu stellen, also mit neuen Wegen in der Koordination von Entscheidungsmechanismen und Regierungsführung. Auch mag es Regionen geben, deren demografische Entwicklung nicht mehr umkehrbar ist und die deshalb auch durch eine integrierte regionale Entwicklungspolitik kaum noch zu erreichen sind.

Grundsätzlich werden Stadt und Land auch in Zukunft zwei deutlich unterschiedliche Lebensmodelle darstellen: Während die Stadt für Arbeitsteilung, Spezialisierung, Anonymität und größere Distanz zur Natur steht, steht das Land für geringe Spezialisierung und enge Vernetzung zwischen Wirtschaft – Gesellschaft – Umwelt, für größere soziale Nähe und geringere Distanz zur Natur. Solche dezentralen und vernetzten Lebensformen sind auch heute im Zeitalter der globalisierten Dienstleistungsgesellschaft in modernen Formen möglich und auch dringend notwendig, um eine ökologische Nachhaltigkeit, eine kulturelle Lebendigkeit und eine wirtschaftliche Innovationsfähigkeit langfristig zu gewährleisten. Viele aktuelle Aufwertungen des ländlichen Raumes – in erster Linie durch die EU-Regionalprogramme, die einen soge-



Dorf mit EU-Graben zum Wasserabfluss

nannten „integrierten“ Ansatz verfolgen – legen den Schwerpunkt gerade auf diese ländlichen Qualitäten, indem sie Projekte fördern, bei denen die positiven Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichen, gesellschaftlich-kulturellen und ökologischen Faktoren und nicht Spezialisierungen für den Weltmarkt im Zentrum stehen.

Elimheim Michelsberg bei Hermannstadt/Rumänien



Errichtet im Jahr 1925, dient das "Elimheim" seit 1954 als landeskirchliches Erholungsheim. Der moderne Neubau neben dem historischen Gebäude wurde 2004 seiner Bestimmung übergeben. Das Michelsberger Elimheim ist eine ideale Adresse für Urlaub, Seminare oder Rüstzeiten nahe Hermannstadt. – 38 Plätze in Doppelzimmern mit Bad im traditionsreichen Hauptgebäude, vier Zimmer im Neubau, jeweils mit Bad, und drei Zimmer im Gartenhaus, geeignet für Jugendgruppen und Familien.

Kontakt: Elimheim, Leiterin Marianne Banciu,
Str. Konrad Nr. 281, RO-555301 Cisn dioara-
Michelsberg, Telefon: +40-269-563499,
E-Mail: elimheim@evang.ro

Erholungsheim Wolkendorf Rumänien

Das landeskirchliche Erholungsheim der Ev. Kirche in Rumänien im ruhig gelegenen Wolkendorf bei Kronstadt gelegen, ist der ideale Ort zur Entspannung, für Seminare oder Gruppenaufenthalte. Das Hauptgebäude des Heimes beherbergt den Speisesaal. Hier werden täglich drei Mahlzeiten aus der eigenen regionalen Küche angeboten. In den oberen Etagen gibt es neun Doppelzimmer mit Bad. Im hinteren Bereich des Anwesens befindet sich ein Neubau, mit Tagungssaal und Foyer sowie fünf weitere Zimmer.

Kontakt: Erholungsheim Wolkendorf

Leiterin Sigrid Oprea

Str. Uzinei 104

RO-507270 Vulcan-Wolkendorf

Telefon: 0268-256479

E-Mail: erholungsheim.wolkendorf@yahoo.com

Internet: <http://www.evang.ro/einrichtungen-werke/kirchliche-einrichtungen/erholungsheim-wolkendorf/>

Auch wenn es derzeit etliche positive Beispiele dafür in Europa gibt, so reichen diese nicht aus, um den ländlichen Raum wirklich aufzuwerten – dazu sind es zu wenige, zudem stehen diese zu isoliert in einem räumlichen Kontext, der von der städtischen Sichtweise dominiert wird. Damit die ländlichen Räume ihre Aufgabe als gleichwertige Partner der Metropolen spielen können, braucht es mehr als die Förderung von guten Einzelprojekten, nämlich eine grundsätzliche Aufwertung der ländlichen Räume auf der Ebene der Provinzen, Regionen, Staaten und der EU.

Deshalb wird es notwendig, dass ländliche Räume nicht nur grenzüberschreitend zusammenarbeiten, sondern dass für die ländliche Entwicklung neue, eigene Raumstrukturen aufgebaut werden, nämlich solche Gebiete, bei denen der ländliche Raum im Zentrum liegt und die Städte ganz am Rand oder außerhalb davon liegen.

Das bedeutet keineswegs, dass die bisherigen Raumstrukturen aufgelöst oder verändert werden sollten: Genauso wie städtische und ländliche Räume komplementär und gleichberechtigt nebeneinander stehen, genauso sollten beide Raumstrukturen nebeneinander stehen, ohne wechselseitig zu konkurrieren: Je nach Zielsetzung wählt man eine städtische oder eine ländliche Raumstruktur. Nur auf solche Weise kann der ländliche Raum zum gleichwertigen und gleichberechtigten Partner der Städte werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass in der EU erste Schritte gemacht wurden, um die komplexen Probleme ländlicher Räume anzugehen. Um aber den Teufelskreis zu durchbrechen, muss das bisher noch brach liegende Potenzial der ländlichen Regionen konsequent genutzt werden. Die Fördermittel für den ländlichen Raum sollten unter einem Dach vereinigt und entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen regional vergeben werden, um dem territorialen Ansatz gerecht zu werden

Landgrabbing in Europa

Der Begriff **Landgrabbing** steht für die massenhafte Landübernahme von mächtigen Konzernen, Staaten oder Investoren. Der Ankauf von Land ist legal, führt jedoch zu höheren Pachtpreisen und in den Ländern zur Steigerung des Anbaus von Exportkulturen; er dient nicht zum Anbau von Kulturen für den heimischen Markt, um die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Mit dem Beginn des neuen Jahrtausends hat das Landgrabbing begonnen, vor allem in den Ländern des Südens. Spätestens seit der Finanzkrise im Jahre 2007–2008 hat der globale Trend, Ackerland als Spekulationsobjekt zu erwerben, auch Europa erreicht. Konzerne, Kapitalfonds und Privatinvestoren kaufen Land in der Hoffnung auf satte Gewinne. Die relativ niedrigen Grundstückspreise in den neuen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten im Vergleich zu den älteren EU-Mitgliedstaaten sind ein wichtiger Anreiz für Investoren und haben den Prozess der Landspekulation in diesen Ländern gefördert. Landreformprozesse in den ehemaligen sozialistischen Mitgliedstaaten führten zur Entstehung hoch dualistischer Agrarstrukturen (sehr klein und sehr groß), die den Weg für Landgrabbing geebnet haben. Landgrabbing ist besonders in den osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU konzentriert. Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Polen sind dabei Hotspots.

Allerdings ist Landgrabbing nicht ausschließlich in Osteuropäischen Mitgliedstaaten zu beobachten. „Bereits siebzig Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Deutschland gehören nicht mehr den Landwirten, die sie bewirtschaften“ (<https://netzfrauen.org/2016/01/13/land-grabbing/>). Damit geht ein tiefer Bruch mit dem europäischen Modell der bäuerlichen Familienbetriebe und dem strukturellen Ziel einer abwechslungsreichen und multifunktionalen Landwirtschaft einher.

Die dramatischen Prozesse der Landkonzentration fallen zusammen mit der stärkeren Konzentration von Agrarsubventionen in den Händen weniger. Direktzahlungen durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU begünstigen Flächenbesitz, insofern hat die GAP einen deutlichen Effekt auf den Prozess der Landkonzentration: Kleinere Betriebe geben auf und größere Betriebe wachsen. Generell begünstigt die aktuelle Ausgestaltung der GAP ein industrialisiertes Landwirtschaftsmodell, welches die sozio-ökonomische Stabilität sowie die biologischen Ressourcen im ländlichen Raum schwächt und dem Pro-

zess des Landgrabbing keinen Widerstand bieten kann. Direktzahlungen der EU an Landwirte werden in gleicher Höhe pro Hektar (300 Euro) garantiert, unabhängig von der insgesamt landwirtschaftlich bewirtschafteten Fläche. Momentan bekommen rund 20% der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU rund 80 % der zur Verfügung gestellten Mittel der Direktzahlungen.

Rumänien ist ein Brennpunkt dieser problematischen Entwicklungen. Ungefähr 8,5% – rund 700.000 Hektar aller rumänischen Agrarflächen – sollen bereits im Besitz transnationaler Firmen sein. Das angeeignete Land wird neben Landwirtschaftszwecken für Holz- und Energiegewinnung genutzt, was eine exzessive Abholzung der rumänischen Wälder mit sich bringt. Vor allem Monokulturen, intensiv bewirtschaftet und für den Export bestimmt, sind das Ziel der Großgrundbesitzer. Die lokalen Bewohner profitieren kaum von den Erträgen.

So müssen rund 70% aller Nahrungsmittel importiert werden, während die Agrarkonzerne die niedrigen Arbeitslöhne und Landpreise vor Ort ausnutzen. Daneben stehen Millionen von Kleinbauern vor dem Verschwinden, da sie mit ihren Produkten der Konkurrenz nicht standhalten können und gezwungen sind, ihre Böden zu verkaufen. Um nicht zu verarmen, sehen viele ihre einzige Möglichkeit im Auswandern, und man findet diese Menschen als Erntehelfer in anderen europäischen Staaten

wieder. Folgen sind soziale Spannungen in den ländlichen Gebieten, Reduzierung und Überalterung der bäuerlichen Bevölkerung und der fortschreitende Rückgang der Selbstversorgung mit Lebensmitteln. ©

📌 Literaturrempfehlungen:

- Baum, Sabine; Weingarten, Peter (2004) Typisierung ländlicher Räume in Mittel- und Osteuropa, Veröffentlichungsversion / Published Version Zeitschriftenartikel / journal article, SSOAR Open Access Repository, www.ssoar.info
- Bätzing, Werner, (2009), Die ländlichen Räume in Europa im Zeitalter der Globalisierung – haben sie eine Zukunftsperspektive? http://www.geographie.nat.uni-erlangen.de/wp-content/uploads/2009/05/wba_publ_206_Dematteis-dt_09.pdf
- Born, Karl Martin, (03/2011) u.a.

Dirk Hillerkus ist Referent im Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung. Er war viele Jahre im Rahmen kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit in Afrika tätig.

KURZSTATEMENT...

"Was ich mir von Europa wünsche – was ich von Europa erträume"

Ich wünsche mir, dass die Menschen im Osten die Ästhetik der Einfachheit zelebrieren, statt hinüber zu schielen in den Westen und so stets aus einem vermeintlichen Mangel heraus leben. Ich wünsche mir, dass die Menschen aus dem Westen Lust darauf haben, vom Osten zu lernen, wie man mit weniger besser leben kann. Ich wünsche mir, dass die Europäer näher aneinanderrücken, zusammen den Mut aufbringen, aus dem Tanz um das heilige Geld auszusteigen, aus diesem Tanz um das Goldenen Kalb, welcher sich nicht kümmert um Mensch, Baum, Fluss, Esel, Stein und Stern. Ich wünsche mir, dass die Menschen in Europa ihre Zehrung zuallererst aus der Gottverliebtheit nehmen. Dass sie diese übersetzen können in die kleinen Münzen des Alltags: die Menschenverliebtheit, die Fluss-, Stein- und Eselverliebtheit. Dass sie die Begegnung suchen kreuz und quer durch Europa, und auch mit den Fremden, den Armen, den Anderen. Und darin die Schönheit des Lebens auskosten, die unbezahlbare.



Dr. Elfriede Dörr, Pfarrerin und Leiterin Ökumene und Fortbildung der Evangelischen Kirche A.B. in Rumänien

Säkularisierung statt Islamisierung

Geschichte und Gegenwart des Islams in Europa

Von Ralf Lange-Sonntag

Das Bild des Islams in Deutschland ist überwiegend von Muslimen aus der Türkei geprägt. Zurzeit geht man von etwa 2,8 Millionen türkischstämmigen Menschen in Deutschland aus; die Mehrheit von ihnen ist muslimisch. In der Tat ist die Türkei derjenige europäische Staat mit der größten muslimischen Bevölkerungsmehrheit – obgleich nur drei Prozent der Staatsfläche in Europa liegen. Nach offiziellen Angaben sind etwa 82 Prozent der Bevölkerung sunnitische Muslime, weitere 16 Prozent sind Aleviten, die von manchen ebenfalls als eine muslimische Gruppe gezählt werden. Es wäre jedoch zu einseitig, den europäischen Islam nur in seiner türkischen Variante wahrzunehmen. Islam in Europa hat wesentlich mehr Facetten.

Es lohnt es sich, bewusst zu machen, wie stark die europäische Geschichte durch den Islam geprägt wurde. Im Westen Europas, in Spanien, gab es über etwa 700 Jahre eine muslimische Präsenz, die heute noch an imposanten Gebäuden wie zum Beispiel der Alhambra in Granada erkennbar ist. Über Jahrhunderte war das muslimische Spanien, al-Andalus, von einem Herrschaftsstil geprägt, der Christen und Juden weitreichende Freiheiten gewährte und die wissenschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung förderte. Erst mit der abgeschlossenen Reconquista („Rückeroberung“) im Jahr 1492 wurde der Islam weitestgehend aus Spanien vertrieben. Allein die Morisken, zwangskristianisierte Muslime, die ihren muslimischen Glauben im Geheimen lebten, lebten bis Anfang des 17. Jahrhunderts im Land.

Während die Einflussphäre des Islams im Westen Europas in der Mitte des Jahrtausends immer geringer wurde, strebten im Südosten die muslimischen Osmanen immer stärker nach einer Erweiterung ihrer Machtfülle. Im Jahr 1453 eroberte Sultan Mehmet II. Konstantinopel und besiegelte damit das Ende des Byzantinischen Reiches. Bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts schien der Siegeszug der Osmanen in Europa unaufhaltsam zu sein.

Sukzessive wurde Griechenland und der Balkan von ihnen erobert, bis „die Türken“ 1529 vor den Toren Wiens standen und die Eroberungswelle zum Stehen kam. Damit beeinflusste der osmanische Islam, gegen den sich die westeuropäischen Herrscher bei allen Differenzen verbünden mussten, auch die vor allem in Deutschland aufkommende Reformation. Luther reagierte auf die Expansionsbestrebungen der Osmanen, indem er in mehreren Schriften „die Türken“ als Strafe Gottes für die Fehler der Christenheit ansah. Auch ein zweiter Versuch der Osmanen im Jahr 1683, Wien einzunehmen, scheiterte.

In der Folgezeit nahmen die Machtfülle und der Einflussbereich der Osmanen immer weiter ab. Unabhängigkeitsbestrebungen auf dem Balkan setzten sich mehr und mehr durch, bis man in Europa von den Osmanen als dem „kranken Mann am Bosphorus“ sprach. Dennoch war damit die muslimische Präsenz auf dem Balkan in keinsten Weise an ein Ende gekommen. Denn in den ehemals osmanischen Gebieten hatten sich muslimische Bevölkerungsgruppen gebildet, die sich zum Teil aus eingewanderten osmanischen Muslimen, zum Teil aus zum Islam konvertierten Einheimischen zusammensetzten. Dementsprechend gibt es auch heute noch in den Ländern des Balkans eine nicht zu vernachlässigende Zahl von Muslimen.

An dieser Stelle sind vor allem die Bosniaken, also die Muslime in Bosnien-Herzegowina zu nennen. Laut Zahlen eines Zensus von 2013 sind etwas mehr als die Hälfte der Einwohner Bosniens muslimisch (50,7 %). Die andere Hälfte setzt sich aus serbischen Bosniern (ca. 30%) und kroatischen (römisch-katholischen) Bosniern (ca. 15%) zusammen. Die politische Situation im heutigen Bosnien ist sehr komplex und das Miteinander der drei großen Be-



völkerungsgruppen stark durch die Bosnienkriege beeinflusst, die für die muslimische Bevölkerung mit Zerstörung und ethnischen Säuberungsaktionen verbunden waren.

Auch in Albanien bilden Muslime die Bevölkerungsmehrheit mit schätzungsweise knapp 60 Prozent. Durch eine langjährige Abschottungspolitik und den dezidierten Staatsatheismus bis 1990 wird die Religion nur von einem geringen Teil der Einwohner gelebt. Zugleich ist das Miteinander der muslimischen und christlichen Gruppen des Landes stärker als in Bosnien von Toleranz geprägt. Im Kosovo, einer durch ihre albanische Mehrheit geprägten Republik, die jedoch von Serbien nicht anerkannt ist, bekennen sich etwa 95 Prozent der Bevölkerung zum Islam.

Eine besondere Rolle nehmen die Muslime in Griechenland ein. Während eines zwischen Griechenland und der Türkei 1923 vorgenommenen Bevölkerungsaustausches ist die Mehrheit der türkischen Muslime in die Türkei übersiedelt. Davon ausgenommen waren jedoch die



Muslime in West-Thrakien, die durch den Vertrag von Lausanne (1923) einen besonderen Schutzstatus erhielten. Es handelt sich heute um eine Minderheit von etwa 100.000 Musliminnen und Muslimen. Durch den besonderen rechtlichen Status ist Westthrakien auch die einzige Region in der Europäischen Union, in der das islamische Recht – wenn auch in eingeschränkter Form – gültig ist. Es bezieht sich vor allem auf Personenstandsangelegenheiten.

Das EU-Land mit dem größten muslimischen Bevölkerungsanteil ist Bulgarien. Hier liegt der muslimische Bevölkerungsanteil zwischen zehn und dreizehn Prozent, die vor allem im Südwesten des Landes beheimatet sind. Interessant ist, dass sich hier neben Türken und Roma mit muslimischem Bekenntnis auch eine autochthone muslimische Gruppe gehalten hat, die Pomaken. Diese früher auch als „Bulgaro-Mohammedaner“ bezeichnete Gruppe ist vor allem im Südwesten Bulgariens beheimatet.

Autochthone muslimische Minderheiten gibt es jedoch auch in anderen Ländern, wie zum Beispiel die Lipka-Tataren in Polen und Litauen. Ihre Anwesenheit in der Region lässt sich bis ins 14. Jahrhundert zurückverfolgen. Damit waren sie schon einheimisch, bevor Litauen 1387 offiziell katholisch wurde. In Polen leben heute noch etwa 5.000 Angehörige dieser Form von Tataren, vor allem in der Region Bialystok.

Im heutigen Westeuropa beruht die muslimische Präsenz vor allem auf Migrationsbewegungen des letzten Jahrhunderts. Zum einen gab es eine hohe Arbeitsmigration, in deren Verlauf viele türkische Arbeiter zum Beispiel aus Anatolien nach Deutschland kamen. Im Rahmen des Familiennachzugs migrierten auch ihre Angehörigen in die neue Heimat. Viele von ihnen haben mittlerweile die deutsche Staatsbürgerschaft. Doch von der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts bis heute sind auch viele Muslime aus dem Iran, Irak, Afghanistan, Syrien und anderen Ländern nach Deutschland geflohen und suchen hier Schutz vor Verfolgung. Ebenso sind Musliminnen und

KURZSTATEMENT...

"Was mir in Europa am Herzen liegt"

Die Waldenserkirche in Italien ist eine Minderheitskirche, aber sie ist keine sektiererische Kirche, und deshalb hat sie sich, wie alle anderen protestantischen Kirchen auch, nie aus den sozialen und politischen Fragen zurückgezogen. Sie hat dabei immer die eigene Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber dem Staat betont. Aus diesem Grunde hat sie sich im 19. Jahrhundert der Einheit Italiens verpflichtet, im 20. Jahrhundert ist sie den Diktaturen entgegengetreten und hat sich gegen den Krieg gestellt. Dann ist sie für ein demokratisches Italien eingetreten, in dem die Rechte, insbesondere der am meisten gefährdeten, geschützt, und die Pflichten für alle gleich sind. Aus diesem Grund haben wir uns auch für ein vereintes Europa eingesetzt, gerecht und offen für die Welt und nicht nur für die Mitgliedsländer.

Gerade weil uns die moralische und zivile Zukunft Italiens und Europas am Herzen liegt, sprechen wir uns gegen die sogenannten Souveränitätspolitiken aus, die aus unserer Sicht Europa von seinen Idealen entfernen und keine wirklichen Antworten auf die globalen Probleme geben, in die unser Kontinent verwoben ist. Die spontane ökumenische Annäherung der "historischen" Kirchen Westeuropas an verantwortliche proeuropäische Positionen ist für uns eine Quelle großer Ermutigung und Hoffnung.



Pfarrer Eugenio Bernardini, Moderatore der Chiesa Valdese, eine Union von Methodisten und Waldensern in Italien

Muslime aus unterschiedlichsten Ländern zum Studium nach Deutschland gekommen und danach hier geblieben; viele von ihnen haben ihre Partner hier kennengelernt und Familien gegründet.

Während Deutschland aufgrund der Arbeitsmigration einen stark türkisch geprägten Islam kennt, hat der Islam in Frankreich und in Großbritannien aufgrund der Kolonialgeschichte eine ganz andere Ausprägung. Frankreichs muslimische Bevölkerung hat vor allem nordafrikanische Wurzeln, da Tunesien, Algerien und Marokko zum Teil bis in die 1960er Jahre unter französischer Kolonialherrschaft standen. Dagegen beruht der britische Islam vor allem auf der Kolonialpolitik im heutigen Pakistan, Bangladesch und Indien. Indo-Pakistan war seit 1858 Kronkolonie des britischen Empires – doch der Einfluss der Briten auf den indischen Subkontinent war schon seit dem 17. Jahrhundert durch die East India Company gegeben, die das Land nicht nur wirtschaftlich beherrschte und kaum vom britischen Staat zu trennen war.

Auch die heutige rechtliche Einbindung des Islams in Europa ist sehr unterschiedlich. In Deutschland haben die Moscheegemeinden zumeist den Status eines (eingetragenen) Vereins und eine weitere Anerkennung als Religionsgemeinschaft ist nur in wenigen Bundesländern wie Bremen und Hamburg erfolgt. Allein die Ahmadiyya Muslim Jama'at, eine von der Mehrheit der sonstigen Muslime abgelehnte islamische Reformbewegung aus Indo-Pakistan, hat in Hessen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts.

In Österreich hingegen ist die Islamische Gemeinschaft schon seit 1912 eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Grund für diese frühe rechtliche Institutionalisierung und Anerkennung lag darin, dass Bosnien-Herzegowina mit seiner muslimischen Mehrheitsbevölkerung 1908 von Österreich annektiert wurde und damit offizieller Teil der sogenannten „k.u.k.-Monarchie“ (kaiserlich und königlich: österreichisch-ungarische Doppelmonarchie von 1867–1918.) war.

Ganz anders sieht das Verhältnis von Islam und Staat im französischen Laizismus aus, wo die Trennung von Staat und allen Religionsgemeinschaften gesetzlich vorgeschrieben ist. Dadurch schwächt der Staat jedoch zugleich seine Einflussnahme auf die muslimischen

Strukturen. Angesichts der Geschichte der Muslime und der derzeitigen weltweiten politischen Entwicklungen lassen sich über die Zukunft des Islams in Europa nur sehr hypothetische Äußerungen machen. Als relativ sicher kann gelten, dass die Anzahl der Muslime in Europa wachsen wird. Experten sind sich aber uneinig, wie stark dieses Wachstum sein wird.

Ebenso scheint es sicher, dass es nicht zu einer Islamisierung Europas kommen wird, wie es manche islamophoben Kritiker für ausgemacht halten. Säkularisierungstendenzen sind nämlich auch in der muslimischen Bevölkerung wahrzunehmen. Statt eines einheitlichen islamischen – oder gar islamistischen – Blocks wird sich der Islam auch in Zukunft in vielfältiger Form in Europa präsentieren – so facettenreich, wie sich auch das Christentum in Europa herausgebildet hat und immer noch zeigt. ©

📖 Lesetipp:

OST-West Europäische Perspektiven: Fremder Nachbar: Europa und der Islam, Heft 3/2018, 6,50 €, zu bestellen bei <https://www.owep.de>

Ralf Lange-Sonntag arbeitet als Pfarrer und Beauftragter der Evangelischen Kirche von Westfalen für den interreligiösen Dialog im Landeskirchenamt in Bielefeld und ist Referent im Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung in Dortmund.

📖 CHARTA OECUMENICA

Im Jahre 2001 unterzeichneten die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) sogenannte Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit unter den Kirchen in Europa anlässlich der Europäischen Ökumenischen Begegnung in Straßburg. Die Charta Oecumenica benennt ökumenische Grundüberzeugungen an Selbstverpflichtungen der Kirchen. Katholiken und Protestanten verpflichteten sich erstmalig eine sichtbare Gemeinschaft der Kirchen in Europa zu suchen und die gemeinsame Verantwortung für Frieden in Europa wahrzunehmen (Matthäus 5,9).

Weitere Informationen unter: <https://www.ceceurope.org/resources/#other>

Frieden in Europa – in Gefahr?

Bericht von der Vollversammlung der Konferenz Europäischer Kirchen in Novi Sad

Von Antje Heider-Rottwilm

Die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) hatte vom 31.5. bis zum 6.6.2018 zu ihrer Vollversammlung nach Novi Sad/ Serbien eingeladen unter dem Thema ‚Ihr werdet meine Zeugen sein‘ (Acta1,8) – Zeugnis, Gerechtigkeit, Gastfreundschaft.¹ In der Botschaft der Versammlung heißt es dazu: „Wir haben uns hier in Serbien versammelt, dankbar für die Gastfreundschaft der gastgebenden Kirchen und gesegnet durch diese, aber gleichzeitig sind wir uns auch der Herausforderungen bewusst, vor denen sie stehen. Wir sind in einer Zeit der Verunsicherung und Ungewissheit in Europa zusammengekommen, in der viele den Verlust ihrer Würde erleben und Ausbeutung, Armut und Elend erfahren und unter Machtmissbrauch leiden. Am Ufer der Donau in Novi Sad, wo Brücken in Konfliktzeiten zerstört und im Frieden wiederaufgebaut wurden, haben wir uns im Gebet versammelt. Wir haben unseren Durst nach Gerechtigkeit und unsere ernste Sorge um die Menschen, um unseren Kontinent und um unsere Welt mit hierhergebracht. Wir kamen, um das Evangelium unseres Herrn Jesus Christus zu bezeugen, der Heilung und Frieden brachte.“²

So beschreibt die Schlusserklärung zur öffentlichen Verantwortung der Vollversammlung vom 6. Juni 2018 unter dem Stichwort ‚Sicherheit und EU-Politik‘ die Situation für den Frieden in Europa: „Wir beobachten die Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene mit tiefer Besorgnis. Gewaltsame Konflikte, Terrorismus und die Zerstörung von Infrastruktur und Kultur nehmen zu, und mit ihnen die Legitimation weiterer Erforschung und Entwicklung, Produktion und Ausfuhr von Waffen sowie militärischer Interventionen. Sicherheit ist häufig die Chiffre, mit der diese Fragen diskutiert und begründet werden, insbesondere was den Terrorismus, die nationale Verteidigung und den Schutz der europäischen Grenzen angeht. Der Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFF 2021–2027), den die Europäische Kommission derzeit vorlegt, wird diese Entwicklungen verstärken. Er beinhaltet den Vorschlag zum Aufbau eines einzigen „externen Instruments“ anstelle von zwölf unterschiedlichen Haushaltslinien, u.a. für Entwicklung, Nachbarschaftspolitik, Menschenrechte und Demokratie, Konfliktprävention und Friedensstiftung. Das neue Einzelinstrument soll „einen starken Schwerpunkt im Bereich Migration“ haben.³ Darüber hinaus legt der Vorschlag für die neue Finanzierung im Bereich Asyl und Migration einen noch stärkeren Schwerpunkt auf die Sicherung der EU-Außengrenzen. Es besteht die Gefahr, dass die Ziele der Außenpolitik der EU untergraben und auf interne Prioritäten wie Grenzverwaltung und Migrationskontrolle hin umorientiert werden. Ein solches Einzelinstrument birgt das Risiko, dass Sichtbarkeit und Kapazitäten der EU in Bezug auf Friedensförderung, zivile Konfliktprävention und Versöhnung verschwinden.“⁴

In Folge der letzten Vollversammlung 2014 in Budapest hatte die KEK eine Arbeitsgruppe, Frieden und Versöh-



Antje Heider-Rottwilm auf der KEK VV in Novi Sad

nung' berufen, zu der das europäische Friedensnetzwerk Church and Peace als „Organisation in Partnerschaft“ eingeladen war und in der ich mitgearbeitet habe. Im Laufe der letzten zwei Jahre hatte die Arbeitsgruppe mehrere Erklärungen und Pressemitteilungen für die Leitungsgremien der KEK vorbereitet. Dabei ging es besonders gegen die Umwidmung von Geldern von ziviler zu militärischer Nutzung (s. Stabilitätsinstrument – IcSP), gegen die Etablierung eines Budgets zu Rüstungsforschung und Rüstungsproduktion im EU-Haushalt, gegen Aspekte der zukünftigen militärischen Zusammenarbeit (PESCO), gegen Pläne, im zukünftigen EU-Haushalt zwölf außenpolitischen Instrumente inkl. IcSP und Entwicklungsfond zusammenzufassen und zum Instrument der Flüchtlingspolitik (d.h. Fluchtverhinderung) zu machen (s. Website der KEK/Pressemitteilungen). Wir haben als Arbeitsgruppe während der Vollversammlung zwei Workshops angeboten: ‚Kein Frieden ohne Gerechtigkeit! Keine Gerechtigkeit

¹ <https://assembly2018.ceceurope.org/>

² https://assembly2018.ceceurope.org/wp-content/uploads/2018/06/GEN_MES_01_Message-Committee_Draft_report_APPROVED_DE.pdf

³ https://ec.europa.eu/commission/news/eu-budget-future-2018-may_02_en

⁴ https://assembly2018.ceceurope.org/wp-content/uploads/2018/06/GEN_PUB_01_Public_Committee_Draft_Report_REVISIED_2_Antje_DE.pdf



Murmelgruppen bei der Mitgliederversammlung von Church and Peace

ohne Frieden!' und ‚Die Rolle der Religionen in Konflikten und Friedensbildung‘. Als Moderatorin des Ausschuss für öffentliche Angelegenheiten (Public Issue Committee) war ich verantwortlich für die Schlusserklärung. Folgende Themen identifizierten wir als zentrale Herausforderungen, zu denen die Kirchen in Europa deutlich ihre Stimme erheben müssen: Wirtschafts- und Klimagerechtigkeit/ Flüchtlinge und Migration/Menschenrechte /Populismus/ Familie und natürlich: Sicherheit, Waffen und Gewaltfreiheit mit den drei Abschnitten: Sicherheit und EU-Politik, Waffenproduktion und -export, Gerechter Friede und Gewaltfreiheit (s.S.3ff).

In beiden Plenarsitzungen, bei der Vorstellung der Erklärung wie der abschließenden Beschlussfassung gab es engagierte Debatten zu zwei der Themen: Zum Thema Populismus beantragten besonders Delegierte aus den baltischen und osteuropäischen Kirchen, dass Nationalismus als solcher nicht problematisiert werden sollte, sondern nur ‚extremer‘ Nationalismus. Und es ging um das Thema Gewaltfreiheit. Unter dem Stichwort Sicherheit, Waffen und Gewaltfreiheit hatten wir formuliert: „In ökumenischer Gemeinschaft mit dem ÖRK vertiefen wir unser Verständnis der herausfordernden Dimensionen des ‚gerechten Friedens‘ in Bezug auf alle Aspekte unseres privaten und politischen Lebens.“⁵ In der Charta Oecumenica erklärten die europäischen Kirchen im Jahre 2001: „Wir engagieren uns für eine Friedensordnung auf der Grundlage gewaltfreier Konfliktlösungen. Wir verurteilen jede Form von Gewalt gegen Menschen, besonders gegen Frauen und Kinder.“⁶ Wir sind uns bewusst, dass selbst wenn gewaltsame Mittel nur als letztes Mittel (ultima ratio) bereitgehalten werden, dies die Planung ziviler Maßnahmen während der früheren Phasen des Konflikts beeinflusst. Selbst in aussichtslos erscheinenden

den Situationen, in denen Gewalt so allgegenwärtig ist, dass Forderungen, ihr mit weiterer Gewalt zu begegnen, seitens der Opfer und auch bei uns selbst laut werden, beharren wir auf dem Einsatz gewaltloser Mittel gegenüber jedem Menschen – Mittel, die uns in der Nachfolge Christi in reichem Maß zur Verfügung stehen.“

Und dann hatten wir – eine Kommission aus Menschen der spanischen evangelischen Kirche, der Kirche von England, der schwedischen und finnischen lutherischen Kirchen, der Kirche von Schottland, der serbisch orthodoxen Kirche, der griechisch orthodoxen Kirche, der Kirche von Zypern und des WCSF – als erstes zentrale Thema (key point) gesagt:

- Weitergehen in Richtung eines Verständnisses von Gewaltfreiheit als erster und letzter Option (ultima ratio). Dies beinhaltet eine eindeutige Stellungnahme gegen jede militärische Option und für gewaltfreie Wege, bewaffnete Konflikte zu verhindern und in bewaffnete Konflikte einzugreifen.

Dieser Satz löste heftige Debatten aus, hätten sich doch damit die europäischen Kirchen in den Prozess hin zur ‚Kirche des gerechten Friedens als Friedenskirche‘ begeben.

Als Alternative wurde schließlich beschlossen:

- Zu der Einsicht gelangen, dass Gewaltfreiheit die primäre und stets bevorzugte Antwort sein soll. Dies schließt ein, dass jede militärische Option immer die absolut letzte Lösung sein sollte.

Von der ultima ratio also zur ‚absoluten‘ ultima ratio... wenn die Kirchen Europas das wirklich ernst nehmen, gibt es auch bis dahin viel zu tun, nach Innen und nach Außen!

Als weiteren Herausforderungen werden deshalb u. A. benannt:

- „Diskussionen intensivieren mit Kirchen und Institutionen über die politische Begründung für Gewaltfreiheit als Weg zu einem nachhaltigen Frieden, da aktuelle Forschungen die weitere Vertiefung und Vermittlung der Ergebnisse gewaltsamer Konfliktlösungen und der Alternativen dazu aufzeigen und dringend geboten erscheinen lassen.“⁷
- Die theologische Dimension von Sicherheit, Verletzlichkeit, Leiden, Martyrium und aktivem Gewaltverzicht, weiterhin gemeinsam mit unseren Partnern (Quäker, Church and Peace), die über langjährige Erfahrung mit der Theologie und Praxis aktiven Gewaltverzichts verfügen, erarbeiten.
- Eine starke Stimme zu Politik und Gesetzgebung der EU in den Bereichen (Ab-)Rüstung und Militarisierung bilden.“

Und damit sind wir wieder bei den aktuellen Herausfor-

⁵ <https://www.oikoumene.org/en/resources/documents/assembly/2013-busan/adopted-documentsstatements/the-way-of-just-peace>

⁶ HG.CEC/CCEE, Charta Oecumenica – Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit der Kirchen in Europa, 2001

⁷ Erika Chenoweth /Maria Stephan, Why civil resistance works. 2001. Eine Untersuchung von 323 gewaltsamen und gewaltfreien „Widerstandskampagnen“ aus den Jahren zwischen 1900 und 2006, von denen 105 gewaltfreier Art waren; die Untersuchung zeigt, dass gewaltfreie Kampagnen im Vergleich zu gewaltsamen Kampagnen eine doppelt so hohe Erfolgswahrscheinlichkeit hatten. Nur jede vierte gewaltfreie Kampagne scheiterte komplett, während nur etwas mehr als jede vierte gewaltsame Kampagne (26%) erfolgreich war.

derungen für die europäischen Kirchen! Konkret heißt das jetzt etwa für die KEK:

- „Gemeinsam mit unseren Mitgliedskirchen die Entscheidungsfindung im Bereich der Sicherheitspolitik sorgfältig beobachten und Regierungen und europäische Institutionen ansprechen, um uns gegen Pläne einer derartigen Umschichtung von EU Geldern zu wenden.
- Die Stimme der KEK gegen die zunehmende Militarisierung der EU stärken und sich für ein Verständnis und eine Praxis von Gerechtigkeit und Frieden auf allen Ebenen – der nationalen Sicherheit, der europäischen Sicherheit und der weltweiten Sicherheit – einsetzen.
- Strategien zum Brücken-Bauen entwickeln, die der gefährlichen Zunahme von Stereotypen zwischen „Westen“ (EU, USA) und „Osten“ (Russland, Iran) entgegenwirken.
- Sich einsetzen für zivile und basisnahe Zugängen zu nachhaltiger Sicherheit wie Friedensförderung, zivile Konfliktprävention, Dialog, Mediation und Versöhnung und für die deutliche Wahrnehmbarkeit der EU als zivile Kraft.“

Die Zeit läuft, denn die EU-Kommission und der europäische Rat wie auch einzelne Mitgliedstaaten wollen die bisher immer ausführlichen Beratungen und Verhandlungen für die finanziellen und damit auch politischen Weichenstellungen der nächsten Jahre (MFF 2021–2027) noch in diesem Jahr und vor den Europawahlen am 24. Mai 2019 abschließen. Das bedeutet, dass wir uns jetzt zu Wort melden müssen! Für uns als ökumenisches Netzwerk Church and Peace aus christlichen Gemeinschaften, Kirchen und Organisationen, die sich der friedenskirchlichen Vision verpflichtet wissen, war dazu die nächste Gelegenheit unsere Internationale Konferenz und Mitgliederversammlung vom 21. – 24. Juni 2018 in der Nähe von London zum Thema „Gerechtigkeit und Frieden umarmen sich“ (Ps 85, 11) – Gemeinsam unterwegs für Versöhnung in einem zerrissenen Europa.

„Church and Peace hat die Kirchen aufgerufen, sich auf dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens an der Gewaltfreiheit zu orientieren. (...) Die Mitgliederversammlung begrüßte die Erklärung der Vollversammlung

KURZSTATEMENT...

"Mein Traum und meine Vision von Europa"

Europa, das bedeutet für mich "gleiche Rechte für alle" – nicht in dem Sinne, dass sie nur auf dem Papier deklariert sind, sondern mit bedeutsamen und machtvollen Aktionen, ein Europa, das den Marginalisierten eine Stimme gibt, ein Europa, das sich bewusst ist der großen, menschlichen Potenziale von Minderheiten.



Robert Bu, Exekutivdirektor, Ecumenical Humanitarian Organization (EHO) in Serbien

der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) vom Juni 2018, als Antwort auf Konflikte und Gewalt in Richtung Gewaltfreiheit voranzugehen. Gleichzeitig forderten die Mitglieder die Kirchen auf, die Option des Krieges oder der militärischen Intervention als „ultima ratio“, als letzte Option, auszuschließen und stattdessen Schritt für Schritt in Richtung Gewaltlosigkeit als erste und letzte Option zu gehen. (...) In einer Erklärung zu den Haushaltsprioritäten der EU im Mehrjährigen Finanzrahmen (2021 – 2017) äußerte die Mitgliederversammlung ihre tiefe Besorgnis über die Pläne, die Ausgaben für militärische Instrumente weiterhin zu erhöhen, anstatt in zivile Friedensförderung und gewaltfreie Mittel zur Stärkung der Zivilgesellschaft zu investieren. (...) Das zerbrochene Europa von heute brauche eine neue Zukunftsvision, in der alle Menschen einen Platz für sich finden können. Das Bild, das dem Konferenzthema aus Psalms 85 zugrunde liege, liefere genau diese Vision, sagte Oberkirchenrätin Karen Hinrichs von der Evangelische Landeskirche Baden in ihrer Predigt während des Abschlussgottesdienstes.“⁸ ©

Antje Heider-Rottwilm war Pfarrerin der EKvW, Oberkirchenrätin bei der EKD und ist Vorsitzende des kirchlichen Netzwerkes Church and Peace.

① KONFERENZ EUROPÄISCHER KIRCHEN (KEK)

1959 gründete sich auf einem Boot in der dänischen Ostsee die Konferenz Europäischer Kirchen als Zusammenschluss protestantischer, anglikanischer, altkatholischer und orthodoxer Kirchen in Europa. Gegenwärtig gehören ihr 126 Kirchen an. Während der Zeit des Kalten Krieges war sie eine wichtige Organisation zur Solidarität der Kirchen zwischen Ost und West. Sie hat ihren Sitz in Brüssel, wo ein dreiköpfiges Präsidium, ein Generalsekretär und ein Stab von Mitarbeitern als evangelische Lobby bei der EU tätig sind. 2016 publizierte ihr Governing Board einen „Open letter: What future for Europe“ und initiierte damit einen Konsultationsprozess über die politische und soziale Zukunft Europas und der EU. Zwischen den orthodoxen Kirchen in der KEK gibt es Differenzen. Die Russisch Orthodoxe Kirche lässt ihre Mitgliedschaft gegenwärtig ruhen. Die letzte Vollversammlung tagte unter dem Motto „Ihr werdet meine Zeugen sein“ im Mai/Juni 2018 in Novi Sad und erneuerte ihr Votum für ein friedens- und menschenrechtspolitisch orientiertes Europa.

Weitere Informationen unter: <https://www.ceceurope.org/>

⁸ <https://www.church-and-peace.org/auf-ruf-an-kirchen-zur-gewaltlosigkeit-auf-dem-pilgerweg-der-gerechtigkeit-und-des-friedens/>

Anblick – Empfinden – Erfahren

Kirche der Kulturen und der Platz des europäischen Versprechens in Bochum

Von Thomas Wessel

"Nie weiß man, wo man ist." Florian Neuner, Schriftsteller aus Österreich, hat sich vor ein paar Jahren auf eine Forschungsreise gewagt, er ist zu Fuß durchs Ruhrgebiet gelaufen. Und zwar aufs Geradewohl, sein Ruhrtext beginnt – "Ausverkauf an der Ecke Westring. Es handelt sich um Matratzen." – eben da, wo die Christuskirche steht, daneben ein „Kiosk total“. Es sind solche Beobachtungen, die zeigen: Die Ruhrstadt ist Stückwerk, "massive Schönheit & abrupte Hässlichkeit. Einfamilienhäuser, Gewerbegebiete in der erstaunlichsten Mischung aus Werkstätten, Villen, aufgegebenen Hallen & Schuppen, wilde Kleingärten & Brachflächen, Discotheken & Billigmärkte. Krankenhäuser, Reiterhöfe, Reste von Landwirtschaft. ... Die Stadt ist übervoll. Sie wiederholt sich, damit irgendetwas im Gedächtnis haften bleibt."

Nicht ganz leicht, in so einer Welt Kirche zu sein. Diese Stadt ist geschehen und nicht gebaut, sie ist passiert und nicht gewollt, jetzt ist sie da. Alle Versuche, hier so etwas wie Heimat zu bieten, fallen spröde aus, die Formsprache ist eben immer auf Zwecke genormt: Siedlungen wirken hier wie der Befehl zu wohnen. Und dann, zermürend hässlich und banal, senkt sich Schönheit hinein, völlig unvermittelt. Ein Verwaltungsmonster neben abgerockten Billigbauten, und plötzlich ein geschliffenes Juwel, die Christuskirche Bochum, ein Bauwerk von epochaler Bedeutung und großer innerer Kraft.

Diese Erfahrung, dass man von Schönheit überrumpelt wird, lassen sich immer wieder machen im Ruhrgebiet, man muss nur bereit sein, sich durch Bedeutungslosigkeit zu quälen und die Augen rechtzeitig zu heben und die Herzen dazu. Das lehrt einen das Sehen, auch das, was man nicht sehen kann. Frage also. Was bedeutet es hier – in einer Stadt, die nur aus Gegensätzen besteht – was bedeutet es hier, die Wirklichkeit Gottes sub contrario species wahr zu nehmen, "unter gegensätzlichem Anblick, Empfinden, Erfahren", wie Luther es übersetzt hat? Was heißt hier Kreuz und was Rechtfertigung?

Anblick Empfinden Erfahren ist – nicht nur, aber von Anfang bis Ende – ein ästhetisches Programm, es geht um Sinnlichkeit im Kirchen- und im öffentlichen Raum, das sind die Räume, die uns allen gehören. Weil Protestantismus und Kultur eines gemeinsam haben, sie sind ein Programm für die Gesellschaft, und zwar die demokratische. Und das wiederum heißt, dass Kultur eben da beginnt, wo der Protestantismus beginnt: da, wo man sich nicht mehr vertreten lässt. Kein Priester, der zwischen mir und dem Himmel vermittelt, kein Künstler, der mir die Welt ausmalt: „Wir müssen lernen, unser eigenes schöpferisches Potential ebenso zu schätzen wie unsere Pyramiden“, sagt Jochen Gerz, der Künstler. Wir müssen lernen, die eigene Welt so anzusehen wie einen Picasso.

2004 hatten wir Gerz, den international hoch renommierten Künstler, der sich weigert, den Künstlerpriester darzustellen, nach Bochum eingeladen und gefragt, ob er dem öffentlichen Raum vor der Christuskirche das geben könne, was er nicht hat: Bedeutung. Ein Unort, dieser Ort, halb Parkplatz und halb Durchgang, halb Vorplatz und halb Hinterhof. Linkerhand das Rotlicht, rechterhand die stillgelegte Brauerei, eben hier ist der Platz des europäischen Versprechens entstanden. Ein Platz, der nur entstehen konnte, weil viele – die Öffentlichkeit – ihn gebaut haben. Die künstlerische Idee: Wer Teil nimmt, gibt diesem Platz seinen Namen und sich selber ein Versprechen. Die Namen werden dem Platz eingeschrieben, sie bilden den Platz, die Versprechen bleiben unsichtbar, sie sind



Kirchenschiff der Christuskirche Bochum



Hinterhof vor der Umgestaltung zum Platz des europäischen Versprechens

frei. Ihre Verschiedenheit ist das, was uns zusammen bringt, es gibt hier kein gemeinsames Bekenntnis, keine Parole, kein Programm.

Um diesen Platz mit Namen zu füllen, sind wir – ein kleines Team – hinausgezogen an die Hecken und die Sträucher, aber nicht an die Orte der Hohen Kultur, eher dahin, wo man auf Leute traf, die einem sagten: Ich bin noch nie eingeladen worden, ich bin seit 40 Jahren hier. Am Ende, nach sieben Jahren des Einladens und zehn Jahren des Bauens, hatten wir 14.726 Namen zusammen. Heute füllen sie, in Steinplatten gefräßt, den Platz rund um die Christuskirche. Die erste Steinplatte allerdings liegt im Turm der Kirche selber, hier erinnert eine Gedenkhalle an die Vergangenheit Europas: Ein Mosaik listet die Namen von Bochumern auf, die im Ersten Weltkrieg gefallen sind, daneben eine Liste der "Feindstaaten Deutschlands". 1931 ist dieser Gedenkraum eingeweiht worden, also zu einer Zeit, als sich ein jeder entscheiden konnte, wohin die Reise geht: Feinde? Freunde? Für Jochen Gerz ist dieser Raum zum Initial geworden für seine künstlerische Idee, die Frage: „Können wir uns auf uns verlassen? Können wir überhaupt noch sagen, wer wir sind? Wir sind wie die andern.“ Pause. Und dann: „Eigentlich ist diese nackte Nähe schön.“

Weil sie – so interpretiert jetzt der Theologe – imago Dei ist, ein Anblicken Empfinden Erfahren von dem, was man nicht sieht. Was das sei? Das Versprechen, das der andere ist. Dieser Platz sagt dem, der die Augen rechtzeitig niederschlägt, dass ein Geheimnis zurückbleibt in einer Stadt, die keine Geheimnisse kennt, weil alles zweckgemäß wird in ihr und durchsichtig und monoton belanglos. In diesem öffentlichen Raum sagen unsere Namen, „wir sind Räume der Vorstellung. Jeder ist eine geheime Botschaft, jeder von uns ist eine Insel. Jeder Mensch ist Teil des Unbekannten.“ Und damit zeigt sich just in dieser Stadt, die keine ist, die sich der simplen Aneignung entzieht, weil hier auch die Idyllen lügen, just diese Stadt zeigt, dass der evangelischen Kirche eine Aufgabe zu-



Platz des Europäischen Versprechens nach der Umgestaltung

wächst. Eine, die sie bisher noch nicht richtig in den Blick bekommen hat: die Aufgabe, Demokratie erfahrbar zu machen. Hier, wo sich Städte nicht um Kirchen herum entwickelt haben, sondern um Abbaugelände herum gewickelt wurden, wo die Bürgergesellschaft bis heute notorisch unterentwickelt ist und es mehr öffentliche Brachen gibt als öffentlichen Raum, gerade hier können protestantische Kirchen zum Mittler werden zwischen Demokratie und Kultur. Könnten – als öffentliche Räume – Agenten der Öffentlichkeit werden, dies aber nur, wenn sie den Rückzug auf ein frommes Profil verweigerten und sich – aus ihren Gemeinden heraus – zu Stadt- und Stadtteilkirchen wandelten. Dann wären sie ein öffentlicher Raum, der einzige wohl, der allen gehörte, weil alle gehört würden in ihm. Eine Kirche der Kulturen. ©

Thomas Wessel ist Pfarrer und verantwortlich für die Christuskirche–Kirche der Kulturen im Bochumer Kirchenkreis

Das Magazin TRAILER hat Thomas Wessel dazu interviewt

Herr Wessel, denk ich an Europa in der Nacht, dann... Bitte ergänzen Sie.

Thomas Wessel: Nein, nachts schlafe ich. Oje, wie sollen wir jetzt den Einstieg finden? Ging mir genauso, als wir damals mit dem Platz anfangen und mit dem Thema Europa. Das erste, was alle von sich selber feststellten, war eine große Sprachlosigkeit. Eigentlich gab es nur zwei Reaktionen, wenn man wen auf Europa ansprach: Das eine waren romantische Bilder, da wurde Europa zu einer Blumenwiese mit Schmetterlingen, die wie bunte Fähnchen flatterten. Das andere war schweres Europa-Pathos, da herrschte schnell so ein Predigtton, den ich mir nirgends gerne bieten lasse, auch in der Kirche nicht. Irgendwie wird zu Europa immer eine falsche Tonlage angestimmt.

Im Mai 1877 gegründet, im Mai 1943 zerstört, im Mai 1957 neu gegründet: Die **CHRISTUSKIRCHE BOCHUM** zählt zu den bedeutendsten Sakral-Neubauten Europas, Architekt: Dieter Oesterlen. Ihr alter Turm, ein Überrest der Kriege, bebildet die Erinnerung, das moderne Kirchenschiff ist dagegen bilderlos, es gibt der eigenen Vorstellung Raum.

Auch deshalb das ungewöhnliche Konzept dieser Kirche, sie ist **KIRCHE DER KULTUREN**. Der Plural hat nichts mit Ethno-Folklore zu tun, sondern damit, einen öffentlichen Raum zu schaffen. Einen Spielraum dafür, sich nicht identifizieren zu müssen mit nur einem Milieu, nur einem Stil, nur einem Trend. Als Kirche vor allem für Konzerte ist die Christuskirche bundesweit bekannt.

Aus dieser Kirche heraus ist der **PLATZ DES EUROPÄISCHEN VERSPRECHENS** entstanden. Der Künstler Jochen Gerz hat zusammen mit der Christuskirche und der Stadt die Bürger Europas eingeladen, einen gemeinsamen Platz zu grünen. Die Idee: Jede und jeder gibt Europa ein Versprechen, das nicht veröffentlicht wird, sichtbar sind allein die Namen. Im Dezember 2015 wurde der Platz mit den Namen von 14.726 Europäern der Öffentlichkeit übergeben.

Welche Tonlage hätten Sie denn gern?

Mit dem Platz des Europäischen Versprechens versuchen wir, überhaupt mal einen anderen Ton zu finden. Die Steinplatten, auf denen die Namen der Europäer stehen, sind sichtbar, aber die Versprechen, die sie Europa gegeben haben, sind still.

Warum erfährt der Betrachter nicht, was die Menschen Europa versprochen haben?

Er erfährt es, wenn er es sich selber vorstellt. Wenn er den Anderen, dessen Namen er liest, in seine Vorstellung aufnimmt. Das ist Demokratie, nicht etwa, wie es manche in Bochum gefordert haben, dass staatliche Gremien darüber befinden sollten, was wir uns zu versprechen hätten. Der EU wird so oft Regulierungswut vorgeworfen und dass sie selbst Duschköpfe normt. Ich hab da kein Problem mit, Duschköpfe zu vereinheitlichen ist etwas anderes als Gedanken zu normen.

Mit welchen Problemen ist die Europäische Einigung konfrontiert?

Ich denke, das Problem von Europa ist seine Erfahrunglosigkeit. Eine Erzählung, die oft bemüht wird, geht über die offenen Grenzen – eine Nicht-Grenze ist aber keine Erfahrung, die sich machen lässt, das Ganze ist wie eine Erinnerung von Großeltern. Und wer von außerhalb nach Europa will, für den ist es zu oft ein Lügenmärchen. Die andere europäische Erzählung ist die, dass wir seit 1945 untereinander keinen Krieg mehr hatten. Auch das ist beides, es ist groß und eine große Nicht-Erfahrung. Als die

Europäische Verfassung zuerst in Frankreich, dann in den Niederlanden zur Abstimmung stand und mehrheitlich abgelehnt wurde, dämmerte langsam, dass der Geschichte Europas neue Geschichten fehlen.

Eine Antwort wäre die Rückkehr zum Nationalismus?

Wenn die Wiederholung von Geschichte als Antwort zählt, dann ja. 100 Jahre her, dass der Erste Weltkrieg begann und Menschen überall in Europa – fortschrittliche und reaktionäre, Linke wie Rechte, Junge und Alte, die Künstler, die Kirchen, die Kleingärtner – sich in den Kriegstaukel stürzten. Der Krieg sei eine „Reinigung“, der Frieden ein „Komfort“, das schrieb damals Thomas Mann. Der Frieden tritt offenbar als großer Langweiler auf, das Problem dürfte sich heute ähnlich stellen. Vielleicht brechen die meisten Kriege nur aus, um die Langweile zu bekämpfen.

Ein Austritt aus der EU ist keine Lösung?

Austreten wohin? Europa ist ja nichts, was irgendwie draußen wäre. Wir leben nicht nur geographisch mittendrin, Europa steckt jedem in den Genen, bei mir etwa waren es Hugenotten. Die Behauptung, wir könnten uns von Europa lösen, ist kindisch.

Wenn wir alle Menschen mit ausländischen Wurzeln ausweisen würden, wäre Bochum wohl ziemlich leer.

Auch das. Es bedeutet, dass alle in Europa Ausländer sind, weil alle hinzu gekommen sind. Den Europäer, der immer schon gewohnt hätte, wo er jetzt wohnt, gibt es nicht. Und die hier in Deutschland wohnen, wir mit unserer spezifischen Geschichte, können Europa dafür nur dankbar sein: Wir sind die Dazugekommenen par excellence, die Eingeladenen. Es war ein unfassbarer Vertrauensvorschluss, mit denen, die Europa umgepflügt hatten, ein neues Europa zu gründen.

Hat Europa eine Zukunft?

Ich glaube schon, dass sich so etwas wie ein europäisches Gefühl oder ein europäisches Empfinden entwickeln kann. Man hat auch die Nationen „vorgestellte Gemeinschaften“ genannt – jetzt fragen Sie mal einen, der irgendwo in Europa „national fühlt“, was das denn sei, über kurz oder lang wird er Ihnen was von der „schönen Landschaft“ singen. Ich verstehe nicht, warum Berge schöner sein sollen als Strände und Bäume was Besseres als Seen. Als wir auf die Straße gegangen sind und die Leute eingeladen haben, Europa ihr persönliches Versprechen zu geben, konnte man Europa in den Augen der Anderen lesen, so viele leuchtende Augen, wie es da plötzlich gab. Klingt das pathetisch? ☺

Interview: Lutz Debus

Dank an trailer für die Abdruckerlaubnis

Mehr gesellschaftliche Teilhabe durch kirchliche EU-Projekte

Bericht von einem Fachtag im Q1 im Kirchenkreis Bochum

Von Jürgen Born

„Eine gerechte Gesellschaft muss so gestaltet sein, dass möglichst viele Menschen tatsächlich in der Lage sind, ihre jeweiligen Begabungen sowohl zu erkennen, als auch auszubilden und schließlich produktiv für sich selbst und andere einsetzen zu können. Eine solche Gesellschaft investiert folglich, wo immer es geht, in die Entwicklung der Fähigkeiten der Menschen zur Gestaltung ihres eigenen Lebens sowie der gesamten Gesellschaft in ihren sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen.“

Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität, Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Armut in Deutschland, Gütersloh 2006, S. 11

Das Zitat aus der EKD-Denkschrift könnte ebenso aus dem Vorwort einer beliebigen EU-Broschüre zur europäischen Kohäsionspolitik stammen. Seit den Beitritten Griechenlands 1981, Portugals und Spaniens 1986 ist die Angleichung der Lebensverhältnisse in allen EU-Regionen zu einer immer bedeutenderen Aufgabe der EU geworden.

Im April 2018 hat das Landeskirchenamt der EKvW einen Fachtag zum Thema EU-Fördermittel veranstaltet. In der inspirierenden Atmosphäre des Q1 in Bochum – selbst ein gelungenes EU-Projekt – diskutierten erstmals 40 Vertreterinnen und Vertreter aus Landeskirche, Kirchenkreisen, Kirchengemeinden und Kirchenämtern über geeignete, landeskirchliche Unterstützungsstrukturen, damit Einrichtungen der EKvW künftig verstärkt EU-Fördermittel beantragen können.

Inzwischen fließt gar der größte Teil des EU-Budgets in regionale Fördermaßnahmen, um so langfristig eine angemessene Teilhabe aller EU-Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben zu erreichen. Über Töpfe wie den Europäischen Sozialfonds (ESF), den Europäischen Regionalfonds (ERDF) oder den Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER) fließen Brüsseler Fördermittel in Milliardenhöhe jedes Jahr auch nach Deutschland und NRW. Eingesetzt werden sie für Projekte, die gezielt die wirtschaftlichen und sozialen Schwächen der jeweiligen Region beheben sollen. In den letzten Jahren haben sich dabei speziell in NRW zwei zentrale Handlungsfelder herauskristallisiert: Vernachlässigte städtische Quartiere nicht nur im Ruhrgebiet und ländliche Räume. Vor dem Hintergrund von Globalisierung, Digitalisierung und demographischer Entwicklung drohen diese immer weiter ins Abseits zu driften. Vor Ort, etwa in Gelsenkirchener-Rotthausen oder Hemer-Ihmert, können die EU-Mittel allerdings nur mit zuverlässigen Partnern sinnvoll eingesetzt werden. Neben der betroffenen Kommune und anderen öffentlichen Einrichtungen sind dies Unternehmen, Vereine, Bürgerinitiativen und die Kirchen. Kaum im kirchlichen Bewusstsein verankert ist bisher, dass EU und evangelische Kirche nahezu gleichgerichtet für den Zugang aller Menschen zu gesellschaftlicher Teilhabe kämpfen. Trotz gemeinsamen Ziels kommt es daher leider nur allzu selten auch zu einem gemeinsamen Vorgehen. Dabei haben Kirchengemeinden, die sich als aktive Akteurinnen in ihrem Sozialraum verstehen, bei der Bewer-

bung um EU-Fördermittel meist gute Karten. Sobald eine Kirchengemeinde bereit ist, ihre Liegenschaften, ihre diakonischen Angebote und ihre ehrenamtlichen Strukturen in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, kann sie zur begehrten Partnerin oder gar treibenden Kraft eines EU-Projekts werden. Der Wunsch nach baulicher Sanierung etwa des maroden Kirchturms reicht dabei nicht aus. Die Gemeindeglieder müssen vielmehr eine Vision entwickeln, wie sie sich bei knapper werdenden Ressourcen



Der Rat der Regionen in Brüssel

aktiv im Sozialraum vernetzen und so zu seiner Weiterentwicklung beitragen möchte. Neben der finanziellen Perspektive winkt dann auch die strukturelle Einbindung in die kommunalen Planungs- und Entscheidungsstrukturen vor Ort und dies weit über die Dauer des Einzelprojekts hinaus. Selbstverständlich beantragt man ein EU-Projekt nicht mal ebenso. Vor allem die vorauslaufenden, innerkirchlichen Meinungsbildungsprozesse sowie die aufwendige Abstimmung mit der Kommune und den lokalen Partnern sind eine große inhaltliche und zeitliche Herausforderung. Sobald Partner, Ziel, Förderprogramm und eigene Rolle dann aber gefunden sind, wird der Antrag selbst eher zur Formsache.

Inzwischen ist auch auf politischer Ebene erkannt worden, welche zentrale Rolle sozialraumorientierte Kirchengemeinden und -einrichtungen bei der regionalen Entwicklung vor Ort spielen können. Kirchliche Beteiligung an entsprechenden Maßnahmen und Projekten ist daher fast immer willkommen oder wird gar ausdrücklich erwünscht und gefördert. In diesem Sinne werden EU-Fördermittel zu einem vielversprechenden Instrument, damit „möglichst viele Menschen tatsächlich in der Lage sind, ihre jeweiligen Begabungen sowohl zu erkennen, als auch sie auszubilden und schließlich produktiv für sich selbst und andere einsetzen zu können.“ Diese Chance sollte Kirche viel stärker als bisher nutzen. ©

Allen evangelischen Einrichtungen steht mit der Servicestelle EU-Förderpolitik von EKD und Diakonie Deutschland in Brüssel ein Beratungsteam zur Unterstützung bei der Beantragung von kirchlichen EU-Projekten zur Verfügung. Auf der Homepage der Servicestelle (www.ekd.de) können stets aktualisierte Materialien zu den für Kirchen besonders relevanten EU-Förderprogrammen heruntergeladen werden. Außerdem gibt es die Möglichkeit, den elektronischen Informationsdienst „FörderInfo Aktuell“ der Servicestelle zu abonnieren. Bereits in der 2. Auflage erschienen ist eine Broschüre mit Beispielen kirchlicher und diakonischer EU-Projekte, die unter ekd.bruessel@ekd.eu bestellt werden kann.

Weiterführende Informationen gibt es beim Verfasser des Artikels unter: juergen.born@kircheundgesellschaft.de.

Dr. Jürgen Born ist Referent im Institut für Kirche und Gesellschaft in Villigst und zuständiger Experte für die EU-Förderpolitik in der EKvW.

Die Jugend für den EU-Gedanken gewinnen?

Schulische Herausforderungen in Brilon. Bericht vom Europatag am 9. Mai 2018

Von Kathrin Koppe-Bäumer

Schulpfarrerinnen Anne-Kathrin Kemper hatte den Tag Anfang Mai zusammen mit ihrem Kollegen, dem Europabeauftragten am Berufskolleg Rainer Molitor, organisiert und vorbereitet. Etwa 150 Schüler nahmen in der Aula



Schulleiter Franz-Josef Killing mit Pfarrerin Anne-Kathrin Kemper und dem Europabeauftragten Rainer Molitor

der Schule an der großen Veranstaltung teil. An den Wänden dokumentierten Plakate die Ergebnisse der Arbeit der Schüler und Schülerinnen zu europarelevanten Fragen. Es ging um den Brexit, um Meinungsfreiheit, um die gemeinsame Währung, Terrorismus und die Geschichte der EU. Besonders beeindruckte eine Weltkarte, auf der die Schüler der internationalen Klasse ihre Fluchtwege markiert hatten.

Als Redner war der EU-Abgeordnete Dr. Peter Liese aus Meschede zu Gast. Er machte deutlich, wie gerne er in seiner Heimat mit jungen Leuten über Europa-Politik diskutiert. Er sprach von seiner Arbeit und regte am Beispiel der Analyse des Wählerverhaltens beim Brexit den jungen Leuten nahe, sich politisch zu engagieren und sich an Abstimmungen zu beteiligen. Denn in Großbritannien hätte sich nicht der Wille der jungen Menschen durchgesetzt, da ihre Wahlbeteiligung auffallend niedrig gewesen sei. Die Schüler und Schülerinnen stellten dem Politiker Fragen und luden danach zu einem Europa-Buffer ein. ©

Zeichen des Friedens und der Versöhnung zwischen Polen und Deutschen

Bischof Samiec und Pfarrer Hölscher pflanzten Apfelbäume in der Partnergemeinde in Schlesien

Von Anna Wrzesińska

Während der Feierlichkeiten zum 500. Jubiläum der Reformation in Schlesien wurden im Rahmen eines Festgottesdienstes zwei Apfelbäumchen als Zeichen der Versöhnung und des Friedens zwischen Polen und Deutschland gepflanzt.

In Niederschreien wurde im Zuge der Reformation der erste evangelische Gottesdienst gefeiert. Die Bäumchen haben eine ganz besondere Geschichte. Die ersten Setzlinge dieser Apfelsorte wurden von Pastor Korbinian Aigner während seiner Inhaftierung im Konzentrationslager in Dachau gezüchtet. Ein Apfelbaum, der aus den Setzlingen von Pastor Korbinian wächst, steht auch auf dem Gelände der psychiatrischen Klinik in Dortmund-Aplerbeck, im Gedenken an das Schicksal der im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten, psychisch Kranken. Auf Anregung von Superintendentin Martina Espelöer aus dem Kirchenkreis Iserlohn haben Vertreter der Gemeinde Letmathe die Apfelbäumchen nach Schlesien gebracht. Die westfälische Gemeinde ist Partnergemeinde der evangelischen Gemeinde in Jawor. An der Pflanzaktion waren polnische und deutsche Geistliche beteiligt. Festreden hielten Bischof Samiec, leitender Bischof der Ev.-Augsburgischen Kirche in Polen und Pfarrer Burckhard Hölscher aus der Gemeinde Letmathe. Pfarrer Hölscher sprach von Bäumen, die uns in besonderer Weise an eine von zerstörerischen, menschlichen Trennungen beherrschte Zeit erinnern.

Zugleich laden sie ein, eine gemeinsame, evangelische Verantwortung zur Überwindung von Grenzen und Trennendem zu leben. Hölscher beendete seine Rede mit Zitaten von Martin Luther und Dietrich Bonhoeffer. ©

Anna Wrzesińska ist Ökumenereferentin der Ev.-Augsburgischen Kirche in Polen.



Pfarrer Hölscher pflanzt zusammen mit seinen polnischen Kollegen einen Apfelbaum

Italiens Protestanten, die cottischen Alpen, Flüchtlinge als neue Gemeindeglieder

Bericht von einer Reise zu den Waldensern im Mai 2018

Von Klaus Göke



Superintendentin Göckenjan und Moderator Bernardini im Synodensaal in Torre Pellice

Mehrere Nähmaschinen stehen in dem Raum. Kleidungsstücke und Taschen hängen auf Ständern. Jugendliche und junge Männer lernen hier das Schneiderhandwerk. Zwei Stockwerke höher ist eine kleine Jugendherberge untergebracht. Wir besuchen die „Villa Olanda“ in Torre Pellice in Norditalien. Das ist eine diakonische Einrichtung der Waldenserkirche, einer kleinen reformierten Kirche in Italien. Dort werden Projekte für Kinder und Jugendliche durchgeführt, die aus schwierigen Familienverhältnissen kommen, sowie für afrikanische Migrant*innen.

Wir – das sind 16 Pfarrerinnen und Pfarrer aus dem KK Recklinghausen. Wir haben uns für eine Woche nach Norditalien aufgemacht, um die reformierte Kirche der Waldenser zu besuchen. An diesem Tag – der dritte Tag unserer Reise – stehen Besuche in diakonischen Einrichtungen auf dem Programm. Neben der Villa besuchen wir ein Seniorenzentrum. Victoria Munsey, die Vizepräsidentin der Synodalkommission für Diakonie begleitet uns. Eine bemerkenswerte Persönlichkeit, die wir kennenlernen durften. Die diakonische Arbeit hat einen hohen Stellenwert in dieser Kirche.

Wir sind eine Woche unterwegs, um einiges von der Arbeit dieser kleinen Kirche kennenzulernen. Die Waldenserkirche hat etwa 20.000 Mitglieder, hauptsächlich in Norditalien und auf Sizilien. Ihre Ursprünge reichen bis ins Mittelalter. Vom französischen Lyon aus kommend lieben sich die Mitglieder dieser Bewegung in den Alpen-Tä-

lern in der Nähe von Turin nieder. Wir waren sehr erstaunt zu bemerken, dass die Kirche durchaus landesweit bekannt ist, weil sie viel und gute Flüchtlingsarbeit machen als Teil der diakonischen Arbeit. Das lässt sich daran erkennen, dass die Kultursteuer in Italien genannt „Otto per mille“ von mehr als 600.000 Italiener*innen jedes Jahr für die Waldenserkirche bestimmt wird.

In vielen Gemeinden der Kirche hat sich das Leben durch die Flüchtlinge, die in die Gemeinden gekommen sind, stark verändert. Die Waldenserkirche hat 2015 erreicht, dass ein humanitärer Korridor für 1:000 Flüchtlinge für einen Zeitraum von zwei Jahren aus dem Libanon eingerichtet wurde. Zusammen mit der katholischen Gemeinschaft St. Egidio und anderen Hilfsorganisationen begleitet und betreut die Waldenserkirche für ein Jahr die Flüchtlinge in Italien.

Eugenio Bernardini, Moderator der Waldenser-Kirche betont, dass das Thema Flüchtlinge und Migration die ganze Kirche intensiv beschäftigt. Ein kleiner Teil der Flüchtlinge, die nach Italien kommen und dort bleiben, sind Christ*innen, besonders aus presbyterianischen und methodistischen Kirchen in Schwarzafrika. Zuerst gab es ethnische Gottesdienste nebeneinander. Vor etwa acht Jahren begann ein Prozess, in dem die Gemeindeglieder näher zusammengerückt sind – in manchen Gemeinden mehr, in anderen weniger – „Gemeinsam Kirche sein“. In vielen Gemeinden werden gemeinsame Gottesdienste gefeiert mit Elementen aus den verschiedenen Traditionen. „Die Gesellschaft ändert sich, warum soll sich die Kirche nicht ändern? Die Gesellschaft ist multikulturell geworden, dies hat natürlich auch Auswirkungen auf die Kirche. Die Waldenserkirche hat drei Pastoren aus Afrika – zwei aus Ghana, einer aus dem Senegal – und einen Pastor aus den Philippinen, der in Italien studiert hat. Ein Teil der Flüchtlinge ist gut in der waldensischen Kirche integriert“ lautete das Fazit Bernardinis am Ende unserer Reise. ☺

Klaus Göke ist Pfarrer im Kirchenkreis Gladbeck-Bottrop-Dorsten und MÖWe-Regionalpfarrer.

Hoffnung für Osteuropa

Eröffnung der Kollektenaktion am Sonntag 14. Oktober 2018, 10h
Ev. Stadtkirchengemeinde Marl



Roma-Slum in Serbien

Das Wohlstandsgefälle ist in Europa groß! Die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedsstaaten werden größer. Viele Länder im Osten, Südosten und zunehmend auch im Süden bilden Europas neues Armenhaus. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken wurde 1994 als Antwort auf die Not der Menschen in Süd-, Mittel- und Osteuropa die Aktion „Hoffnung für Osteuropa“ (HFO) gegründet. Westfälische Kollekten und Spenden ermöglichen Projektförderungen in Gemeinden, in der Diakonie, in der Frauenförderung, in der Bildungs- und Versöhnungsarbeit und im Umweltbereich.

Unterstützt werden Waisenhäuser, Jugend- und Bildungsstätten, Krankenhäuser, Altenheime, Jugendfreizeitstätten, Frauenhäuser, Kindergärten und vieles mehr. Anlässlich der Eröffnung der diesjährigen Kollektenaktion laden wir ein zu einem Festgottesdienst in die Ev. Kirchengemeinde Marl. Es predigt Pfarrer Ulrich Walter.

Im Anschluß an den Gottesdienst haben Sie die Gelegenheit mehr über Hfo in Westfalen zu erfahren. ☺

Weitere Informationen unter: www.esm.de



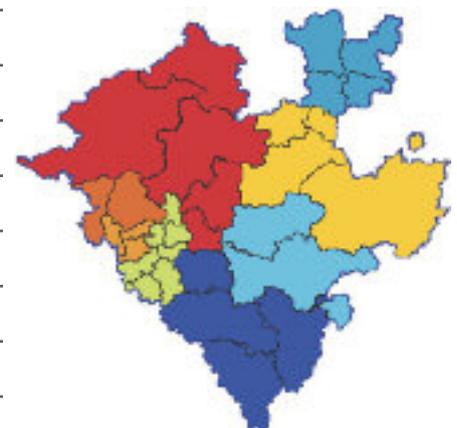
Europapartnerschaften in der EKvW

A) Landeskirchliche Partnerschaften

England	kreiskirchliche Partnerschaften mit der Church of England
Italien	Partnerschaft mit der Waldenserkirche in Italien
Polen	Partnerschaft mit dem Polnischen Ökumenischen Rat (PÖR) und mit der Ev.-Augsburgischen Kirche in Polen und der Ev.-Reformierten Kirche in Polen
Rumänien	Partnerschaft mit der Evangelischen Kirche in Rumänien
Schottland	Partnerschaft mit der Church of Scotland
Ungarn	Partnerschaft mit der Ev.-Lutherischen Kirche in Ungarn und der Ev.-Reformierten Kirche in Ungarn
Weißrussland	Partnerschaft mit der Belarussisch Orthodoxen Kirche

B) Kreiskirchliche Partnerschaften

KK Soest	Diözese Visby auf Gotland in Schweden
KK Paderborn	St. Albans Diocese der Church of England
KK Bochum	im Aufbau ist eine Partnerschaft nach Schottland zur Presbytery of Falkirk
KK Gelsenkirchen	Hartz IV-Selbsthilfegruppe im Gespräch mit Poverty Truth Commission des Priority Areas Teams der Church of Scotland in Glasgow
KK Dortmund	Partnerschaft Serbien/Novi Sad, Ökumenisches Hilfswerk (EHO) Jugendaustausch
KK Dortmund	Partnerschaft mit orthodoxer Gemeinde Pater Igor in Minsk
KK Dortmund	Salford bei Manchester
KK Hattingen/Witten	Diözese Sheffield der Church of England
KK Recklinghausen	Eparchie Tula der Russisch Orthodoxen Kirche
KK Herford	Heimstatt Dünne
KK Unna	Ev. Kirche in Rumänien
KK Unna	humanitäre Partnerschaft nach Weißrussland
KK Hamm	Schulpartnerschaft in Rumänien
KK Hamm	kirchliche Partnerschaft nach Weißrussland
KK Münster	kirchliche Kontakte nach Estland



Europa mitgestalten

Kirchen und Kommunen stärken die europäische Idee

In einer bislang einmaligen Kooperation gestalten die Städtepartnerschaften der Stadt Iserlohn, die Evangelischen Kirchengemeinden Elsey und Letmathe, der Kunstverein Iserlohn und das Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung im November einen Europatag und laden Sie herzlich dazu ein.

Vom 2. bis 4. November werden voraussichtlich ca. 35 Gäste aus neun internationalen Kirchen- und Städtepartnerschaften aus Deutschland, Frankreich, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Russland und Ungarn in Iserlohn zu Gast sein, ihre hiesigen Partner besuchen und ein vielfältiges Programm aus Begegnung und Information, Kunst und Musik in Bürgergemeinde und Christengemeinde erleben – ein lebendiges Zeichen der grenzüberschreitenden Verständigung und dauerhaften Zusammengehörigkeit in Europa. Das Europa-Wochenende beginnt am Freitagnachmittag um 17 Uhr in der Friedenskirche Letmathe mit der Eröffnung, Grußworten, Musik und Statements der Gäste „Wir in Europa!“. Abends folgt die Vernissage der Europa-Ausstellung des Kunstvereins Iserlohn in dessen Atelier im Karree 38 mit zahlreichen Exponaten von Künstlern aus verschiedenen europäischen Ländern.

Weitere Informationen bei MÖWe-Regionalpfarrer Martin Ahlhaus (martin.ahlhaus@moewe-westfalen.de) und Pfarrer Burkhard Hölscher in der Ev. Kirchengemeinde Letmathe.



Am Samstag stimmt eine Exkursion nach Münster, der Stadt des Westfälischen Friedens auf die dauerhafte Verpflichtung der europäischen Staaten zu Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung ein.

Am Abend folgt ein Oratorium über den in Breslau geborenen Theologen und Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer.

Am Sonntagmorgen laden wir um 11 Uhr in die Friedenskirche zu einem Ökumenischen Europa-Gottesdienst ein, der mit den internationalen Gästen gefeiert wird, bevor am Nachmittag das offizielle Programm mit Verabschiedungen und Verabschiedungen endet. ☺

Weltgarten-Projekt von MÖWe und Ev. Kirchenkreis Dortmund auf dem Kirchentag 2019

Auf dem Kirchentag 2019 in Dortmund soll die Ökumene in Westfalen sichtbar werden im Rahmen eines ökumenischen Gartens in direkter Nachbarschaft zum Markt der Möglichkeiten an den Westfalenhallen. Organisiert wird der Garten vom Amt für MÖWe und dem Ökumenereferat des Ev. Kirchenkreises Dortmund. Kirchentagsgäste sollen an Hand vielfältiger Beispiele verschiedener Mitwirkender sehen, wie wir uns in unseren Partnerschaften und in der Ökumene vor Ort für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung engagieren – und so

auch die UN-Nachhaltigkeitsziele unterstützen.

Unser Weltgarten soll ein schöner, einladender Ort werden; ein Garten, der die Vielfalt und die Früchte der westfälischen Ökumene zeigt und Menschen einlädt zum Kennenlernen und zum Austausch ihrer Erfahrungen. Frieden und Gerechtigkeit sollen der Leitfaden für alle Angebote und Beiträge sein. Wir möchten aufgreifen, was Menschen in den Partnerkirchen und bei uns in der Nachbarschaft zu diesen Themen bewegt: z. B. das Menschenrecht auf Wasser, Landkonflikte und Ernährungs-sicherung, Transformationsprozesse für Klimagerechtigkeit, Umgang mit Flucht und Migration, ein friedliches Miteinander der Religionen.

Der Ökumenische Garten soll bestehen aus:

- einer grünen Oase mit Pflanzen, Tischen und Stühlen, Liegestühlen und einer Wasserzapfstelle
- Kaffee-Ausschank an der MÖWe-Bude
- einer kleinen Bühne für Darbietungen, Interviews und Musik
- einem Pagoden-Zelt mit Informationen von Partnerschaftsgruppen und
- Platz für kleine Talk-Runden. ☺

Weitere Informationen bei: Kirsten Potz,
kirsten.potz@moewe-westfalen.de



Einführung von Pfarrerin Beate Heßler in die Fachstelle „Gemeinsam Kirche sein mit Zugewanderten – Ökumenische Frauenarbeit“ am 9. November 2018

Fachtag und Einführung in der St. Petri-Kirche Dortmund

Im Februar hat Pfarrerin Beate Heßler im Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (MÖWe) die Fachstelle "Gemeinsam Kirche sein mit Zugewanderten" und "Ökumenische Frauenarbeit" angetreten. Wir freuen uns, sie am 9. November 2018 in ihren Dienst einführen zu können. Am Nachmittag ab 16 h begegnen wir ihrem neuen Wirkungsfeld durch einen Vortrag von Frau Prof. Dr. Drea Fröchtling.

Um 18 h findet dann der Einführungsgottesdienst mit anschließendem Empfang statt. ☺



Navid Kermani

Entlang den Gräben

Eine Reise durch das östliche Europa bis nach Isfahan

C.H. Beck 2018

442 Seiten, 24,95 EUR

ISBN 978-3-406-71402-3



"In der Markthalle von Vilnius staune ich über die Herkunft des Obstes, aus Litauen natürlich, aber dann vor allem aus Ländern wie Moldau, Armenien, Georgien, Abchasien, Aserbaidschan, der Ukraine – von Vilnius aus gesehen ist Europa ein viel größerer Kontinent. Nur das Brot ist immer noch so dunkel, nahrhaft und köstlich, wie ich es in Deutschland liebe", schreibt Navid Kermani in seinem neuesten Buch "Entlang den Gräben". Es sei wichtig, sich immer wieder in Erinnerung zu rufen, dass Minsk in Belarus geographisch exakt in der Mitte Europas liege. Das sei uns in Westeuropa selten bis gar nicht bewusst, so Kermani.

In seiner Reisereportage von Köln nach Isfahan lädt Kermani ein, die Perspektive zu wechseln – und das bezieht sich nicht nur auf die Geographie, sondern auf all das, was in einem Jahrhundert über diesen Kontinent an Leid, an Schmerz und Hoffnungslosigkeit hinweggezogen ist. Zum Teil wurde Bevölkerung ausgetauscht – sei es in Polen, in Litauen oder Belarus.

Um das eigene Bewusstsein dafür zu schärfen, dass Europa von Vilnius aus gesehen ein viel größerer Kontinent ist, ist dieses fesselnd geschriebene Buch eine hilfreiche Lektüre. Es nimmt den Leser mit in eine Region, die unsere Aufmerksamkeit braucht. Kermani ordnet das Gesehene und Erlebte gleichzeitig historisch und politisch ein. Gezielt sucht er "die Gräben, die quer durch einzelne Gesellschaften laufen, auch in Deutschland, aber auch Gräben ganz konkret im Sinne Erde, die umgegraben worden ist, also um Massengräber, die vielen Massengräber, an denen man vorbeikommt oder auch in Tschernobyl, um Tschernobyl herum – weitflächig, ein Fünftel von Weißrussland, das immer noch kontaminiert ist, wo die Erde umgegraben oder brachliegt.

Also es ist vom ganz konkreten bis hin zum übertragenen Sinne eine Reise entlang und auch durch Gräben hindurch", erklärt der Autor. "In Vilnius ist das Brot immer noch so dunkel, nahrhaft und köstlich, wie ich es in Deutschland liebe." Dieser Satz ist einprägsam wie so viele in diesem dichten und intensiven Text. Er weist auf Parallelen, Verbindungen und Brücken, die es gibt. Bei all den "Gräben" und "Gräbern" der Geschichte können wir nur gemeinsam an einer friedlichen Zukunft bauen. Das Buch ist so prall und bewegend, dass es gut wäre, sich für die 54 Kapitel 54 Tage Zeit zu nehmen, um Tag für Tag wieder in eine neue Welt einzutauchen. ☺

Rezension von Enno Haaks



Philipp Ther

Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent

Eine Geschichte des neoliberalen Europa

Suhrkamp 2014

431 Seiten, 26,95 EUR

ISBN 978-3-518-42461-2

Obwohl schon 2014 erschienen ist das Buch des Osteuropahistorikers Philipp Ther nach wie vor aktuell. Schon 1989 beobachtete der Autor den Zerfall des Warschauer Paktes und der Sowjetunion in Prag und an anderen Schauplätzen des ehemaligen Ostblocks. 25 Jahre später kommt er an die gleichen Orte und beschreibt die Folgen des Siegeszuges des Neoliberalismus im Osten (und Westen). In insgesamt 10 Kapiteln analysiert er die politische Entwicklung der letzten 25 Jahre detailliert beginnend mit den Reformdebatten im sozialistischen Ostblock, den Revolutionen von 1989 bis 1991, den zwei Wellen des Neoliberalismus und spricht am Ende seines Buches über genutzte und verpasste Chancen.

Er kritisiert die Fixierung auf Privateigentum in den Transformationsprozessen aller Nationalstaaten Mittel- und Osteuropas bei gleichzeitiger Vernachlässigung des Aufbaus eines Sozialstaates. Zwar gibt es in zahlreichen Nationen boomende Metropolregionen meist um die Hauptstädte, doch weite Landstriche verwahrlosen nach erfolgter Deregulierung und das Stadt-Landgefälle nimmt zu. Binnenmigration und die Auswanderung in westeuropäische Staaten kennzeichnen viele mittel- und osteuropäische Länder.

Das Buch enthält zahlreiche Tabellen und Grafiken mit Daten von Eurostat sowie diversen, nationalen Statistikbüros. Ein ausführliches Anmerkungs- und Literaturverzeichnis ermöglicht die weiterführende Lektüre bei anderen, interessanten Autorinnen und Autoren. ☺

Rezension von Thomas Krieger

Ivan Krastev
Europadämmerung
Eine Essay

Suhrkamp 2017
 144 Seiten, 14,40 EUR
 ISBN 978-3-518-1272-4



Den meisten Europainteressierten mag der bulgarische Sozialwissenschaftler und Journalist Ivan Krastev unbekannt sein. Manchmal geschieht tiefes, analytisches Nachdenken auch an den Rändern Europas. Jedenfalls ist dem Vorsitzenden des Centre for Liberal Strategies in Sofia eine historisch fundierte Analyse der gegenwärtigen Situation Europas und der EU gelungen. Er beginnt seinen Essay historisch und reist mit den Leserinnen und Lesern zurück ins Jahr 1918 nach Sarajevo. Mit der Ermordung des österreichischen Thronfolgers und dem Beginn des ersten Weltkriegs in Europa sind alte Reiche zusammengebrochen. In Sarajevo ging quasi das altehrwürdige Habsburgerreich unter und hinterließ eine lähmende Ungewissheit, die auch die anderen, kriegführenden Gesellschaften Europas erfasste.

Ähnlich geht es uns heute konstatiert der Autor. Was die europäische Union einst zusammen hielt, die Gewissheit nach einem weiteren Weltkrieg Europa als Friedensprojekt zu begreifen, dass gehe im Bewußtsein der europäischen Bürgerinnen und Bürger allmählich verloren. Und Europa leide unter dem „Galapagos-Syndrom“. Damit meint er, dass das europäische Politikmodell möglicherweise zu perfekt und speziell ist, um unter seinen 28 Mitgliedsstaaten erfolgreich zu sein. In seiner Einleitung spricht Krastev daher vom „Nach Europa“ und attestiert Europa eine tiefe Identitätskrise. Im zweiten Kapitel spricht er dann über die Europäer und bezieht immer wieder die Flüchtlingskrise als erodierendes Moment des europäischen Projektes mit ein. Provokant bezeichnet er sie als Europas 11. September. Danach bezieht er sich auf die Phase der Entkolonialisierung in den 60er Jahren und vergleicht sie mit der heutigen Situation. Heute haben wir es mit einer Migration der „Kolonisierten“ in die kolonialen

Mutterländer zu tun. Während die französischen Kolonisten in den 60er Jahren aus den ehemaligen Kolonien in ihr französisches Mutterland zurückkehren konnten, sind die heutigen rechtsextremen Wähler in Frankreich tragische Figuren, denn sie haben keinen Ort, an den sie sich zurückkehren können.

Im dritten, zentralen Kapitel spricht Krastev dann über drei verschiedene Globalisierungsparadoxien: das mittel-europäische Paradoxon, das westeuropäische Paradoxon und das Brüsseler Paradoxon. Was genau sich dahinter verbirgt entfaltet er auf immerhin 25 Seiten – lesenswert. Eine Abrechnung mit Referenden und Volksabstimmungen in Europa darf in Krastevs Analyse natürlich nicht fehlen. Er unterscheidet eine mutige, eine niederträgliche und eine hässliche Variante. Im letzten Kapitel spricht er auch über politische Regulierungsnotwendigkeiten in Europa und votiert für ihre gleichzeitige und umfassende Umsetzung. Er sieht neben der Notwendigkeit, Managergehälter zu regulieren, auch die politische Notwendigkeit einer Obergrenze für Einwanderung europaweit. Krastev schreibt, dass die Migration in Europa zu einer Renationalisierung geführt habe und zu einer Wiederauferstehung der Ost-West-Spaltung führe. Diese – und nicht die Flüchtlingskrise – bedrohe den Fortbestand der Europäischen Union. Am Schluss wägt er zwischen Zerbrechlichkeit und Widerstandsfähigkeit Europas ab und endet mit dem mutmachenden Kampf dreier Demokraten, die die junge, spanische Demokratie am Tag des Putschversuches in Madrid 1981 allein durch ihre Standhaftigkeit retteten.

Rezension von Thomas Krieger

Fotonachweise:

Titelbild: Dirk Johnen | Thomas Krieger: Seite 3, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 12, 13, 15, 16, 17, 23, 26, 33, 35 | Dirk Johnen: Seite 13, 27 | Beate Heßler: Seite 14, 19, 20, 21, 22 | KEK: Seite 29 | Church and Peace: Seite 30 | Heinz Dach: Seite 33, 34 | Kathrin Koppe-Bäumer: Seite 36 | Ev. KG Letmathe: Seite 37 | Klaus Göke: Seite 38 | Beate Brauckhoff: Seite 39 | MÖWe: Seite 42

Das Amt für MÖWe auf einen Blick

Unser Team in Dortmund

Eine Zusammenarbeit von Fach- und Regionalstellen in allen Kirchenkreisen Westfalens.



Leitung

Annette Muhr-Nelson, Pfarrerin
Arbeitsschwerpunkte: Grundsatzfragen Mission und Ökumene (VEM, Catholica, ACK)
Telefon: 0231 5409-72
E-Mail: annette.muhr-nelson@moewe-westfalen.de



Fachstelle Gemeinsam Kirche sein mit Zugewanderten und Ökumenische Frauenarbeit

Beate Heßler, Pfarrerin
Arbeitsschwerpunkte: Interkulturelle Öffnung von Kirchen, Ökumenische Frauenarbeit
Telefon: 0231 5409-74
E-Mail: beate.hessler@moewe-westfalen.de



Fachstelle Europa und UCC

Thomas Krieger, Dipl.rer.soc.
stellv. Leiter des Amtes für MÖWe
Arbeitsschwerpunkte: West-, Mittel- und Osteuropa, Aktion „Hoffnung für Osteuropa“, UCC-Partnerschaft (USA)
Telefon: 0231 5409-77
E-Mail: thomas.krieger@moewe-westfalen.de



Fachstelle Entwicklungspolitik

Katja Breyer, Diplom-Förstingenieurin
Arbeitsschwerpunkte: Entwicklungspolitik, Brot für die Welt, Kirchlicher Entwicklungsdienst, ABP-Westfalen
Telefon: 0231 5409-73
E-Mail: katja.breyer@moewe-westfalen.de



Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Dirk Johnen, Redakteur
Ansprechpartner bei Fragen zur Arbeit des Amtes für MÖWe, zu Veranstaltungen sowie für Medienvertreter
Telefon: 0231 5409-293
E-Mail: dirk.johnen@moewe-westfalen.de



Fachstelle Globales Lernen

Johanna Schäfer, Diplom-Regionalwissenschaftlerin Lateinamerika
Arbeitsschwerpunkte: Kinder und Jugend, Brot für die Welt
Telefon: 0231 5409-76
E-Mail: johanna.schaefer@moewe-westfalen.de



Christlich-Islamischer Dialog / Interreligiöser Dialog

Ralf Lange-Sonntag, Pfarrer
Arbeitsschwerpunkte: Dialog mit Muslimen und anderen Religionen
Telefon: 0231 5409-13
E-Mail: ralf.lange-sonntag@moewe-westfalen.de



Fachstelle Südafrika Forum NRW

Vera Dwors, Diplom-Geographin
Arbeitsschwerpunkte: Entwicklungspolitische Bildungsarbeit, Südafrika Forum NRW
Telefon: 0231 5409-71
E-Mail: vera.dwors@moewe-westfalen.de

Mitarbeiterinnen der Verwaltung des Amtes für MÖWe (v.l.):

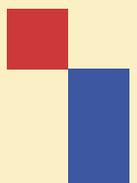


Elke Schütte, Telefon: 0231 5409-78, elke.schuette@moewe-westfalen.de | Andrea Wiesemann, Telefon: 0231 5409-70, andrea.wiesemann@moewe-westfalen.de | Gabriele Pawlowski, Telefon: 0231 5409-75, gabriele.pawlowski@moewe-westfalen.de | Gabriele Walz, Telefon: 0231 5409-79, gabriele.walz@moewe-westfalen.de



Projektstelle für ökumenische Partnerschaften

Dirk Hillerkus, Diplom-Agraringenieur / Master of Business Administration
Arbeitsschwerpunkte: Landwirtschaft, Welternährung, Projektmanagement
Telefon: 0231 5409-16
E-Mail: dirk.hillerkus@moewe-westfalen.de



Unser Team in den Regionen



Kirchenkreise Hamm, Unna, Münster, Steinfurt-Coesfeld-Borken und Tecklenburg
Pfarrer Dr. Jean-Gottfried Mutombo
Mozartstr. 18-20, 59423 Unna,
Telefon: 02303 288-134
E-Mail: jean-gottfried.mutombo@moewe-westfalen.de



Kirchenkreise Bielefeld, Gütersloh, Halle, Paderborn und Bildungszentrum Bielefeld-Bethel der VEM
Pfarrerin Kirsten Potz
Grete-Reich-Weg 9, 33617 Bielefeld,
Telefon: 0521 144-4527, Telefon: 05204 9229964
E-Mail: kirsten.potz@moewe-westfalen.de



Kirchenkreise Gladbeck-Bottrop-Dorsten und Recklinghausen
Pfarrer Klaus Göke – außerdem ist Klaus Göke Gemeindepfarrer in Bottrop.
Hovermannstr. 10, 46242 Bottrop,
Telefon: 02041 762524
E-Mail: klaus.goeke@moewe-westfalen.de



Kirchenkreise Arnsberg und Soest
Pfarrerin Margot Bell – außerdem ist Margot Bell Diakoniefarrerin des Kirchenkreises Soest
Brehmweg 2, 59557 Lippstadt,
Telefon: 02941 9689470
E-Mail: margot.bell@moewe-westfalen.de



Kirchenkreise Bochum, Gelsenkirchen-Wattenscheid und Herne
Pfarrer Martin Domke – außerdem ist Martin Domke Leiter des Eine-Welt-Zentrums Herne:
www.ewz-herne.de
Overwegstr. 31, 44625 Herne,
Telefon: 02323 99497-18
E-Mail: martin.domke@moewe-westfalen.de



Kirchenkreise Iserlohn, Lüdenschied-Plettenberg, Siegen und Wittgenstein
Pfarrer Martin Ahlhaus
Kampweg 2, 58566 Kierspe,
Telefon: 02269 927621
E-Mail: martin.ahlhaus@moewe-westfalen.de



Kirchenkreise Dortmund, Hagen, Hattingen-Witten und Schwelm
Pfarrerin Christina Biere
Olpe 35, 44135 Dortmund,
Telefon: 0231 5409-17
E-Mail: christina.biere@moewe-westfalen.de



Kirchenkreise Herford, Minden, Lübbecke und Vlotho
Pfarrer Dr. Christian Hohmann
Werfelweg 26, 32545 Bad Oeynhausen,
Telefon: 05731 7448695
E-Mail: christian.hohmann@moewe-westfalen.de

